58 Pfr. Schlunk
1800 Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Jochen Willke
Moskau im Frühling 1964

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder
Offener Brief an Gustav Heinemann

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Ist die deutsche Wirtschaft noch gesund?

Dr. Helge Pross
Soziale Schichten in der Bundesrepublik

2,50 DM **IX. Jahrgang** **Mai 5/64**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

In eigener Sache S. 343

Chronik des Monats April 1964 S. 344
Die Lage
Johannes Weidenheim
Entspannung – nur durch Annäherung S. 347

Jochen Willke
Moskau im Frühling 1964 S. 355
Prof. Dr. jur. Helmut Ridder
Offener Brief an Gustav Heinemann S. 360
Dozent Dr. med. Bodo Manstein
Der Notstand geht um S. 365
Dokumente zur Notstands-Vorbereitung S. 367
Dr. jur. Hermann Etzel
Mensch in der Krise S. 370
Prof. D. Dr. Ladislaus M. Pákozdy
Ideologisierung des Christentums S. 375
Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Ist die deutsche Wirtschaft noch gesund? S. 382
Dr. Helge Pross
Soziale Schichten in der Bundesrepublik S. 390

Aus der Wirtschaft S. 405
Fernsehspalte
Fragen an die Prominenz S. 408
Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 409
Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
Der Streit um die Zölle
Zur religiösen Schlager- und Jazz-Masche S. 410
Bücher
Die Machtkonzentration in der Wirtschaft
Neuerscheinungen S. 414

Dokumente zum Zeitgeschehen
Neue Dokumente zur Genfer Abrüstungskonferenz
Offener Brief an Verteidigungsminister v. Hassel
Noch einmal Lettow-Vorbeck: „Retter der SA"
Sechs Millionen DM für Rekruten-Tests
„Times": Bonns Einwände gegen Zeitungsaustausch lächerlich S. 418

Die „Blätter" werden wie bisher ein freies, nach allen Seiten unabhängiges Forum zur ernsthaften Behandlung der deutschen und internationalen Probleme und Ereignisse sein. Sie treten ein für die Bewahrung von Geist und Buchstaben des Grundgesetzes, für den sachlichen Pluralismus und die parlamentarische Demokratie. Die Zeitschrift begrüßt und fördert alle Bemühungen internationaler und deutscher Entspannungspolitik; sie bejaht den friedlichen Leistungswettbewerb zwischen West und Ost und ein militärisches Disengagement, sie unterstützt regionale und weltumfassende Abrüstungsbemühungen.

Die Zeitschrift ist kein Organ politischer Orthodoxie. Sie ist niemandem, keiner Konfession, keiner Sozialgruppe und keiner Partei verpflichtet oder gar dienstbar. Herausgeber, Mitarbeiter, Bezieher und Leser der „Blätter" kommen aus unterschiedlichen geistigen und politischen Richtungen. Es ist der Wunsch nach Weltoffenheit, Toleranz und politischer Vernunft, der sie eint. An diese Kräfte, die sie in allen Kreisen sucht, appelliert die Zeitschrift. Die Würde des Menschen und die Verantwortung vor „Gott und den Menschen" (Grundgesetz) sind ihr Leitmotiv.

Wir hoffen, auch künftig das Vertrauen und die Zustimmung unseres Bezieher-, Leser- und Freundeskreises zu besitzen.

Köln, im Mai 1964 — Pahl-Rugenstein Verlag

Chronik des Monats April 1964

1. 4. — Brasilien. Das gegen den amtierenden Präsidenten und seine Pläne für weitreichende Sozial- und Bodenreformen revoltierende „Militär-Kabinett" setzt Truppeneinheiten gegen Brasilia in Marsch. Präsident Goulart muß die Hauptstadt verlassen und trifft am 4. 4. in Montevideo ein. In einer Erklärung der Regierung von Uruguay heißt es, Goulart werde nicht als politisch Exilierter, sondern als Flüchtling betrachtet, da er nicht auf seine rechtmäßige Präsidentschaft verzichtet habe. Die regierenden Militärs ordnen Haussuchungen in den Büros der Gewerkschaften und zahlreiche Verhaftungen an. Über ausländische Nachrichtendienste wird die Zensur verhängt. — Am 10. 4. erläßt das Kriegsministerium ein Dekret zur Annullierung aller Parlamentsbeschlüsse für die Dauer von zwei Monaten. 40 Parlamentarier verlieren ihre Mandats- und Immunitätsrechte. — Am 11. 4. wird General Castello Branco zum Präsidenten gewählt.

2. 4. — Reisesperre. Das in Westberlin tätige „alliierte Paßbüro", in dem Vertreter der USA, Großbritannien und Frankreich über die Ausstellung befristeter Reisepapiere an DDR-Bürger zum Besuch der NATO-Länder entscheiden, modifiziert seine bisherigen Bestimmungen. Zukünftig sollen Sportler, Künstler und Wissenschaftler häufiger Reisegenehmigungen erhalten.

— Jemen. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen steht der Angriff britischer Streitkräfte auf die Ortschaft Harib zur Debatte, bei dem am 18. März 25 Jemeniten getötet wurden. Arabische Sprecher fordern Garantien gegen eine Wiederholung und den „sofortigen Rückzug der gegen den Jemen konzentrierten Truppen". — Am 9. 4. verurteilt der Rat bei Stimmenthaltung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten die britische Aktion. Frankreich stimmt der Resolution zu.

3. 4. — Weltkommunismus. Die Moskauer „Prawda" veröffentlicht eine bis dahin geheimgehaltene Rede des Parteipräsidiumsmitglieds Suslow vor dem Zentralkomitee der KPdSU am 14. Februar, in der die politischen Ansichten der kommunistischen Partei Chinas zurückgewiesen werden. Suslow bekräftigt die „friedliche Koexistenz" als Grundsaz der künftigen sowjetischen Außenpolitik und befürwortet die Einberufung einer kommunistischen Weltkonferenz zur Diskussion aller Streit-

tragen. In gleicher Weise äußern sich am 4. 4. der in Budapest weilende sowjetische Ministerpräsident Chrustschow und sein Gastgeber, der ungarische Regierungschef Kadar. — Vom 13. bis 15. 4. verhandelt eine polnische Delegation unter Leitung von Parteichef Gomulka in Moskau. — Am 14. 4. treffen anläßlich des 70. Geburtstages von Chrustschow die Partei- und Regierungschefs verschiedener osteuropäischer Länder in der sowjetischen Hauptstadt zusammen. — Am 26. 4. fordert die Rumänische Arbeiterpartei die Einstellung der öffentlichen Polemik und ruft alle kommunistischen Parteien auf, „geduldig Wege zur gegenseitigen Verständigung und zur Annäherung der Standpunkte zu suchen".

— Verfassungsschutz. Bundesinnenminister Höcherl teilt dem zuständigen Bundestagsausschuß mit, alle ehemaligen SS-Angehörigen sollten aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz entfernt und „in anderen Behörden beschäftigt" werden. — Am 22. 4. verabschiedet das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf über eine Beschränkung des Brief- und Telefongeheimnisses. Dem Verfassungsschutz und anderen Sicherheitsdiensten wird darin das Recht eingeräumt, Anträge auf Überwachung von Telefon- und Postverbindungen zu stellen. — Am 29. 4. debattiert der Bundestag den Bericht seines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Abhöraffäre.

4. 4. — Zypern. Staatspräsident Makarios kündigt den Allianzvertrag, der Griechenland und der Türkei den Unterhalt von Truppenkontingenten auf der Insel ermöglicht. Die türkische Regierung weist in einer Note die Kündigung zurück. — Am 11. 4. trifft Makarios zu Besprechungen in Athen ein. — Am 30. 4. unterbreitet UN-Generalsekretär U Thant einen neuen Friedensplan für Zypern.

8. 4. — Passierscheingespräche. Die Beauftragten des Westberliner Senats und der DDR-Regierung, Senatsrat Korber und Staatssekretär Wendt, treffen nach sechswöchiger Pause zu weiteren Gesprächen über eine Passierscheinregelung und eine Erneuerung des Berliner Abkommens vom Dezember 1963 zusammen. In einer Instruktion der Bundesregierung an den Verhandlungsführer Berlins wird die Anwesenheit von Postbeamten der DDR in Westberlin wiederum abgelehnt und eine „Informationssperre" über die Verhandlungen verhängt. — Am 18. 4. bezeichnet der Regierende Bürgermeister eine Übereinkunft für den Besuch westberliner Bürger in Ostberlin während der Pfingstfeiertage als unwahrscheinlich. — Am 30. 4. konferieren Brandt und Erhard über die Passierscheinfrage.

9. 4. — Bundeswehr. Während eines Manöverschießens auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne werden neun Personen, darunter ausländische Beobachter, getötet.

10. 4. — DGB. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes distanziert sich von einem Beitrag in den von ihm herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Monatsheften", dessen Autor für innerdeutsche Verhandlungen eingetreten war. Chefredakteur Dr. Walter Fabian reicht daraufhin sein Rücktrittsgesuch ein. Der „Deutschland-Union-Dienst" der CDU hatte heftige Angriffe gegen den betreffenden Artikel gerichtet.

— Ostpolitik. Das regierungsamtliche „Bulletin" beantwortet die Erklärung der sowjetischen TASS-Agentur vom 7. März mit der Versicherung, die Bundesregierung wünsche „ernsthaft ein spannungsfreies Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion". — Am 11. 4. übt der CSU-Politiker Dr. Neuwirth im Organ seiner Partei scharfe Kritik an einer Rede des Bundesaußenministers vom 3. 4., in der Dr. Schröder einen intensiveren Kulturaustausch mit den osteuropäischen Ländern befürwortet und zur Frage der deutsch-polnischen Grenze erklärt hat, „alte Wunden" dürften nicht wieder aufgerissen werden. — Am 16. 4. schlägt die Bundesregierung die Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Handelsgespräche vor, um den am 31. Dezember 1963 ausgelaufenen Vertrag zu ersetzen.

— USA. Die Regierung gibt den Rückzug von 7500 Mann militärischen Personals aus der Bundesrepublik bekannt, die „in Zeiten erhöhter Spannungen" nach Europa verlegt worden seien. — Am 22. 4. kritisiert Bundesminister Krone (CDU) die amerikanische Entscheidung.

13.—15. 4. — SEATO. Auf der Ministertagung des Südostasien-Paktes kommen die amerikanisch-französischen Meinungsver-

schiedenheiten über künftige Maßnahmen zur Beendigung des Bürgerkrieges in Vietnam zur Sprache. Während US-Staatssekretär Rusk alle Neutralisierungspläne ablehnt, befürwortet Frankreichs Außenminister Couve de Murville eine solche Lösung.

15. 4. — Bandung-Konferenz. Das vorbereitende Komitee für die zweite asiatisch-afrikanische Konferenz beendet seine Tagung in Djakarta (Indonesien). Über eine evtl. Einladung der Sowjetunion und Malaysias wird keine Einigung erzielt.

16. 4. — DPA. Die Presseabteilung des sowjetischen Außenministeriums verfügt die Schließung des Moskauer Büros der Deutschen Presseagentur und die sofortige Abreise des dort tätigen Korrespondenten. Die Hamburger Zentralredaktion von DPA hatte am 13. 4. eine Meldung über den angeblichen Tod von Ministerpräsident Chrustschow verbreitet.

16.—21. 4. — Algerien. Der Kongreß der FLN berät die bisherige Innen- und Außenpolitik und beschließt die Ausdehnung der Verstaatlichung auf neue Industriezweige und eine Fortsetzung der Agrarreform. Ministerpräsident Ben Bella wird als Generalsekretär der Partei bestätigt.

19. 4. — Laos. Ein „Revolutionskomitee der nationalen Armee" versucht eine Machtergreifung und nimmt den amtierenden Regierungschef Souvanna Phouma vorübergehend in Haft. Die Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission (Kanada, Indien und Polen) verweigern jede Kontaktaufnahme mit dem Komitee. — Am 20. 4. ergeht ein Auftrag des Königs an Ministerpräsident Phouma zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung.

20. 4. — Kernwaffen. USA-Präsident Johnson und der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow unterrichten in übereinstimmenden Erklärungen die Öffentlichkeit über die Reduzierung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke. Großbritannien schließt sich am 21. 4. den beiden Großmächten an, Frankreich lehnt eine ähnliche Maßnahme zur Rüstungsverminderung ab.

21. 4. — Kuba. Die Regierung protestiert gegen die fortgesetzten Aufklärungsflüge amerikanischer Militärmaschinen vom Typ U-2 über Kuba und gegen die Verletzung seines Luftraumes. — Am 22. 4. erklärt Präsident Johnson vor der Presse, die Erkundungsflüge würden nicht eingestellt.

22. 4. — Tanganjika/Sansibar. Die Präsidenten Nyerere und Karume unterzeichnen ein Abkommen über die Bildung einer Union zwischen beiden Ländern. Der Vertrag wird von den Parlamenten gebilligt.

23. 4. — NS-Verbrechen. Aus dem Untersuchungsgefängnis Braunschweig entweicht der wegen Beihilfe des Mordes an Juden zu vier Jahren Zuchthaus verurteilte ehemalige SS-Obersturmbannführer Zech-Nenntwich und flüchtet mit einem Privatflugzeug in die Schweiz. Die Untersuchung deckt Spuren zu zahlreichen Helfershelfern auf. — Am 27. 4 beginnt vor dem Zweiten Frankfurter Schwurgericht ein neuer Prozeß gegen den früheren Stellvertreter Eichmanns in Ungarn, Hermann Krumey. — Am 28. 4. ermächtigt der Westberliner Senat die ihm unterstehenden Justizorgane, bei der Verfolgung von Verbrechen aus der Zeit des Dritten Reiches die Rechtshilfe der DDR-Behörden in Anspruch zu nehmen.

25. 4. — Zeitungsaustausch. Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, bietet einen Austausch von Zeitungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR an. Ulbricht nennt die „Süddeutsche Zeitung", die Hamburger „Zeit" und die SED-Zeitung „Neues Deutschland" als mögliche Tauschobjekte. Bundespressechef von Hase lehnt den Vorschlag in einer ersten Stellungnahme ab. Bundesregierung und Westberliner Senat erklären später, die Anregung werde sorgfältig geprüft.

26. 4. — Landtagswahlen. In Baden-Württemberg kann die CDU ihre führende Stellung behaupten und Stimmengewinne auf Kosten der Gesamtdeutschen Partei erzielen. Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten erhöht sich geringfügig, die Freien Demokraten müssen Verluste hinnehmen Fraktionsstärke im neuen Landtag: CDU 59, SPD 47, FDP 14 Mandate.

28. 4. — Abrüstung. Die Genfer Achtzehn-Mächte-Konferenz vertagt sich bis zum 9. Juni 1964.

Die Lage

Johannes Weidenheim

Entspannung — nur durch Annäherung

Zwei große, übergeordnete geschichtliche Vorgänge wirken als bestimmende Kräfte im politisch-säkularen Raum besonders maßgebend auf den Lauf unserer Tage und der vorausschaubaren Zukunft: Das Phänomen der Koexistenz zwischen West und Ost und der ideologische Streit der beiden größten kommunistischen Parteien in Rußland und China. Das eine wie das andere wird die Welt mächtig vorantreiben, einem Ziel entgegen, das bis heute nur in ersten, schattenhaften Konturen zu erahnen ist.

Für uns hier in Deutschland fällt vor allem die erste Kraft ins Gewicht: die virulente, durch unser Land stündlich hindurchzuckende wechselseitige Macht-Beziehung zwischen West und Ost, reduzierbar auf die Formel „Washington und Moskau". Als diese Beziehungen noch überwiegend ideologisch bestimmt waren, hießen ihre wichtigsten Bestandteile Schärfe und Hitze; inzwischen hat sich viel politischer Pragmatismus beruhigend in die ideologische Brisanz gemengt: zwischen den beiden führenden Weltmächten (von denen jede die andere vernichten und von der anderen vernichtet werden kann) ist Entspannung eingetreten — die Vorstufe zur Koexistenz und zugleich auch schon ein kleines Stück von dieser, noch lange nicht sie selbst, aber doch ihr Keim und eine erste Verdichtung ihrer Form.

Die nachhaltigste Welt-Tatsache seit 1945: das atomare Patt, hat eine neue Entwicklung eingeleitet, mehr noch: eine neue Lage geschaffen. Die kommunistische UdSSR und die kapitalistische USA — nach wie vor natürliche Gegner und beide nicht gesonnen, sich in ihrer Struktur zu ändern — haben entdeckt, daß die Gefahr, die sie sich gegenseitig androhen, eine gemeinsame Verantwortung bedingt und den Zustand des Friedens in einem neuen Licht erscheinen läßt. Frieden ist nicht länger (wie das seit eh und je so war) von allen Möglichkeiten die schönste und edelste, sondern die einzige. Das Leben auf Erden wird allmählich singularistischer werden: kein ewiges Auf und Ab zwischen Krieg und Nachkrieg mehr, kein blutdunkles „Stirb und Werde" nach nibelungischen Maßstäben (egal welcher Provenienz), sondern eine immer ruhiger werdende Evolution zu einer weltlichen Humanität hin, die auf Vernunft, einem noch nie dagewesenen Kulturkonsum der Massen und den Resultaten kybernetischer Berechnungen beruht. Vorausgesetzt natürlich, der sich abkühlende Kalte Krieg kühlt sich weiter ab, die Entspannung vertieft sich und die Koexistenz nimmt deutlichere Gestalt an (wozu in erster Reihe gehören müßte, in gleichem Maße gemeinsam den Hunger in der Welt zu stillen, indem man gemeinsam, Auge in Auge, abrüstet).

Entspannung — kein Schlagwort

Was bedeutet Entspannung konkret? Nun, für Chrustschow hat sie unter anderem den Rückzug seiner Raketen von Kuba bedeutet, und in der Gegenwart bedeutet sie unter anderem die sowjetische Nichteinmischung im Zypernkonflikt

(was keineswegs selbstverständlich ist). Für Kennedy hat sie unter anderem die Duldung (später auch Respektierung) der Berliner Mauer bedeutet, und sie bedeutet für Johnson heute unter anderem, daß er sich mit beinahe schon drastischer Offenheit an den westdeutschen Kanzler wendet mit der Aufforderung: „Versetzen Sie sich mal in die Lage der Russen ..." Entspannung bedeutet unter anderem, daß die fremdsprachigen, nach Osten ausgestrahlten Sendungen der BBC (mit Ausnahme Bulgariens) nicht mehr gestört werden. Entspannung bedeutet, daß die Nordamerikaner und Kanadier entgegen dem Rat Konrad Adenauers, die Russen hungern zu lassen, diesen in riesigen Mengen Weizen verkaufen. Entspannung bedeutet, daß Winston Churchill, dem man durch sein langes Leben hindurch Abneigung gegen das Kriegsspiel wirklich nicht nachsagen kann, nun im höchsten Greisenalter immerhin doch noch zur Einsicht kommt: „Es ist immer noch besser, bla-bla-bla zu machen als bum-bum-bum" (zu welcher Einsicht er trotz seiner Altersweisheit in einer anderen Weltsituation als der atomaren vielleicht doch nicht gekommen wäre). Entspannung bedeutet, daß nicht nur die angelsächsischen, sondern außer der Bundesrepublik Deutschland eigentlich alle anderen handelskräftigen westlichen Länder ihren Handel mit der östlichen Welt Zug um Zug ausbauen (wie natürlich auch umgekehrt), trotz der laut erhobenen Warnung Ludwig Erhards, den Russen keine langfristigen Kredite zu geben.

Entspannung bedeutet weiterhin, daß das Millionenheer derjenigen in aller Welt, die von uns Westdeutschen das Abfinden mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs erwarten, von Tag zu Tag um Zehntausende zunimmt. Eine Enquete darüber unter den uns verbündeten Völkern würde ein für die Bundesregierung niederschmetterndes Resultat erbringen. Zu schweigen davon, daß kein Publizist in der westlichen Welt, der etwas auf sich hält, für einen wie auch immer (sogar „friedlich") aufgezäumten westdeutschen Befreiungsfeldzug „Mittel- und Ostdeutschlands" zu mobilisieren wäre. Und ist das alles schließlich ein Wunder, wenn man weiß (und auch Bonn weiß es), daß „die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges" selbst in den Regierungskanzleien von Washington, London und Paris längst facts geworden sind — verstellt von den Kulissen einer von Bonn erzwungenen Gegenteilsrhetorik, die diplomatisch verständlich, aber für unser ohnehin seelisch sehr labiles Volk schädlicher ist, als man sich das vielleicht zuzugestehen mag? Es gehört zu den Gesten der Anerkennung der Realitäten, daß die Alliierten ihre Einreisebestimmungen für Bürger der DDR lockern.

Wie stark der Zug nach Entspannung, Abrüstung, Verständigung tatsächlich geworden ist, geht für einen Bundesbürger jedoch am klarsten daraus hervor, daß diese Kräfte auch im eigenen Lande zunehmen — zunächst noch mehr qualitativ als quantitativ. So mancher ist in den zurückliegenden fünf, sechs Jahren von einem Saulus zu einem Paulus geworden. Man verfolge zum Beispiel die Entwicklung, die ein Mann wie Sebastian Haffner durchgemacht hat. Man vergleiche den „Stern" (politisch) von gestern und von heute. Auch „Die Zeit" war nicht immer so weit, daß sie mit Selbstverständlichkeit DDR statt „sogenannte DDR" geschrieben hätte. „Christ und Welt", eine konservative Wochenzeitung aus unmittelbarer Nähe Eugen Gerstenmaiers, beginnt auf einmal mit massiver, fundierter Kritik an unserer gesamten Erziehungs- und Bildungspolitik und ist längst nicht mehr so lammfromm und regierungstreu wie noch vor einem guten Jahr. Ludwig Erhard, Kanzler seit einem halben Jahr, mit viel Vorschußlorbeeren bedacht, nach Regierungsantritt zunächst behandelt wie ein rohes Ei, hat plötzlich keine gute Presse mehr: er schnappt persönlich ein, wenn man ihn politisch angreift, er gerät in Rage, wenn ihm jemand das Charisma eines Führers streitig machen will. Sein Stil ist ohne Bonhomie, und das wird gerade an ihm, der so hohe Versprechungen gemacht hat, mit Befremden registriert.

Ganz allgemein (ohne uns um weitere Details drücken zu wollen, aber eine lückenlose Aufzählung würde den Rahmen sprengen) kann gesagt werden: Unbehagen greift um sich in der Bundesrepublik Deutschland. Und Skepsis gegenüber der (Außen-) Politik unserer Regierung. Es gibt Parlamentarier, die noch vor drei Jahren akklamierten, als der Bundestag Maßnahmen gegen die Errichtung der Berliner Mauer beschloß, und die sich heute hinter dem Ohr kratzen, erkennend, daß es „so" nicht weitergehen kann. Führen wir nur Herrn Johann Baptist Gradl an, prinzipienfester CDU-Mann (allerdings aus Berlin, und das ist eine Nuance, die immer interessanter werden wird): „Wir sind", so gestand er dieser Tage bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum unter „erheblichem Beifall", „manchmal zu voreilig mit dem Abbruch solcher Beziehungen (zu Einrichtungen, Organisationen und Menschen der DDR, d. Verf.) gewesen . . .". Gleich ihm ist es inzwischen ganz ohne Zweifel auch manch anderem Verteidiger einer „Politik der Stärke" (die nur in Texas und in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht ausgestorben ist) im stillen Kämmerlein nachdenklich zu Mute geworden, ist es doch in der Tat auf lange Sicht so eine Sache, Politik der Stärke gegen einen Stärkeren zu treiben.

Nebenbei: Das Gegenteil von „Politik der Stärke" ist keineswegs — wie hierzulande verleumderisch oft unterstellt wird — „Politik der Schwäche". Nichts fiele leichter, als nachzuweisen, daß dieses ‚Sich-stark-machen und abwarten, bis der Feind zusammenbricht', das so ungefähr den Inhalt der „Politik der Stärke" ausmacht und besonders in den 50er Jahren sozusagen Staatsreligion war, aber auch heute noch nicht überwunden ist, überhaupt keine Politik, sondern ein Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-wollen war und bis heute geblieben ist. Darum wäre das Gegenteil von „Politik der Stärke": Politik.

Bonn isoliert sich immer mehr

Walter Lippmann sagte neulich: „Die Russen vermeiden es immer, an zwei Fronten zu kämpfen . . ." Analog zu dieser klugen Feststellung einer klugen Verhaltensweise kann man als Deutscher nur bitter ergänzen: Und die Deutschen tun stets das Gegenteil — sie suchen den Zweifrontenkampf. Nicht genug damit, daß unsere Regierung die Temperatur der Beziehungen zur Sowjetunion bis zu einem Grad heruntergekühlt hat, daß sich dergleichen eigentlich nur erlauben sollte, wer entweder stärker ist oder mit dem anderen in keiner Hinsicht etwas zu tun haben will (wir aber wollen doch von den Sowjets etwas — oder?): sie gerät auch ihren wichtigsten westlichen Verbündeten gegenüber in zunehmende Disparation. Nach London hin hat der Bonner Draht nie richtig gespielt; Konrad Adenauer mochte die Engländer ganz einfach nicht, genau wie Wilhelm II. und Adolf Hitler; ob er sich das politisch leisten konnte, hat ihn nicht viel gekümmert (auch hierin den zwei genannten Vorgängern verwandt). Hingegen war zwischen Washington und Bonn einstmals alles eitel Wonne. Da lebte Foster Dulles noch, der große Magier, der letzte Kreuzritter. Man brauchte in seinen gewaltigen Vorstellungen und kühnen Unternehmungen nur das Einfache zu erkennen (und Konrad Adenauer war immer für das Einfache), und schon wußte man, was man zu tun hatte, um wieder in den Besitz der „Zone" und der Gebiete jenseits von Oder und Neiße (und womöglich noch ein bißchen was dazu) zu gelangen. Zu jener Hoch-Zeit war sogar von der „Befreiung der Völker Osteuropas" die Rede. Wohin ist alles das doch entschwunden! Mit John F. Kennedy kam ein denkender junger Mann ans Ruder, der nicht nur einsah, daß es so nicht ging (weil es zugleich auch Selbstvernichtung bedeutet hätte), sondern der auch die Weichen herumstellte, damit es in Zukunft, ganz allmählich, anders gehen konnte. Seither kühlte sich Bonns Verhältnis auch zu Washington immer mehr ab. Kennedy

war ganz und gar nicht nach Adenauers Geschmack; als er einer Verschwörung zum Opfer fiel, wurden in Bonn außer ein paar ehrlichen auch viele Krokodilstränen um ihn vergossen. Und nun stellt sich immer mehr heraus, daß sein Nachfolger, Präsident Johnson, die Linie der Entspannung fortzusetzen gedenkt — aus Bonn wird Widerspruch angemeldet. „Nicht zu schnell abrüsten!" warnt Heinrich Krone. Damit stellt sich eine Clique gegen die Interessen der ganzen Welt, denn es ist doch wohl klar, daß die viel verbreitetere Sorge die ist, es könnte z u l a n g s a m abgerüstet werden.

Bei gewissen Leuten in unserem Lande ist es einfach Mode geworden, an den Angelsachsen herumzumäkeln und den Menschen die Entspannung zu vermiesen. Das geht, von Bonn jetzt einmal abgesehen, quer durch die Springer-Presse und macht auch vor der feinen „Frankfurter Allgemeinen" nicht halt. Hier wird in einem ganz erstaunlichen Leitartikel (vom 29. 4.) dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (des Landes also, das der Bundesrepublik mit dem Marshallplan überhaupt erst auf die Füße half) empfohlen, in puncto „besseres Verhältnis" der Deutschen zu den Sowjetrussen „mehr Zurückhaltung" zu üben! Man ist zur Zeit recht böse auf Johnson, den Mächtigsten des eigenen Bündnissystems, weil er uns (in einem Illustrierten-Interview) vor aller Welt recht unsanft endlich in Richtung „Détente" in Trab setzen will. Diese psychologisch bemerkenswerte Reaktion zeigt die kranke Seelenlage all dieser Leute auf, die sich verzweifelt an den letzten Rockzipfel des Kalten Krieges klammern, um ihn, den zum Gehen Bereiten, am Verlassen der Bühne zu hindern: statt sich selber, ihrer eigenen gefährlichen Unzulänglichkeit, zu grollen, grollen sie dem, der ihnen helfen will, sich von ihrem Dämon zu befreien. Und ist es nicht schon dämonisch reaktionär, in Richtung Präsident Johnson (nachdem man ihn, vielleicht nicht ganz zu Unrecht, verdächtigt hat, er wolle uns vielleicht sogar in Richtung auf ein „Disengagement in Mitteleuropa" drängen) klipp und klar zu postulieren: „Die Bundesregierung kann sich auf dergleichen im Ernst nicht einlassen?" (FAZ). Wie, wenn sie sich darauf eines Tages wird einlassen müssen? So jedenfalls, wie die Scharfmacher und Schwärmer und Unbelehrbaren sich die Lösung der „deutschen Ostprobleme" denken (die für den größten Teil der Menschheit ohnehin keine Probleme sind), wird sie wohl kaum zu finden sein: durch die Kapitulation der Sowjets.

Die Sowjets sind mit den Amerikanern permanent im Gespräch. Dabei ist bis jetzt immerhin — von atmosphärischen Verbesserungen abgesehen — das Teststopp-Abkommen vom vorigen Sommer und nun soeben die Vereinbarung über die beiderseitige Drosselung der Plutonium- und Uranproduktion für Atomwaffen herausgesprungen. Das ist noch nicht viel, wir wissen es, aber es wird mehr werden, darauf kann Rainer Barzel sich verlassen. „Das ist noch keine Entspannung", kommentierte dieser besonders hartnäckige Kalte Krieger schadenfroh die oben erwähnte Vereinbarung. Wer Entspannung nicht wünscht, konstatiert sie auch nicht.

Um abzurunden, daß der schlechthin unerfüllbare Wunsch nach Revision der durch den Zweiten Weltkrieg östlich von Werra und Fulda geschaffenen Tatsachen die Bundesregierung auch im Kreise ihrer eigenen Verbündeten immer mehr isoliert, braucht man nur noch einen Blick nach Paris zu werfen. Charles de Gaulle hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Oder-Neiße-Grenze definitiv sei, und was man in Bonn SBZ nennt, nennt er Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg ... Zu schweigen von seiner eigenwilligen China-Politik, zu schweigen von seiner eigenwilligen NATO-Politik (die den Anfang von NATO's Ende bedeutet) und zu schweigen von der Unvereinbarkeit der französischen mit der westdeutschen Agrarpolitik.

Wieviel ist Erhard der Frieden wert?

Alles das, dieses ganze Danebenliegen der für unsere Politik Verantwortlichen, dieses ganze unselige Nichtmitmachen in der vorwärtsdrängenden Welt (das man mit unzähligen Beispielen aus allen nur denkbaren Bereichen belegen könnte), dieses Sich-Versteifen auf das Unmögliche (während das Mögliche zugleich verächtlich beiseitegeschoben wird), faßt die „Stuttgarter Zeitung" in ihrem Leitartikel vom 30. 4. tapfer so zusammen (ausgehend vom Auszug der französischen Marineoffiziere aus den Stäben der NATO):

> „Es ist ja unverkennbar, daß sich allmählich ein greller Gegensatz zwischen unseren Bekenntnissen und den tatsächlichen Entwicklungen ergibt ..."

Der das schreibt, ist der für seine Bonn- und NATO-Treue bekannte Journalist Dieter Cycon. Also auch er. Wieder einer mehr, dem es allmählich dämmert. Die „Eingeschlossenen von Bonn" werden immer einsamer. Gerade das ist das Gefährliche an der Lage. Man muß ihnen heraushelfen aus ihren Schützengräben und Sappen, sonst verbiestern sie sich in Wahnvorstellungen, und dann gibt es am Ende wirklich nur noch die Katastrophe als Lösung. Die Richtung dahin ist eingeschlagen, sobald in Bonn mehr Zeit und Kraft darauf verwendet werden, in die Verfügung über Atomwaffen zu gelangen, als mit allen nur denkbaren Freunden, Rivalen, Gegnern und Feinden politisch zu verhandeln und nochmals zu verhandeln.

Bundeskanzler Erhard hat eben erst wieder, bei der Westberliner Mai-Kundgebung, die Friedensliebe der Bundesregierung beteuert und versichert, sie wolle „auch mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zu einem guten Einvernehmen" gelangen. Markige, eindrucksvolle, begrüßenswerte Worte. Welche Taten werden ihnen nun folgen? Kann auch der verschlafenste Bundestagsabgeordnete der Regierungskoalition auf seinem geschützten Platz im Hintergrund des Hohen Hauses noch länger daran zweifeln, wer jetzt langsam handeln muß? Moskau hat gehandelt; zum letztenmal am 13. August 1961. Nun ist Bonn an der Reihe. Wenn Ludwig Erhard bei der Mai-Kundgebung (laut „Welt") sagte, die Bundesregierung habe ihre Friedensliebe bezeugt: Alle Soldaten und Waffen seien der NATO unterstellt worden, es werde auch keine nationale Verfügungsgewalt über atomare Waffen angestrebt — mehr könne die Bundesregierung zum Beweis ihrer „redlichen und friedlichen Gesinnung" nicht tun, so kann man darüber nur erschrecken. Wahrlich, Konrad Adenauer hat derart auftrumpfend und fatalistisch zugleich nie gesprochen. Was ist eigentlich in Professor Erhard gefahren? Erschwert der Glanz der Macht dem kleinbürgerlich angesetzten Manne die Kontrolle über seine Worte, oder haben auf Verschärfung erpichte Hintergrundmächte ihn in der Hand?

Wir fürchten, zum Beweis der „redlichen und friedlichen Gesinnung" der Bundesregierung wird doch etwas mehr von ihr verlangt werden als nur die Unterstellung aller Soldaten und Waffen unter die NATO (abgesehen davon, daß auch und gerade hierin die Russen eine List wittern: NATO-Deutsche könnten leicht ihre stärkeren und darum für die Russen gefährlicheren Verbündeten in einen Krieg hineinmanipulieren, den allein zu führen, sie sich diesmal doch nicht getrauen würden). Wir treten in diesen Tagen in das zwanzigste Jahr seit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Reichsregierung nach dem von Deutschland mathematisch genau angelegten und vollständig verlorenen Zweiten Weltkrieg ein: Die Welt verlangt von uns, daß wir nun endlich Frieden schließen! Frieden a) mit Polen (das bedeutet die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze), b) mit der Tschechoslowakei (das bedeutet, daß man der Sudetendeutschen Landsmannschaft, wie auch allen anderen Vertriebenen und Flüchtlin-

gen, endlich reinen Wein einschenken muß, c) mit der DDR. Der Frieden mit der Sowjetunion ergibt sich dann hieraus folgerichtig fast von selbst.

Die DDR bricht nicht zusammen

Während Bundeskanzler Erhard in Westberlin vor dem Gebäude des einstigen Reichstages erneut die Grenzen proklamierte, über die sein Opfer für den Frieden nicht hinausgehen dürfe, waren in Ostberlin, nur ein paar hundert Meter weit entfernt, bei der Mai-Parade der Volksarmee zum erstenmal drahtgelenkte Abwehrraketen für die Panzerbekämpfung zu sehen, „die am selben Tage auch in der Moskauer Parade auf dem Roten Platz mitgeführt wurden" („Die Welt"). Mit anderen Worten: Es waren sowjetische Raketen, und daß sie in Ostberlin just bei dieser Gelegenheit und synchron zu ihrer Vorführung in Moskau vorgestellt wurden, war eine Demonstration.

Was wollte Moskau damit demonstrieren? Ich glaube, weniger seine militärische Stärke (denn die hat die Welt inzwischen ja zur Kenntnis genommen), als vielmehr etwas Politisches: Es sollte eine kühlende Dusche für alle diejenigen sein (ganz gleich, wo), die immer noch oder schon wieder hartnäckig wünschen, hoffen, wähnen und sterndeuten, den Russen könnten eines Tages Bonner Milliarden und vielleicht sogar der erklärte Bonner Verzicht auf die multilaterale Atomflotte soviel wert sein, daß sie ihre ostdeutschen kommunistischen Genossen verraten und das ganze unendlich mühsam aufgebaute Gebilde, das heute DDR heißt, einfach im Stich lassen. Dies ist nicht die einzige Spekulation in unserem dem Irrationalismus gegenüber so anfälligen Lande, aber ich glaube, sie ist die abenteuerlichste. Wir können darüber hinweg getrost zur Tagesordnung übergehen.

Auf dieser Tagesordnung steht für uns in der Bundesrepublik (und für die Bundesrepublik als solche) die DDR an oberster Stelle. Was wollen wir mit ihr machen, da wir sie nun einmal nicht mit Gewalt aus der Welt schaffen können? Diese Frage bewegt unsere Politiker immer tiefer und immer wärmer. Die Masse der Bundesbürger hingegen schert sich daran weniger; sie schickt in gut eingedrilltem Mechanismus nach wie vor Päckchen hinüber (die man drüben zum größten Teil gar nicht mehr braucht) und macht es der Welt schwer, zu glauben, die Deutschen — wenigstens die westlichen — litten wirklich unter der Teilung.

Was also tun? Wer Augen, zu sehen, und Ohren, zu hören hat, weiß inzwischen, daß die DDR nur in dem gleichen Maße ein Provisorium ist wie die Bundesrepublik. Wer diese stabilisiert (und welcher staatstreue Bundesbürger täte das nicht), stabilisiert auch jene, ob er will oder nicht. Heinrich v. Brentano hat, vor Jahren schon, einmal davor gewarnt, die Bundesrepublik „als Provisorium zu betrachten". Nein, nein, wir tuns schon nicht. Aber warum sollte der eine deutsche Teilstaat länger leben als der andere?

Sollen sie dann also in Ewigkeit nebeneinander existieren? Das ist nicht unbedingt notwendig, sie können durchaus wieder zusammenkommen: aber nur über ihre beiderseitige volle Gestaltwerdung hinweg. So unklar scheint man sich in Bonn darüber gar nicht zu sein, wie man gern tut: Plant man ein neues Bundeshaus für 110 Millionen, wenn man am Horizont eine Wende heraufdämmern sieht, die, so oder so, Bonn nicht als Metropole zurückließe? Nein — wir haben in den letzten drei Jahren alle einsehen gelernt, daß es mit der DDR doch erheblich mehr auf sich hat, als wir Wohlstandskinder das je für möglich gehalten hätten.

Und auch in der DDR sehen das immer mehr Menschen ein. Das Verhältnis der Schimpfenden zu den anderen verschiebt sich langsam zu deren Gunsten, darüber dürfen wir uns hier im Westen keiner Illusion hingeben. Auch die Schimpfenden

geben zu, daß es wirtschaftlich aufwärts geht. Ulbricht praktiziert längst den „Gulasch-Kommunismus", mit dem Chrustschow in Budapest von sich reden machte. Die Jugend twistet und übernimmt Westliches, wo es nur geht: aber sie arbeitet für den „Aufbau des Sozialismus", da ist gar nichts zu machen, es bleibt ihr gar nichts anderes übrig. Wer vorankommen will, kann vorankommen, am Gelde hängt das dort nicht: und wer voranschreitet, bestätigt allein schon dadurch den Staat, der ihm das ermöglicht hat. Es gibt drüben scheinbare und es gibt echte Errungenschaften; zu diesen zählen die Gesundheitsfürsorge und vor allem das Bildungswesen. Die DDR ist auf dem Wege, die „Pädagogische Provinz" des deutschen Volkes zu werden. Die Abiturienten, die mit dem Reifezeugnis zugleich einen Facharbeiterbrief ausgehändigt bekommen, werden ein völlig neues Verhältnis zwischen Kopf- und Handarbeit proklamieren und Wirklichkeit werden lassen. Und was Franz Kafka angeht, so wird er nun doch auch drüben erscheinen, peinlich spät, aber vielleicht doch nicht zu spät. Es ist nicht wahr, daß in der DDR nicht entstalinisiert werde. Das alles geht nicht schnell, jedoch es geht, und es geht tief. Und auf der soeben stattgefundenen Zweiten Bitterfelder (Kultur-) Konferenz verkündete Ulbricht persönlich: „Es ist unzulässig und unnötig, in den komplizierten Prozeß der Schaffung eines Kunstwerkes reglementierend einzugreifen."

Einziger Weg: Deutsche wieder an einen Tisch

Aber auch wenn es alle diese (und andere) Anzeichen für eine positivere Entwicklung in der DDR nicht gäbe, wären wir von der Notwendigkeit, mit ihr Kontakt aufzunehmen, nicht entbunden. Daß es sie gibt, macht uns die Sache allerdings leichter. Es muß verhandelt werden — und zwar nicht, wie Kurt Mattick jüngst verlangte, „mit den Sowjets, aber nicht mit Ulbricht", sondern natürlich „mit Ulbricht". Haben die Sowjets uns das nicht immer wieder klargemacht? Wie oft wollen wir uns in Moskau in dieser Hinsicht noch einen Korb holen? Ist es denn so schwer zu kapieren, daß die Weltmacht Sowjetunion allein schon aus Prestigegründen darauf bestehen muß, daß der von ihr geschaffene neue deutsche Staat von jenem älteren (der zudem die Rechtsnachfolge des von der Sowjetunion besiegten Hitlerreiches für sich reklamiert hat) eines Tages eines Wortes gewürdigt wird? Doch dürfte das weit hinten rangieren; relevanter sind reale Motive der Macht und der Sicherung. Moskau wird uns so lange an Pankows Türe verweisen, bis wir es begriffen haben werden.

Im eigenen Interesse sollten wir allerdings nicht zu lange warten. Walter Ulbricht hat erst jetzt wieder gezeigt, daß er offensiv werden kann. Sein überraschendes Angebot, bestimmte westdeutsche Zeitungen (von der Springer-Presse ist nichts dabei) in der DDR vertreiben zu lassen, sofern „Neues Deutschland" in der Bundesrepublik vertrieben werden darf, zeugt mindestens von Courage, denn er muß damit rechnen, daß er diesmal vielleicht doch beim Wort genommen werden wird, und es muß ihm klar sein, daß aus der Sache nur etwas werden kann, wenn die auszutauschenden Druckerzeugnisse im jeweils anderen Teil Deutschlands so an den Mann gebracht werden können, wie sie nun einmal sind, also unzensiert. Das muß auch Bonn klar sein. Was wird man dort tun? Die ersten Stellungnahmen ließen eine gewisse Betroffenheit durchblicken. Das hatte man dem Ulbricht nicht zugetraut. Es war womöglich ein klug berechneter Zug, der es als nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß wir in Zukunft von der anderen Seite noch öfter in formaljuristische Verlegenheit gebracht werden sollen. Dem kann man nur mit einem vorbeugen: mit Kontakten — allerdings nicht mit den sogenannten „menschlichen" allein, sondern mit politischen (die ja durchaus unterhalb der Schwelle der förmlichen Anerkennung bleiben können).

Und wir „anerkennen" ja schon, wir geben es nur nicht zu. Das Leben erkennt schon an, was die Diplomatie noch leugnet. Jeder Bundesbürger, der in die DDR reist, erkennt an, daß da ein Staat ist, der nicht sein eigener ist; und sie reisen wieder in Scharen hinüber. Der Kulturaustausch, nach dem Bau der Mauer zunächst erloschen, ist längst wieder aufgelebt; Bühnen tauschen Gastspiele aus, bildende Künstler veranstalten Ausstellungen jenseits der ernstesten Grenze, die durch Europa geht, und nun hört man auch von Kreisverwaltungen längs dieser Grenze, die sich zusammensetzen wollen, um zu beraten, wie gewisse praktische Dinge über die Grenze hinweg vernünftiger abgewickelt werden könnten. Das alles ist genau das, wogegen Leute wie Franz Amrehn sich mit Händen und Füßen sträuben: „E n t s p a n n u n g d u r c h A n n ä h e r u n g."

Aber anders geht es nicht! Wer Entspannung will, Annäherung aber nicht, der will sich waschen, ohne naß zu werden. Entspannung geht nur durch Annäherung. Es ist ein Weg, der aus Hunderten, vielleicht Tausenden von Schritten besteht, aber: Es führt kein anderer „nach Küsnacht". Mit persönlichen, künstlerischen, kommunalpolitischen, passierscheintechnischen Kontakten beginnt es, mit Zeitungsaustausch, Reiseverkehr, Rechtshilfe geht es weiter, mit Disengagement, atomwaffenfreier Zone, Nichtangriffspakt und dergleichen muß es enden — nein, „enden" stimmt nicht, enden soll es mit der Wiedervereinigung, dermaleinst, aber anders als über diese mühsamen Stufen hinweg wird es sie nicht geben, niemals.

Noch gibt es bei uns so manchen, der sich um diese Einsicht herumzudrücken versucht; das kann so weit gehen, daß man spekuliert, ob man nicht Rotchina irgendwie dafür einspannen könnte, die Russen zur Preisgabe der DDR zu zwingen . . . Hier schlägt Naivität in Torheit um. Nein, es hilft a l l e s nichts: Wenn wir die Wiedervereinigung Deutschlands wollen, müssen wir mit den Deutschen in der DDR in Verhandlungen eintreten.

Solange auf diesem Wege nicht vorangeschritten wird, droht Kriegsgefahr: wieder einmal durch die Deutschen. Niemand braucht diesen Krieg zu wollen — er kann dennoch kommen. Ihm nicht entschlossen genug entgegenzuarbeiten, begünstigt schon sein heimliches, krebsartiges Wachstum. Ausbrechen kann er dann so ähnlich, wie neulich über Nacht „Chrustschow tot!" war und an den Börsen der USA momentan die Kurse stürzten: durch einen Kurzschluß im Gehirn eines Übermüdeten.

Zur Zeit schlägt das Pendel in der Bundesrepublik nach Minus aus. Eine gespenstische Szenerie: während aus allen Orchestern die lieblich-pikanten Klänge des Singspiels vom Wohlstand rieseln, zucken KZ-Prozesse und Nazi-Spätlesen (z. B. Zech-Nenntwichs Flucht) wie irisierendes Licht über einen dunklen Hintergrund, in dem für den Bundesbürger die Atombombe und das Notstandsrecht verborgen gehalten werden. Man erzähle uns keine Märchen: Auch die noch so „multilaterale" Atombombe kann eines Tages Typen wie Franz Joseph Strauß in die Hände geraten, und auch ein noch so verzuckertes Notstandsrecht wäre der Anfang vom Ende des bißchen Demokratie, das wir uns in neunzehn Jahren mühsam erarbeitet haben.

Wohin sich das alles noch wendet, wird in vorderster Reihe von der SPD abhängen. Die Verantwortung, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für dieses Landes Zukunft trägt, sickert sozusagen aus dem Boden der Geschichte wie Grundwasser und steigt ständig. Und es sollte eigentlich nicht mehr sehr lange dauern dürfen, bis die Parteiführung erkennt, daß es ein Unsinn war, es nicht mehr „anders", sondern nur „besser" als die CDU machen zu wollen. Was die CDU macht, kann niemand „besser" machen als sie selbst. Aber man kann manches, und nicht das Geringste, „anders", erheblich anders machen. Was, das

wissen die Sozialdemokraten ganz genau. Hoffentlich bekennen sie sich wieder dazu, eh es zu spät ist. Der Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg sollte ihnen klargemacht haben, daß sie mit „nicht anders, nur besser" nicht weiterkommen und sich jetzt schon für das eine Stimmendrittel bedanken können, das sie nächstes Jahr bei der Bundestagswahl erhalten werden, wenn es so weitergeht.

(Abgeschlossen am 3. Mai)

Jochen Willke

Moskau im Frühling 64

Der Verfasser dieses Beitrags war bis 1. Mai 1964 Kolumnist der „Revue". Er schrieb dort unter dem Pseudonym VOLUNTAS. Seine Reise nach Moskau diente dem Zweck, für die „Revue" eine Analyse über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu schreiben. *D. Red.*

Zehn Tage lang bin ich in Moskau gewesen. Als ich mich vor dem Rückflug verabschiedete, sagte meine Dolmetscherin: „Sie waren der seltsamste Tourist, den ich seit langem geführt habe." Ich mußte ihr zustimmen.

Jeden Morgen, wenn ich mich mit Gala Alexandrowna in der Halle des „Metropol" traf, hatte sie mich überreden wollen, eine der vielen Sehenswürdigkeiten anzuschauen. Aber immer winkte ich ab, immer hatte ich etwas anderes im Sinn. Wir besuchten nur die alte Zarenkirche im Kreml, in der Iwan der Schreckliche mit den Popen im Streit gelegen hatte, und die berühmte Schatzkammer mit den historischen Sammlungen. Für Bildergalerien und Museen reichte die Zeit nicht. Wir gingen stattdessen in die Lomonossow-Universität und diskutierten mit den Studenten. Im „Haus der Völkerfreundschaft" trafen wir uns mit Lehrern und Professoren. Ein Kommentator des Fernsehens führte uns durch die Moskauer TV-Studios, wir verbrachten einen Vormittag in der Redaktion der „Istwestija", und wir unterhielten uns mit den Redakteuren einer Presseagentur.

Ich wollte mich darüber informieren, wie man in der Sowjetunion über das deutsch-sowjetische Verhältnis denkt, was man vom westdeutschen „Revanchismus" hält, welche Chancen man der Wiedervereinigung gibt. Mich interessierten nicht die amtlichen Darstellungen, wie wir sie aus der TASS in Moskau und dem BULLETIN in Bonn kennen, die Resolutionen der Regierung und die diplomatischen Noten. Sondern ich wollte mit Russen sprechen, die in ihrem Land den gleichen Kreisen angehören wie ich in der Bundesrepublik. Was ist ihre Meinung? Wie sehen sie die Lage?

Gegenseitige Vorurteile

Wohin ich auch kam — ich wurde freundlich aufgenommen. Man war erfreut, mit mir diskutieren zu können. Ich spürte bei meinen Gesprächspartnern weder Abneigung gegen uns Deutsche noch irgendwelche Haßgefühle. Im Gegenteil.

Selten fand ich im Ausland so viel Verständnis für unsere Situation im Dritten Reich, für unser Stummsein und für unsere Machtlosigkeit gegenüber dem Diktator, wie jetzt in Moskau. Ich war immer aufs Neue überrascht, wie wenig man uns nachträgt und wie streng man die Gegenwart von der Vergangenheit scheidet. Dabei erschien ich in einem denkbar ungünstigen Augenblick in Rußland. Mein Besuch stand im Schatten jener unsinnigen deutschen Falschmeldung über Nikita Chrustschows plötzliches Hinscheiden.

Natürlich begegneten mir auch Vorurteile. Ein Student der Journalistik zum Beispiel präsentierte mir den Berliner Bürgermeister Willy Brandt als Revanchisten, und der Einfluß der Bundeswehr-Generäle auf unsere Regierung und unsere Politik wird selbst von belesenen Akademikern in einer Weise überschätzt, daß mir die Sprache wegblieb. Immerhin, es gelang mir, den Studenten davon zu überzeugen, daß Brandt im Gegensatz zu manchen mißverständlichen Reden, die er hielt, bestimmt keine Revanchegelüste mit sich herumschleppt. Auch hatte ich den Eindruck, meine Zuhörer beurteilten das Mitbestimmungsrecht der westdeutschen Generalität wesentlich objektiver, nachdem ich ihnen die Verhältnisse in Bonn erläutert hatte.

Manches russische Vorurteil konnte ich in meinen Unterhaltungen korrigieren. Umgekehrt mußte auch ich falsche Vorstellungen über die Sowjetunion aufgeben. Ich sage das, um zu erklären, wie wichtig gute Beziehungen zwischen uns und den Russen sind, und wie notwendig es ist, daß wir uns gegenseitig besuchen. Leider gehört die UdSSR zu den teuersten Reiseländern der Welt: Ich zahlte für Hotel, Verpflegung, Dolmetscherin und Wagen (für drei Stunden täglich) eine Tagespauschale von rund 140,— DM. Man kann es billiger haben, aber Rußland bleibt trotzdem teuer. So sehe ich vorerst in der Praxis keine große Möglichkeit für einen umfangreichen Reiseverkehr Bundesrepublik—Sowjetunion.

Das ist schade. Denn selbst solche Deutschen, die frei sind von antikommunistischen Propagandaparolen und die den Russen unvoreingenommen zu begegnen wünschen, sind mit Vorurteilen belastet, die sie nur an Ort und Stelle loswerden können.

Beispielsweise hätte ich nie geglaubt, daß sich die Türen so vieler Büros so schnell öffnen würden, wie ich es dann erlebte. Meine Dolmetscherin war nicht, wie ich erwartet hatte, meine ständige Begleiterin. Ich ging, so oft ich wollte, allein durch Moskau, und ich bin sicher, daß meine Wege nicht beschattet wurden. Zwischen Ausländern und Russen besteht kein Zaun mehr, niemand wich einer Unterhaltung mit mir aus. Auf ein Telefongespräch ins westliche Ausland wartete ich nie länger als zehn Minuten. Anrufe meiner Redaktion in München wurden mir vom Fernamt direkt in mein Hotelzimmer gelegt. Jeder Russe kann das Café ebenso wie das Restaurant im „Metropol" unangefochten betreten. Ich behaupte: Man geht einem Kontakt mit Fremden nicht aus dem Wege, sondern man sucht ihn. Der Photograph, mit dem zusammen ich unterwegs war, konnte unbehindert in Kaufhäusern, vor Schaufenstern, auf der Straße, im Hotel und in der U-Bahn photographieren. Er wurde oft von jungen Leuten umringt, die mit ihm reden wollten.

Selbstverständlich ist das Leben in Moskau sehr verschieden von unserem Leben in der Bundesrepublik. Aber die Unterschiede sind bei weitem nicht so groß, wie ich sie mir vorgestellt hatte.

Das Sicherheitsbedürfnis ist echt

In meinen Diskussionen mit Russen — und fast jede Begegnung gipfelte in einer Diskussion — habe ich immer die gleiche Frage gestellt: Fürchten Sie sich

tatsächlich vor unserer Bundeswehr, vor der deutschen Aufrüstung und vor den Leuten, die Sie revanchistisch nennen? Ich erhielt zwar nicht immer die gleichen Antworten, aber was man mir entgegnete, war sich überall ähnlich. Seither bin ich davon überzeugt, daß das Sicherheitsbedürfnis, das die Sowjetunion uns gegenüber geltend macht, kein kommunistischer Propagandazauber ist, um dunkle Ziele zu vernebeln. Das Sicherheitsbedürfnis ist echt. Es beherrscht die sowjetische Deutschlandpolitik. Ich war nicht erstaunt, in der Zeitung zu lesen, daß der amerikanische Präsident der Regierung in Bonn geraten hat, dem Sicherheitsanspruch der Russen Rechnung zu tragen.

Aus keiner politischen Unterhaltung zwischen einem Deutschen und einem Sowjetbürger läßt sich der 22. Juni 1941 wegdenken. Jener Tag, an dem das Großdeutsche Reich unter Bruch eines Vertrages die Sowjetunion überfiel, ist für viele immer noch ein Albdruck: Von einer Minute zur anderen war Rußland in ein Schlachtfeld verwandelt worden. Ich bekam kein anklagendes Wort zu hören. Doch man sagte mir: Das darf sich niemals wiederholen.

Die Russen haben keine Angst vor der Bundeswehr. Diejenigen, mit denen ich sprach, wiesen meine Frage zurück. Ihre Antwort: Wir sind stark genug, um eure Armee zu vernichten! Aber sie empfinden Furcht bei dem Gedanken, die Bundesrepublik könnte — so wie man ein brennendes Streichholz in trockenes Stroh wirft — die Zündung auslösen zu einem neuen Krieg. Darum will Moskau unbedingt die Beteiligung Westdeutschlands an jedweder Atomstreitmacht verhindert wissen.

Was immer man in der Bundesrepublik von solchen russischen Überlegungen hält, ob sie berechtigt sind oder nicht: Nur wenn unsere Politik das sowjetische Sicherheitsbedürfnis ernst nimmt und es als Realität einkalkuliert, gibt es eine Basis für erfolgversprechende Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau.

„Westdeutscher Revanchismus"

Bei uns amüsiert man sich königlich, wenn aus der Sowjetunion der Vorwurf des Revanchismus herübertönt. Zweifellos werden wir auch oft zu Unrecht verdächtigt. Denn mit diesem Vorwurf sind die Russen schnell zur Hand. Aber wenn wir mit ihnen wirklich ins Reine kommen wollen, ja, wenn wenigstens unsere politischen Beziehungen besser werden sollen, müssen wir uns mit den Erscheinungen beschäftigen, die sie unter dem verallgemeinernden Schlagwort „westdeutscher Revanchismus" zusammenfassen.

Ich fragte in einer Diskussion: Was verstehen Sie unter Revanchismus? Und ich ergänzte, daß es meiner Meinung nach bei uns zwar Revanchisten gibt, daß diese aber auf politische Entscheidungen keinen Einfluß haben.

Ein Professor antwortete: Wie erklären Sie sich dann, daß Ihr Außenminister Gerhard Schröder in seiner eigenen Partei auf immer größeren Widerstand stößt, nur weil er bessere Beziehungen zum Osten wünscht? Man müßte doch froh darüber sein, daß er das will. Aber nein — man bekämpft ihn deswegen und hätte lieber einen Scharfmacher auf seinem Platz.

Ich bekam Zitate aus westdeutschen Reden und westdeutschen Zeitungen zu hören. Die Schlußfolgerung, die meine Gesprächspartner zogen: Wir Russen haben allen Grund, mißtrauisch zu sein, denn wenn ihr Deutschen wirklich Verständigung mit uns suchen würdet, dann könnten die antirussischen Äußerungen nicht einen immer größeren Umfang annehmen.

Niemand muß sich diese sowjetischen Thesen zu eigen machen. Aber sie sind vorhanden, und wir Deutschen befinden uns im Irrtum, wenn wir glauben, es handle sich hierbei ausschließlich um eine Propaganda zur Verächtlichmachung der Bundesrepublik. Die Furcht vor dem „Revanchismus" sitzt den Russen im

Blut, sie geht zurück auf den gleichen Schock, der in der Sowjetunion auch das Sicherheitsbedürfnis wachhält: Es ist die Erinnerung an jenen Junitag 1941, an dem die deutschen Panzer feuernd über die Grenze rollten und Rußland vom Krieg erfaßt wurde.

Ohne Verständnis für diese Gefühle ist eine deutsche Ostpolitik nicht denkbar.

Wiedervereinigung — eine militärische Frage

So oft sich eine Gelegenheit bot, kam ich auf das Thema „Wiedervereinigung" zu sprechen. Ich muß den Russen, mit denen ich darüber redete, nachträglich das Kompliment machen, daß sie sachlich, frei und offen mit mir diskutierten. Aber es war eben nicht mehr als eine Diskussion. Die Zeit, die seit 1945 vergangen ist, hat nicht für, sondern gegen uns gearbeitet — und so sind die Chancen, die Teilung Deutschlands zu beseitigen, immer geringer geworden.

Mir wurde deutlich gesagt, daß die Wiedervereinigung für die Sowjetunion in erster Linie eine militärische Frage ist. Das war nicht immer so, doch heute ist es so. Man argumentierte: In der augenblicklichen Situation könne die UdSSR schon aus Gründen ihrer eigenen Sicherheit nicht auf die kommunistisch regierte DDR verzichten.

Die Begründung lautete folgendermaßen: Wir Russen sind davon überzeugt, daß die Bundesrepublik militärisch und geistig gegen uns aufgerüstet worden ist und daß diese Entwicklung sich fortsetzt. Wir sind andererseits davon überzeugt, daß der sozialistische Teil Deutschlands infolge seiner sozialistischen Gesellschaftsform niemals einen Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion vom Zaun brechen wird. Wir sind froh, daß es die DDR gibt, sie verstärkt unsere Sicherheit vor einer neuen Bedrohung. Darum unterstützen wir diesen Staat, darum ist er uns lieb und teuer. Schon darum werden und können wir ihn nie aufgeben.

Also keine Wiedervereinigung? Oder nur eine Wiedervereinigung unter der Flagge des Sozialismus?

Man antwortete: Ein denkbarer Anfang zur Aufhebung der Teilung wäre wahrscheinlich eine Konföderation der beiden deutschen Staaten. Doch das müßten die Deutschen unter sich aushandeln. Erste Voraussetzung für jede Art von Wiedervereinigung kann nach russischer Ansicht nur eine westdeutsche Politik sein, die davon ausgeht, daß die UdSSR einen Anspruch auf Sicherheit hat. Zweite Voraussetzung, so sagte man, sei die Respektierung der DDR, denn dieser Staat sei eine durch die Kriegsfolgen geschaffene Tatsache. Als dritte Voraussetzung nannte man die Abrüstung von West- und Ostdeutschland bis auf wenige militärische Sicherungseinheiten, Austritt aus den Pakten — selbstverständlich im Rahmen internationaler Abmachungen.

Mein Eindruck nach vielen Gesprächen: Wenn überhaupt, dann sind die Russen nur an der Wiedervereinigung eines völlig neutralisierten Deutschlands interessiert, entsprechend ihrem Mißtrauen gegenüber einem „Revanchismus" und entsprechend ihrem Bedürfnis nach Sicherheit vor jeder eventuellen neuen Überraschung.

China als politische Wunderwaffe?

Im allgemeinen fand ich meine Gesprächspartner wohlinformiert über die Bundesrepublik. Ein Name wie Theodor Eschenburg ist ihnen genau so geläufig wie uns. Professor Werner Heisenberg besitzt ihre Sympathie. Der Krupp-Bevollmächtigte Berthold Beitz gilt ihnen trotz seiner führenden Stellung im kapitalistischen System als ein Deutscher, der Vertrauen verdient. Andererseits kamen Vorurteile uns gegenüber heraus, die nur dadurch zu erklären sind, daß es praktisch kaum Kontakte zwischen ihnen und uns gibt. Wenn sie in mancher

Beziehung ein falsches Bild von uns haben, dann nicht aus Böswilligkeit, sondern aus einer falschen Einschätzung unserer Verhältnisse.

Umgekehrt ist es genau so. Mein Aufenthalt in Moskau bewies mir, daß wir in der Bundesrepublik den russischen Kommunismus immer noch für Stalinismus halten. Der Wandel, der unter der Regierung Chrustschow eintrat, wird bei uns nicht recht zur Kenntnis genommen, und so machen wir uns vom heutigen Leben in der Sowjetunion — sehr zum Schaden für unser politisches Urteil — Vorstellungen, die nicht mehr zutreffen. Wir schätzen Rußland falsch ein, weil wir zu wenig persönliche Berührung mit den Russen haben.

Als ich meine Reise nach Rußland vorbereitete, schwor ein großer Teil unserer Politiker auf den russisch-chinesischen Konflikt. Man betrachtete den Streit als eine Art politische Wunderwaffe im Kampf für die deutsche Einheit: als ob wir nur auf Mao-Tse-tung warten müßten, um von Moskau endlich das zu erhalten, was uns bisher verweigert wurde. Eine primitive, von Sachkenntnis ungetrübte Auslegung der Politik! Weder politisch noch militärisch braucht die Sowjetunion die Chinesen zu fürchten, wenigstens nicht in den nächsten zwanzig Jahren. Ich glaube nicht, daß es bei uns zu solchen Fehlspekulationen kommen könnte, wenn wir eine intimere und aktuellere Kenntnis von Rußland hätten. Wir haben sie nicht.

Die Einladung an den Bundestag, eine Reisegruppe in die UdSSR zu entsenden, liegt seit Jahren unberücksichtigt in Bonn. An der Moskauer Universität gibt es ganze zwei westdeutsche Studenten. Alle Nationen, mit Ausnahme der Chinesen, haben bessere Beziehungen zu Rußland als wir, diplomatische, politische und persönliche. Außer meinem photographierenden Kollegen traf ich keinen Bundesbürger im „Metropol" — aber britische Touristen, Franzosen, Finnen, Italiener und Skandinavier. Mindestens einmal täglich schleppten die uniformierten Pförtner Berge von Gepäck in die Halle: ein untrügliches Zeichen, daß die nächste amerikanische Sightseeing-Tour — „Kremlin included" — in Moskau angekommen war.

Ich glaube nicht, daß ein besseres Klima zwischen Bonn und dem Kreml, zwischen Westdeutschen und Russen, die deutsche Frage gelöst hätte. Aber bei der schlechten Atmosphäre, die seit langem herrscht, war jede Lösung von vornherein ausgeschlossen. Sicher lag das nicht nur an uns. Doch es lag an uns, daß wir den diplomatischen und persönlichen Kontakt, statt ihn zu pflegen, einschlafen ließen. Von Moskau aus hat es den Anschein, als ob wir in Westdeutschland ein Stück Weltgeschichte versäumt haben.

„Ihr Westdeutschen", sagte man in einer Diskussion zu mir, „müßt achtgeben, daß Ihr den Omnibus, in dem wir alle sitzen, nicht verpaßt!"

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder

Offener Brief an Gustav Heinemann

Heidebergen, den 10. Mai 1964

Herrn Bundesminister a. D.
Dr. Dr. Gustav W. Heinemann
MdB

Bonn
Bundeshaus

Hochverehrter Herr Minister!

Vor zwei Jahren erschien aus der Feder von Heinrich Hannover eine wichtige kleine Schrift über die „politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat", die leider nicht den ihr zukommenden Widerhall gefunden hat. Der Autor breitete ein aufschlußreiches Material zum Phänomen des deutschen McCarthyismus aus und trug einen sowohl politisch als auch wissenschaftlich interessanten Versuch der Analyse vor. Sie, Herr Minister, gaben dem Buch ein Vorwort mit auf den Weg. Dabei hegten Sie gewiß nicht den grundlosen Optimismus, das deutsche Volk verfüge über so viel inneres Widerstandsvermögen gegen rechtsfeindliche und antidemokratische Infekte wie das amerikanische. Denn an die Spitze stellten Sie dies Zitat nach Reinhold Schneider: „Die Stunde eines einigermaßen freien Wortes kann nicht lange währen. Wir sind bereits vom Todeszirkel der Rüstung umschlossen und werden in kurzem Planungen unterworfen werden, die das Gewissen in der Öffentlichkeit verstummen lassen." Reinhold Schneider hatte das im Jahre 1950 niedergeschrieben. Sie zitierten es, wie gesagt, vor genau zwei Jahren, im April 1962. Und Sie fuhren damals fort: „Inzwischen sind die Schatten, die sich auf unsere Meinungs- und Redefreiheit legen, deutlich da."

Nun ist bekanntlich kein Schatten so dunkel, daß er nicht noch dunkler werden könnte. Wie rapide wir uns der Totalverfinsterung nähern, zeigt der Vorgang, auf den ich mir aus drei Gründen erlaube, gerade Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Erstens handelt es sich um das von Ihnen selbst mit berechtigter Sorge angesprochene Diffamierungsphänomen; zweitens ist, wenn auch indirekt, Herr Hannover betroffen; auf den dritten Grund komme ich weiter unten zu sprechen.

Herr Hannover gehört zu den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die den Aufruf zum „Ostermarsch 1964" unterzeichnet haben (vgl. Werbeblatt „Komm mit", herausgegeben von der „Kampagne für Abrüstung, Regional-Ausschuß Nordrhein-Westfalen"). Mit diesem Ostermarsch und mit den Ostermärschen und den Ostermarschierern überhaupt beschäftigt sich die Broschüre eines Verfassers, der sich Robert Jenke nennt und das ebensowohl durch kriminalistische Bemühungen wie auch sozusagen meditando gewonnene Produkt seines Fleißes unter dem Titel „Ostermarsch-Betrachtungen" bei einem gewissen Brückenbauer-Verlag in Köln-Riehl erscheinen ließ. Dieser Verlag ist, nebenbei bemerkt, eigentlich ein uneigentlicher Verlag. Juristisch nämlich ist er — allerdings anders als die sog. DDR — gar nicht vorhanden. Das konnte man jedenfalls einem Bericht „Fünfte Kolonne in der SPD?" in der Nr. 13 der „Deutschen Volkszeitung" v. 27. 3. 1964 entnehmen. Die genannte Zeitung übrigens ist — in wieder anderer Weise — nicht vorhanden, weil sie kaum eine Bürgerstube erreicht, die etwas auf sich hält, und wegen dieses Nichtvorhandenseins werden ihre Meldungen möglicher-

weise auch von den eigentlichen Zeitungen weder bestätigt noch dementiert. Ungleich interessanter als die Nichtexistenz des Verlages ist sein gemeinnütziger Einsatz. Die Broschüre ist nämlich in sehr hoher Auflage vielen Mitbürgern kostenlos ins Haus geschickt worden. Daraus kann auch auf die Selbstlosigkeit des Verfassers geschlossen werden. Denn da der Verlag mit dem Vertrieb keine Einnahmen erzielt hat, kann er dem Verfasser unmöglich ein Honorar gezahlt haben.

Nun aber zum Inhalt der Schrift. Ich kann es ganz kurz machen. Der Verfasser tut dar, daß die Ostermarschierer zum einen Teil Narren, zum anderen Teil dezidierte Staatsfeinde sind, und daß beide Teile — die einen unbewußt, die anderen bewußt — ein wesentliches Element der ferngesteuerten kommunistischen Unterwanderung der Bundesrepublik ausmachen. Das ist, wenn auch die These nicht gerade Originalität für sich in Anspruch nehmen kann, im einzelnen sehr geschickt gemacht; es ist schlechthin „gekonnt". Der Verfasser, offenbar selbst ein engagierter Politiker, ist über den Stand treuherziger Genossenpolitik ebenso hoch erhaben wie über die von Hannover treffend beschriebenen, aber die Intellektualität des Durchschnittslesers doch wohl unterschätzenden Mätzchen der Rotbuchmacher und beherrscht seinen Macchiavell, den „wohlverstandenen" natürlich, vollkommen. Er kennt die wirksame Dosierung der Aussage, die jedem Risiko, etwa von Beleidigungsprozessen, aus dem Wege geht. Er nennt nur Namen von Personen, die keiner in westdeutschen Parlamenten vertretenen Partei und keinem sonstigen Verbande des etablierten Gesellschaftsgefüges der Bundesrepublik angehören. Was er sich vornimmt, sind durchweg die Alt-Kommunisten, die von der SPD ausgestoßenen Linken, die DFU-Leute und ähnliches obdachloses Gelichter. Er weiß um den hohen politisch-moralischen Kurswert der wackeren Schweiz. Und er hat es im Nachwort der von ihm durchaus als „politischer Leitfaden" gemeinten Broschüre mit moralischen Differenzierungen und — wie die bekannten Wahlhirtenworte — mit dem Appell an das individuelle Gewissen der „Idealisten in der Ostermarschbewegung". Er hat die Lehren des Herrn Alt-Bundeskanzlers über die verschiedenen Arten der Wahrheit beherzigt. Seine spezifische Wahrheitsmethode besteht in der hochgradig gesteigerten Technik des Weglassens auf der Grundlage eines sicheren Gespürs für mächtige, weniger mächtige und ohnmächtige Positionen. Daher müssen, um nur eine der gravierenden Unterlassungen anzuführen, etwa die namhaften Künstler und Wissenschaftler unter den Ostermarschbefürwortern unerwähnt bleiben. Wie könnte es auch z. B. Erfolg versprechen, die Professoren Max Born, Fritz Baade und Ewald Mataré, den Dr. Erich Kästner, den Intendanten Heinz Hilpert oder den Dominikanerpater Franziskus Strathmann bei den Teufeln oder bei den Idioten einzukategorisieren? Da sind schon eher die evangelischen Pfarrer geeignet, von denen wir erfahren müssen, daß sie ihr geistliches Amt namens und im Auftrag der DFU verwalten (denn was kann die Bezeichnung „DFU-Pfarrer" schon anderes bedeuten?). Auch Herr Rechtsanwalt Hannover figuriert nicht namentlich. Vielleicht gehört er für den Verfasser zu den nicht ganz hoffnungslosen Fällen, in denen man sich von Schonfristen etwas verspricht? Und bei der braven Schweiz, um auch einen der am wenigsten belangreichen Punkte zu erwähnen, darf der Verfasser natürlich keiner Spekulation über die Standfestigkeit im Ernstfall Nahrung geben und muß jeden Hinweis auf die höchst freiwillige schweizerische Judenpaßpolitik zur Zeit des Dritten Reiches unterdrücken. Ich will Sie nicht mit weiteren Aufzählungen über das Räderwerk der großen und kleinen Weglassungen aufhalten. Dem Kundigen werden sie bei der Lektüre sofort gegenwärtig. Aber daß sie dem Unkundigen nicht präsent werden können, das macht den Charakter des Ganzen aus: Es ist ein hundsgemeiner Versuch der Diffamierung einer der wenigen Be-

wegungen, in denen in der Bundesrepublik überhaupt noch ungelenkter (und daher manchmal auch ungelenker) demokratischer Bürgergeist lebendig und das Feuer des moralischen Aufbruchs nicht erloschen ist.

Ich bin wie Sie, Herr Minister, kein Ostermarschierer und habe trotz mehrfach an mich herangetragener Bitte keinen der entsprechenden Aufrufe unterzeichnet. Meine persönlichen Bedenken gegen das Unternehmen reichen vom Praktischen — daß der Aufwand unter den z. Zt. bei uns vorliegenden Gegebenheiten in keinem sinnvollen Verhältnis zu den Erfolgschancen für die atomare Abrüstung stehen kann — bis zum Grundsätzlichen, und ich verschließe dabei keineswegs die Augen vor den Möglichkeiten interessierter Zweckentfremdung, die die Broschüre so nachhaltig unterstreicht. Das hält mich nicht ab, denen meine Anerkennung zu zollen, die sich mit der Sache identifizieren und von denen ich viele als integere Persönlichkeiten kennen und schätzen gelernt habe. Jeder andere Verband könnte sich glücklich preisen, wenn er so wenige Karrieristen in seinen Reihen hätte wie die Ostermarschierer, nämlich keinen einzigen.

Der Verfasser der Ostermarschbetrachtungen gehört offenbar zu den heutigen smarten „Realisten", die glauben, den Rezepten kommunistischen Politikmachens vor, zwischen und besonders hinter den Kulissen auf die Spur gekommen zu sein — womit sie teilweise Recht haben, was allerdings keinen übermäßigen intellektuellen Aufwand erfordert und manchen Hektoliter Tinte zuviel gekostet hat —, um sodann — der gute Zweck, dessen Verwirklichung ungewiß bleibt, soll in alter Weise das Mittel heiligen — sich selbst und anderen weiszumachen, daß es im Bereich nicht-kommunistischer Politik ausgeschlossen ist, im Zeichen hoher Ideale ein höchst partikuläres Interessensüppchen zu kochen, daß es faktisch ein kommunistisches Exklusivprivileg sei, „Tarnorganisationen" zu unterhalten, grenzüberschreitende Agitation zu treiben und dgl. mehr. Man weiß doch, wie die Autosuggestion der Verdrängung wirkt: wer sich immer wieder dieselbe apologetische Halbwahrheit vorsagt, glaubt schließlich selbst nur zu gern ans eigene Zölibat, dessen Nichteinhaltung er dem anderen vorwirft. Die nächste Generation, die sich den Realitäten jeglicher Provenienz zu stellen, zu den Meriten und Demeriten jeden Systems Stellung zu beziehen und vor allem deren wechselseitige Bedingungen zu erkennen hat, wird ihnen diesen unfrommen Betrug allerdings nicht abnehmen. Denn jede nächste Generation ist eine junge Generation, und jede junge Generation ist zunächst einmal gefeit gegen die Autosuggestion, der die ältere erliegen mag. Abgesehen davon ist trotz der mit Recht vielberufenen deutschen Bildungskatastrophe der Prozentsatz derjenigen, die nicht nur lesen und schreiben, sondern auch denken können, immerhin langsam im Steigen begriffen. Die jetzige junge Generation ist dabei, die Sünden ihrer Väter (und gleichzeitig auch der Großväter) „aufzuarbeiten". Es ist abzusehen, wie wenig schmeichelhaft das Endurteil für die Väter (und Großväter) ausfallen wird, obwohl unleugbar gerade bei vielen Vätern Not, Zwang und Mangel an Aufklärung dahinterstanden, daß sie mitmachten, „um (post festum) Schlimmeres zu verhüten". Wie wird dann wohl das Urteil über diejenigen ausfallen, die ohne Not, wissend und ganz aus freien Stücken der Wahrheit nicht die Ehre gegeben haben? Der Wahrheit, die im vorliegenden Fall darin besteht, daß erstens die überwältigende Mehrheit der hunderttausend Initiatoren, Organisatoren und Beteiligten des Ostermarsches 1964 nicht Kommunisten sind, daß zweitens diese überwältigende Mehrheit hinreichend intelligent ist, um den kommunistischen Zulauf zu erkennen, daß man es ihnen drittens, mag man auch über den Wert oder Unwert dieser Beteiligung anderer Meinung sein, nicht als verfassungsilloyal vorwerfen darf, wenn sie auf diese Beteiligung nicht verzichten, und daß viertens diese Teilnehmer nicht mehr und nicht weniger staatsbürgerliche Rechte

in Anspruch nehmen, als sie jedem anderen Staatsbürger zustehen. Das Bundesverfassungsgericht hat im KPD-Verbotsurteil den verbliebenen, allmählich denkmalschutzwürdig gewordenen Kommunisten der Bundesrepublik, die für eine eigene Organisation Ostermarschzahlen nur erträumen könnten und denen daher, wer es besonders gut mit ihnen meint, fürs erste nur die Fortdauer des Parteiverbots wünschen kann, nichts anderes untersagt als den Zusammenschluß zu einer Nachfolgeorganisation mit genau dem vom Gericht festgestellten Programm. Keiner von ihnen ist dadurch zum Staatsbürger zweiter Klasse gestempelt und aus dem politischen Meinungsprozeß ausgeschlossen worden, solange ihm das nicht durch ein Verwirkungsverfahren nach Art. 18 GG ausdrücklich attestiert wird, und das ist bis jetzt in keinem einzigen Fall geschehen. An diesem Befund ändert sich auch kein Jota, wenn der Ostermarsch die Begleitmusik vollgriffiger Akkorde findet, mögen sie im Osten oder im Westen erklingen. Die Behauptung, daß „atomare Abrüstung" auf kommunistisch etwas anderes bedeute als „atomare Abrüstung" läßt sich im übrigen schwerlich dadurch beweisen, daß man sie bis zum Überdruß wiederholt. Das Wiederholen von Behauptungen, wo schlüssige Beweisführungen erforderlich wären, mag zwar Politik sein, aber eine ziemlich armselige.

Damit bin ich bei dem dritten Grund angelangt, der mich zu diesem Brief bewogen hat. Nach dem oben erwähnten und bisher m. W. nirgends dementierten Pressebeitrag hat die SPD der Selbstlosigkeit von Verlag und Verfasser immerhin insofern materiell aufgeholfen, als die freigestempelte Broschürensendung durch die SPD, deren Bundestagsfraktion Sie angehören, aufgeliefert worden ist. Das ist in der Tat eine bestürzende Kunde. Sie wird manchen Zeitgenossen veranlassen, in Zukunft wieder der Partei seine Stimme zu geben, die bei uns den Bundeskanzler zu stellen pflegt. Der Herr Alt-Bundeskanzler hat ja in seiner schlichten und für jedermann verständlichen Art nicht nur die verschiedenen Wahrheiten des privaten und des politischen Lebens definiert, sondern durch seine politische Praxis auch ebenso klar das Verhältnis von Politik und Ethik bestimmt, insbesondere die Grenzen des politischen Anstands nach unten so kategorial abgesteckt, daß die CDU, die sein Vermächtnis zu wahren und „keine Experimente" zu machen entschlossen ist, sie kaum unterschreiten dürfte. Für die Wahl der SPD sprach seit einigen Jahren, daß sie noch weniger Experimente und dafür mehr bezahlten Urlaub in Aussicht zu stellen schien. Wohin aber soll nun das Experimentieren führen, das mit der Postauflieferung einer unanständigen Schrift begonnen hat? Am Ende kommt es noch dazu, daß die SPD solche Schriften auch bezahlt oder sogar inspiriert! Nach Presse- und Rundfunkmeldungen der letzten Zeit über Äußerungen prominenter SPD-Politiker zum Ostermarsch liegt das geradezu in der Luft.

Der darauf folgende Schritt, der allerdings die Innehabung entsprechender staatlicher Stellen voraussetzen würde, wäre gewiß noch nicht die kriminalstrafrechtliche Verfolgung des Ostermarschierens, da wir ja schließlich in einem Rechtsstaat leben. Weil die Bestrafung sozialistischer Bestrebungen nicht möglich sei, so sagte Gneist in seinen haarfeinen staatsrechtlichen Erläuterungen zum „Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" seiner Zeit (Berlin 1878, S. 12), von denen sich m. W. die heutige Sozialdemokratie noch nicht im Wege des Ballastabwurfs völlig distanziert hat, müsse man die gemeingefährliche Aktion sozialdemokratischer Richtung eben verhindern. Hindern und Strafen seien wesentlich verschiedene Dinge, und der hindernden Tätigkeit der Polizei müsse man stets einen weiteren, auch einen für die bürgerliche Freiheit oft gefährlichen Spielraum lassen. Ich kann das Studium dieser prachtvollen Erläuterungen nur dringend empfehlen, weil sie am praktischen Fall klar-

machen, wie die Panzermauer vor Besitz- und Machtpositionen (und das gilt offenbar auch für solche, die erst ins Ziel genommen worden sind) mit dem bewußten Brett vorm Kopf identisch sein kann. Gneist bietet auf wenigen Seiten in überquellender Fülle alles, was man sich an passenden Argumenten und Sprachregelungen nur wünschen kann, wie etwa dieses: „Dieselben wörtlich übereinstimmenden zehn Sätze über die Noth der arbeitenden Klassen und ihre Abhülfe durch Produktionsgenossenschaften etc. bedeuten etwas völlig verschiedenes in einer Schrift der Richtung Schulze-Delitzsch, Max Hirsch oder der Sozialdemokratie" (aaO S. 16) und läßt auch in schöner Logik erkennen, wie wenig der Gedanke berechtigt wäre, „daß der einzelne Interessent legitimiert wäre, das staatsbürgerliche Recht der Preß- und Vereinsfreiheit zu vertreten", da die vorgeschlagene Polizeiordnung eben erlassen werden solle, „um jene staatsbürgerlichen Rechte zur Abwehr einer Staatsgefahr zeitweise zu beschränken" (aaO S. 20). Gneist war immerhin ein Kopf und Charakter von Rang, der aller platten und pharisäischen Verhüllung handfester politischer Zielsetzungen abhold war, und die soziale Frage seiner Zeit nicht die „sogenannte sociale Frage" genannt hätte. Lassen Sie mich darauf verzichten, andere, dürftigere, Autoren aus demselben Jahr des Herrn 1878 anzuführen, die im Vorgriff auf die Lehren des Führers damals den Gründen für das Anwachsen der Sozialdemokratie nachgegangen sind. Unsere Bibliotheken enthalten wahre Schätze zum politischen Anschauungsunterricht. Aber sie werden leider kaum von Politikern benutzt, sondern meist von Doktoranden. Diese verfertigen tüchtige und auch weniger tüchtige Dissertationen, die dann mit der Primärliteratur vergilben.

Meine Phantasie ist nicht so makaber wie die eines älteren Freundes von mir, der 1933 emigrieren mußte und unter der Zwangsvorstellung eines ehernen Gesetzes der Wiederholungen in der deutschen Politik lebt. Aber daß mir sonderlich wohl zumute sei, kann ich nicht behaupten. Der wissenschaftliche Praktiker Gneist hat mit seinen Verhinderungsrezepten Schule gemacht. Was kann schließlich eine Partei, die soweit vorn ist, daß sie sich selbst schon teilweise verhindert, auch sonst noch alles verhindern!

Lassen Sie mich daher die Bitte aussprechen, auf die dieser Brief hinausläuft, wobei Sie die ironische Zuspitzung nicht als einen Ausdruck von Feindseligkeit, sondern als die Folge eines besonders intensiven inneren Beteiligtseins ansehen wollen: Wirken und werben Sie mit aller Energie, lauter und kräftiger als schon bisher, in Ihrer Partei und Ihrer Fraktion für den Geist, den Sie in Ihrem Vorwort zu Hannovers Schrift so eindrücklich beschworen haben, und treten Sie der Uneinsichtigkeit mit zwingenden Alternativen entgegen!

In dem Bewußtsein, mit diesen Zeilen günstigstenfalls eine Bewegung von kaum meßbarer Winzigkeit hervorzurufen, aber in der Überzeugung, daß selbst das noch lohnen könnte, bin ich, hochverehrter Herr Minister, mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Ergehen und den Erfolg Ihrer politischen Arbeit und

mit ergebensten Empfehlungen

Ihr

Helmut Ridder

Dozent Dr. med. Bodo Manstein

Der Notstand geht um

Soweit dürfte das Volk der Bundesrepublikaner weichgetrommelt sein, daß es trotz des verbrieften Widerstandsrechtes nichts Ernsthaftes gegen die vorgesehenen Einschränkungen seiner Souveränität unternehmen wird. Viele Einflußmöglichkeiten sind ihm sowieso nicht verblieben, wenn die Notstandsgesetze im Bundestag beraten werden. Es muß sich schon auf die Opposition verlassen. Aber abgesehen von den Zweifeln, die sich in dieser Hinsicht leider einschleichen, ist es sogar möglich, eine große Anzahl dieser Gesetze mit einfacher Mehrheit zu verabschieden.

Die parteipolitischen Taktiker haben aus den Erfahrungen vergangener Jahre gut gelernt, wie man mit kleinen Schritten und durch sogenannte „Ergänzungen des Grundgesetzes" einschneidende Abänderungen und Sinnverschiebungen gegenüber der ursprünglichen Form und dem Gehalt des Grundgesetzes erreichen kann. Am deutlichsten war es vielleicht, als das Gesetz über die Rechte der Soldaten im März 1956 eben als Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes beraten wurde. Damals leitete die SPD durch ihren Abgeordneten Mellies den Rückzug in der Wehrfrage ein:

> „Vor zwei Jahren haben gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Minderheit Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit das Gesetz vom 26. März 1954 zur Ergänzung des Grundgesetzes beschlossen. Die damals gefallene Entscheidung hat das Bonner Grundgesetz, das keine Möglichkeit zur Aufstellung bewaffneter Streitkräfte vorsah, völlig umgestaltet und das Wesen der Bundesrepublik als eines unbewaffneten Staates von Grund auf geändert. Jenes Gesetz spricht aus, daß unsere Verfassungsordnung dem Abschluß von Militärbündnissen, durch die sich die Bundesrepublik zur Bewaffnung verpflichtet, nicht entgegenstehen soll. Insbesondere ist damals durch die Neufassung des Art. 73 Ziffer 1 des Bonner Grundgesetzes eine Wehrgewalt des Bundes und seine Zuständigkeit zur Gesetzgebung über die Verteidigung einschließlich der Wehrpflicht begründet worden. Im Anschluß an jene so tiefgreifende Veränderung unserer Verfassung sind die Pariser Verträge abgeschlossen, wieder im Bundestag und im Bundesrat mit einer Zweidrittelmehrheit gebilligt sowie von dem Herrn Bundespräsidenten durch Ratifikation in Kraft gesetzt worden. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion und die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen im Bundesrat haben die Pariser Verträge abgelehnt.
>
> Mit jenen in der Vergangenheit liegenden Entscheidungen ist auch die Wiederbewaffnung des geteilten Deutschland eine beschlossene Sache. Wir Sozialdemokraten, die wir uns jenen Entscheidungen widersetzten, billigen sie politisch auch heute nicht, sondern halten sie nach wie vor für verhängnisvoll."

Nach dieser Einleitung wurden dann aber überraschenderweise mit dem größten Teil der Oppositionsstimmen Artikel 1, Abs. 3, Artikel 12, Artikel 17 und viele weitere in ihrer Fassung derart geändert, daß es nicht nur zu einer Einschränkung von Grundrechten der Soldaten, sondern auch bei der Zivilbevölkerung kam.

Als im April 1960 der damalige Innenminister Schröder seinen Entwurf zur Notstandsgesetzgebung einbrachte, schien es vorübergehend so, als sei der Bogen doch überspannt worden. Viele erkannten, welche Ausnahmestellung und Befehlsgewalt der Bundesregierung schon in Friedenszeiten eingeräumt werden sollte. Es gab noch genügend Kenner der Weimarer Demokratie, deren Verfassung durch die Brüningschen Notverordnungen und andere Abänderungen bis

1932 auch völlig gewandelt worden war. Die aktive Industriegewerkschaft Metall nahm temperamentvoll gegen die drohenden Notstandsgesetze auf dem 6. Gewerkschaftstag Stellung:

> „Entweder beantworten die IG Metall und die anderen freien Gewerkschaften der Bundesrepublik die Verabschiedung oder die akute Gefahr einer Verabschiedung des Gesetzes, das die demokratische (wenn auch bürgerlich demokratische) Grundordnung ‚außer Kraft' setzen kann, mit dem gezielten politischen Streik oder Generalstreik gegen dieses Gesetz, oder sie verlieren ihr Gesicht, ihre Gutgläubigkeit und danach ihre Existenz als freie Gewerkschaften . . .
>
> Der Vorstand der größten Gewerkschaft der Erde ist verpflichtet, alle geeigneten, nach der Satzung zulässigen Maßnahmen, einschließlich des Streiks, zu treffen, damit die Bundesregierung verhindert werde, ihre Pläne zu verwirklichen, im Falle eines von ihr bestimmten ‚Notstandes' die Demokratie zugunsten eines Ausnahmezustandes ‚außer Kraft' zu setzen."

Daran sollte man sich und die Gewerkschaften erinnern. Mir scheint, die Zeit ist gekommen; denn von der CDU wird ein Dringlichkeitenkatalog für die Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode vorgelegt. Was irgend möglich ist, soll mit Hilfe der vorhandenen einfachen Mehrheit entschieden werden. Der einzelne Bürger ist machtlos; wenn aber eine Opposition in Zukunft überhaupt noch eine Mitgestaltungsmöglichkeit am Staate behalten will, dann muß sie dagegen ihre ganze Kraft einsetzen. Sie muß ihrer Aufklärungspflicht für weite Kreise der Bevölkerung nachkommen, sie muß zeigen, wie unhaltbar im rechtlichen, militärischen und demokratischen Sinne die empfohlenen Gesetzesvorlagen sind. Niemand verlangt von ihr, daß sie etwa nur aus gefühlsmäßigen oder parteipolitischen Gründen von ihren Einflußmöglichkeiten Gebrauch macht. Leider ist es still, viel zu still in ihren Reihen, obwohl die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler ihr mit dem Memorandum „Der permanente Notstand" eine Fülle von sachlich-rechtlichen Einwänden in die Hand gegeben hat.

Die in den Entwürfen festzustellende Vermengung von Friedensordnung und Kriegsrecht, die mangelhafte Absicherung gegen Mißbrauch, die fehlenden Klarstellungen über den Begriff „Notstand" bieten für die Verteidigung demokratischer Grundrechte eine überreichliche Zahl von Angriffspunkten. Manches über die Planung und Lenkung der Wirtschaft mag vorteilhaft für die Ohren der Opposition klingen, aber sie muß sich überlegen, um welchen Preis die vorgesehene Steuerung wirtschaftlicher Leistungen erkauft werden soll. Gleichzeitig wird nämlich das Recht auf den freigewählten Arbeitsplatz eingeschränkt, ja sogar aufgehoben. Den Zeitpunkt dafür kann die Bundesregierung schon im Frieden bestimmen, wenn — „dies zur beschleunigten Herstellung der Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik notwendig ist."

Wie weit in dieser Richtung bereits alles vorangetrieben wurde, kann man aus den Betriebsbefragungen ersehen, die bereits mit wohlvorbereiteten Auskunftsbögen von den obersten Wirtschaftsbehörden verschickt werden. In ihnen wird wie selbstverständlich die laufende Abstimmung der militärischen und zivilen Bedürfnisse angekündigt. Man beruft sich dabei auf die Auskunftspflicht aus dem Jahre 1923. Diese Verordnung wurde 1958 durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt.

Beim Behördenselbstschutz wird schon jetzt eine nicht zu übersehende Pression auf Angestellte der Verwaltungen ausgeübt. So heißt es u. a. in einem Briefe eines Stadtdirektors:

> „Die politische Lage, in der sich die Bundesrepublik heute befindet, und die Entwicklung der Technik und der Wissenschaften, die auf allen Gebieten eingesetzt

und nicht zuletzt auch die moderne Kriegsführung erfaßt hat, zwingt jedoch zu der Erkenntnis, daß neben die militärische Verteidigung umfassende Maßnahmen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung — und hierzu gehört auch der Behördenselbstschutz — treten müssen . . .

Falls Sie sich zu einer Mitarbeit im Behördenselbstschutz der Stadtverwaltung Solingen nicht bereitfinden, bitte ich um schriftliche Begründung Ihrer Ablehnung."

Solche Beispiele ließen sich leicht vermehren. Sie bestätigen die Tendenz zum Aufbau einer totalen „Verteidigungsbereitschaft" mit allen Mitteln des Zwanges. Das hat Machtkonzentration und Auflösung jeder demokratischen Gemeinschaft zur Folge. Die Erzeugung von Furcht und das Versprechen, Sicherheit zu geben, sind die Zügel, an denen die ahnungslose Bevölkerung in einen neuen Totalitarismus geführt wird. Unser Verhalten zu den Notstandsgesetzen wird erweisen, ob wir endlich politisch mündig geworden sind oder nicht!

Dokumente zur Notstands-Vorbereitung

Solingen ruft zum Behördenselbstschutz auf

Das nachfolgende Schreiben der Stadtverwaltung Solingen wurde allen jüngeren Bediesteten der Stadt Solingen zugestellt. *D. Red.*

Betreff:

B e h ö r d e n s e l b s t s c h u t z

Mit Rundschreiben vom 6. 9. 1963 hatte ich den Versuch unternommen, für den Bereich der Stadtverwaltung Solingen auf freiwilliger Basis eine ausreichende Anzahl Selbstschutzkräfte zu gewinnen. Obwohl sich auf dieses Rundschreiben über 70 Dienstkräfte freiwillig für eine Mitarbeit im Behördenselbstschutz zur Verfügung gestellt haben, muß der Versuch — im ganzen gesehen — als gescheitert angesehen werden, da für den Selbstschutz unserer Verwaltung (einschließlich Krankenanstalten, Heime, Kindergärten usw.) mindestens 400 Kräfte benötigt werden.

Es blieb mir daher nichts anderes übrig, als die ursprünglich für das Winterhalbjahr 1963/64 vorgesehenen Grundausbildungs-Lehrgänge abzusetzen.

Ich wende mich nunmehr nochmals persönlich an alle jüngeren männlichen Dienstkräfte, weil ich glaube, von ihnen am ehesten eine Mitarbeit im Selbstschutz unserer Verwaltung erwarten zu dürfen.

Ihre Mitarbeit würde sich in Friedenszeiten lediglich auf die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen erstrecken. Die Gesamtausbildung umfaßt einen Grundausbildungs-Lehrgang (einschließlich „Erste Hilfe"-Lehrgang) von 13 Doppelstunden und eine Spezialausbildung als Brandschutz-, Rettungs- oder Laienhelfer von 12 Doppelstunden.

Die Lehrgänge finden grundsätzlich während der Dienstzeit statt. Um eine wesentliche Beeinträchtigung des Dienstbetriebes zu vermeiden, werden die insgesamt 25 Doppelstunden auf 25 Wochen verteilt und die Lehrgänge hauptsächlich nachmittags durchgeführt.

Einige Dienstkräfte, die für Führungsaufgaben eingesetzt werden sollen, müßten allerdings an den Schulen des Bundes oder des Landes eine weitergehende Ausbildung erhalten.

Ich weiß, daß der zivile Bevölkerungsschutz bislang noch immer ein Thema ist, um das mit Vorliebe ein Bogen geschlagen wird. Das weit verbreitete Vorurteil gegen jegliche Art vorbereitender Maßnahmen für einen zivilen Bevölkerungsschutz ist psychologisch verständlich.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neue Dokumente zur Genfer Abrüstungskonferenz

Seit dem 20. Januar 1964 setzt die 18-Mächte-Abrüstungskommission in weiterer Abwesenheit Frankreichs ihre Beratungen fort. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die mehrwöchige Pause benutzt, um ihren Auftrag noch einmal nachdrücklich zu bestätigen). In einer Resolution vom 27. November 1963 wird von den in Genf vertretenen Nationen gefordert, die Probleme der totalen Abrüstung weiter zu prüfen, sich gleichzeitig aber „um Einigung über Maßnahmen zu bemühen, die dazu führen könnten, die internationale Spannung zu vermindern, die Gefahr eines Krieges zu verringern und eine Einigung über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu erleichtern". Diese „Sofortmaßnahmen" — Vereinbarungen über einen Gewaltverzicht, Nichtangriffspakt zwischen Ost und West, Verbot der Weitergabe von Kernwaffen, Reduzierung der Truppenstärken und Rüstungsbudgets — stehen auch im Mittelpunkt der in Genf unterbreiteten neuen und hier wiedergegebenen Dokumente.*

Präsident Johnsons Fünf-Punkte-Plan vom 20. Januar 1964

Auf der Tagesordnung dieser Konferenz steht nur ein einziger Punkt, der gleichzeitig das wichtigste Thema auf der Tagesordnung der Menschheit ist. Dieser eine Punkt ist der Friede. Diese Konferenz hat schon mehr konkrete und wirksame Resultate gebracht als jede andere Abrüstungskonferenz in der modernen Geschichte. Ihre Bemühungen und Überlegungen schufen die Grundlage für den Teststopvertrag, für die Nachrichtenverbindung zwischen Washington und Moskau und für die Aktivitäten der UN-Vollversammlung zur Fernhaltung von Kernwaffen aus dem Weltraum.

Ihre heutige Arbeit beginnt von neuem in einer Athmosphäre der Hoffnung. Die echten Erfolge der letzten Jahre haben uns neuen Auftrieb gegeben. Kürzlich angekündigte, wenn auch bescheidene Verminderungen in den sowjetischen und amerikanischen Militärausgaben haben die Athmosphäre weiter verbessert. Lassen Sie uns darum beten, daß eine Zeit angebrochen sein möge, die uns in Zukunft neue und umfassendere Abkommen bringen möge und daß künftige Generationen das Jahr 1964 als Wendepunkt betrachten werden, als das Jahr, in dem die Welt sich ein für allemal von den Schrecken des Krieges abwandte und neue Sicherungen des Friedens errichtete.

Unser Land schlägt nun besonders fünf Typen möglicher Abkommen vor:

Erstens liegt, wie Ministerpräsident Chrustschow und ich ausgeführt haben, der Gebrauch von Gewalt bei der Lösung territorialer Differenzen weder im Interesse eines Volkes noch eines Landes. In Absprache mit unseren Alliierten wären wir bereit, Maßnahmen zu erörtern, die jede Androhung oder Anwendung von Gewalt, sei es direkt oder indirekt, durch Aggression, Subversion oder geheime Waffenlieferungen zum Zwecke der Änderung von Grenzen oder Demarkationslinien, des Eingriffs in den Zugang von Gebieten oder der Ausdehnung der Kontrolle oder Verwaltung über Territorien durch Beseitigung bestehender Behörden verbieten würden.

Zweitens müssen wir vordringlich bestrebt sein — während wir unsere Bemühungen um die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle fortsetzen — ein weiteres Anwachsen der strategischen Rüstungen zu verhindern. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion und ihre jeweiligen Verbündeten sollten Untersuchungen darüber vereinbaren, wie ein kontrollierbares Einfrieren von offensiven und defensiven strategischen Kernwaffen nach Zahl und Arten möglich ist. Wir unsererseits sind der Überzeugung, daß die Sicherheit aller Nationen innerhalb eines solchen Abkommens garantiert werden kann und daß dieser Anfang die weitere Ausdehnung

*) Zum Stand der Verhandlungen zu Beginn der Vollversammlung vgl. „Das Abrüstungsproblem in der internationalen Diskussion — Eine Übersicht nach Dokumenten der Vereinten Nationen" in „Blätter", Heft 10/1963 S. 804 ff.

des tödlichen und kostspieligen Rüstungswettlaufs verhindern könnte und den Weg zur Verminderung des gegenwärtigen Niveaus in allen Waffengattungen freimachen würde.

Drittens glauben die Vereinigten Staaten, daß im Geiste solcher Abrüstungsmaßnahmen ein verifiziertes Abkommen über die Einstellung der Produktion allen spaltbaren Materials für militärische Zwecke ein wichtiger Beitrag zum Weltfrieden sein würde. In der Vorbereitungsphase eines solchen Abkommens sind die Vereinigten Staaten darüber hinaus bereit, eine sofortige Produktionsverminderung zu bewirken, indem beide Seiten vergleichbare Fabrikationseinrichtungen — Zug um Zug — und bei gegenseitiger Inspektion still legen. Wir haben in dieser Richtung begonnen. Wir hoffen, daß die Sowjetunion das gleiche tun wird, und wir sind bereit, geeigneten internationalen Kontrollen über die in unserem Lande schon stillgelegten Reaktoren zuzustimmen.

Viertens müssen wir die Gefahr eines Krieges durch Zufall, Fehleinschätzung oder einen Überraschungsangriff weiter verringern. In Absprache mit unseren Verbündeten sind wir bereit, als einen ersten Schritt in dieser Richtung Vorschläge zur Schaffung eines Systems von Beobachtungsposten zu beraten.

Fünftens schließlich, um die Weitergabe von Kernwaffen an Länder zu verhindern, die bis jetzt nicht darüber verfügen, lassen Sie uns vereinbaren *),

a) daß Kernwaffen nicht der nationalen Kontrolle solcher Länder übertragen werden sollen, die bisher nicht darüber verfügen, und daß jede Übergabe nuklearen Materials für friedliche Zwecke wirksamen internationalen Sicherheitsvorkehrungen unterliegt;

b) daß die wichtigsten Atommächte in zunehmendem Maße bei ihren Bemühungen um die friedliche Nutzung der Kernenergie den gleichen Kontrollen zustimmen, die sie für andere Staaten empfehlen und

c) daß alle Kernwaffenversuche unter strenger Überwachung und Kontrolle verboten werden.

Jede der hier vorgeschlagenen Maßnahmen ist wichtig für den Frieden. Keine ist undurchführbar. Der beste Weg, mit der Abrüstung zu beginnen, ist der Beginn selbst. Die Vereinigten Staaten sind bereit, bindende Abmachungen zu den genannten Gebieten einzugehen und jeden anderen vernünftigen Vorschlag zu prüfen. Wir werden immer einen gerechten und dauerhaften Frieden erstreben, und mit Gottes Beistand werden wir ihn erreichen.

(Message of President Lyndon B. Johnson to the Conference of the Eigtheen Nation Committee on Disarmament, 21. Januar 1964.)

Sowjetisches Memorandum über Sofortmaßnahmen zur Verminderung der internationalen Spannungen vom 28. Januar 1964

Infolge gemeinsamer Anstrengungen aller Menschen guten Willens war es möglich, eine gewisse Minderung der internationalen Spannungen zu erreichen. Das kommt zum Ausdruck in der Unterzeichnung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffentests in der Athmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, sowie in der Vereinbarung über den Verzicht, Kernwaffen in den Weltraum zu bringen. Die sowjetische Regierung ist der Meinung, daß zur Zeit günstige Voraussetzungen gegeben sind, um neue Maßnahmen zur Verminderung der internationalen Spannungen zu vereinbaren und durchzuführen. Mit vereinten Bemühungen aller Regierungen und Völker im Interesse des Friedens könnte das Jahr 1964 für die internationale Gesamtlage eine Wende zum Besseren bringen. Die sowjetische Regierung hält zwar den baldigen Abschluß eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung für die wichtigste Aufgabe aller Regierungen, schlägt aber außerdem Vereinbarungen zur Reduzierung des Rüstungswettlaufs und zur Verminderung der internationalen Spannungen vor.

1. Der Abzug ausländischer Truppen von fremden Hoheitsgebieten. — Die Frage des Rückzuges der auf fremden Territorien stationierten ausländischen Truppen auf das eigene Hoheitsgebiet ist gegenwärtig von besonderer Bedeutung und Aktualität. Die Anwesenheit ausländischer Streitkräfte auf fremdem Hoheitsgebiet stellt eine der wich-

*) Amerikanische Sprecher haben in letzter Zeit mehrfach zu erkennen gegeben, daß nach ihrer Ansicht die geplante multilaterale atomar gerüstete Streitmacht der NATO keine Weitergabe von Kernwaffen an andere Staaten sein würde. Eine Erläuterung der US-Delegierten in Genf vom 6. Februar zu den Anregungen Präsident Johnsons läßt die gleiche Auslegung zu.

tigsten Ursachen der internationalen Spannungen dar und läßt Streitigkeiten entstehen, die Frieden und Sicherheit der Völker gefährden könnten. Die jüngsten Ereignisse in den verschiedensten Teilen der Welt haben den Abzug ausländischer Streitkräfte von fremdem Hoheitsgebiet noch zeitgemäßer und dringender gemacht. Besondere Bedeutung kommt dem Abzug ausländischer Truppen vom Gebiet der europäischen Staaten zu, in denen starke Streitkräfte und Rüstungen der NATO-Staaten einerseits und der Warschau-Pakt-Staaten andererseits konzentriert sind. Ein Abkommen über den Rückzug fremder Streitkräfte brächte keiner Seite Nutzen, da es das allgemeine Kräftegleichgewicht zwischen beiden Mächtegruppen — NATO und Warschau-Pakt — nicht verändern würde. Nach den eigenen Erklärungen der militärischen Führer der NATO-Länder zu urteilen, gehen diese davon aus, daß die gesamte Truppenstärke der NATO-Länder nicht niedriger, sondern höher ist als die der Warschau-Pakt-Staaten.

Die Sowjetunion schlägt die wirksamste Lösung der Frage vor: alle ausländischen Streitkräfte von fremden Hoheitsgebieten zurückzuziehen, so daß in keinem Teile der Welt auch nur ein einziger ausländischer Soldat zurückbleiben würde. Die Sowjetunion ist ihrerseits bereit, alle Streitkräfte von fremden Hoheitsgebieten, wo sie zur Zeit stationiert sind, zurückzuziehen, wenn die Westmächte ebenso verfahren. Wenn jedoch die Westmächte zur Zeit mit einer solchen durchgreifenden Maßnahme nicht einverstanden sind, schlägt die sowjetische Regierung eine sofortige Vereinbarung vor, auf der Basis der Gegenseitigkeit zunächst die ausländischen Truppen auf fremden Territorien zu reduzieren, um später an den allmählichen und völligen Rückzug hinter die nationale Grenze heranzugehen. Die Sowjetunion ist zur Verringerung ihrer auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und anderer osteuropäischer Staaten stationierten Streitkräfte bereit, wenn die Westmächte die Verminderung ihrer Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und anderer Staaten einleiten. Die Ausführung solcher Maßnahmen würde ohne Zweifel zu einer Normalisierung der Lage in Europa und zur Festigung des Friedens beitragen.

2. Die Verringerung der Höchststärke der Truppen einzelner Staaten. — Die sowjetische Regierung hat sich immer für die Reduzierung der Truppenstärke der einzelnen Staaten ausgesprochen, und die Sowjetunion hat bei zahlreichen Gelegenheiten sogar einseitig die Stärke ihrer Streitkräfte erheblich herabgesetzt. Die Möglichkeiten dafür, dieses wichtige Problem auf der Basis der Gegenseitigkeit zu lösen, ohne das Inkrafttreten des Programms zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung abzuwarten, sind gegenwärtig günstig. Wie der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, bekanntgab, hat die Sowjetunion gegenwärtig mit einer weiteren Reduzierung ihrer Streitkräfte begonnen. Die sowjetische Regierung ist bereit, ihre Truppenstärke weiter herabzusetzen, wenn die Regierungen der Westmächte gleiche Maßnahmen einleiten.

3. Die Kürzung der Militärhaushalte. — Die sowjetische Regierung hat bei verschiedenen Gelegenheiten vorgeschlagen, die Militärhaushalte zu kürzen, um dem maßlosen Anwachsen der militärischen Ausgaben, die für alle Völker eine schwere Belastung sind, ein Ende zu setzen. Bekanntlich hat die Sowjetunion vor kurzem die Initiative in dieser Frage ergriffen und ihre militärischen Ausgaben für das Jahr 1964 einseitig um 600 Millionen Rubel herabgesetzt. Ebenso ist bekannt, daß die Regierung der USA ihrerseits Schritte zu einer gewissen Reduzierung ihres Militäretats unternimmt. Somit sind die Bedingungen für eine Vereinbarung über eine beiderseitige Herabsetzung der militärischen Ausgaben um 10 bis 15% gegenwärtig günstig.

4. Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes. — Die sowjetische Regierung hält es für erforderlich, eine Vereinbarung über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes und der NATO anzustreben. Der Abschluß eines solchen Vertrages würde das zwischen beiden Gruppierungen bestehende Kräfteverhältnis in keiner Weise antasten, gleichzeitig aber das so notwendige Element der Stabilität und Beruhigung für die internationalen Beziehungen in sich tragen. In den vergangenen Jahren — seit die Sowjetunion zum ersten Male den Abschluß eines solchen Vertrages vortrug — hat dieser Gedanke die Unterstützung von Staatsmännern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zahlreicher Länder gefunden, und die Zeit ist gekommen, eine sachliche Diskussion dieses Problems zu beginnen und eine beiderseitig annehmbare Verpflichtung einzu-

gehen. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich auch aus den Vereinbarungen, die in dem gemeinsamen Kommunique der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs vom 25. Juli 1963 niedergelegt sind*). Die sowjetische Regierung erneuert ihre Bereitschaft, einen Nichtangriffspakt mit den Mitgliedern der NATO abzuschließen. Die Frage der Form eines solchen Vertrages ist nach Meinung der sowjetischen Regierung ohne besondere Schwierigkeiten zu lösen.

5. *Die Errichtung kernwaffenfreier Zonen.* — Die sowjetische Regierung hält die Errichtung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Erdteilen für besonders dringend. In den vorangegangenen Jahren fand dieser Gedanke allgemeine Zustimmung. Es wurden Vorschläge unterbreitet, solche Zonen in Mittel- und Nordeuropa, im Mittelmeerraum, auf dem Balkan, in Afrika, Asien und anderen Teilen der Welt zu errichten. Obwohl die sowjetische Regierung den Plänen zur Einrichtung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Erdteilen zustimmt, so tritt sie doch besonders für die Schaffung solcher Zonen in den Gebieten ein, in denen — wie in Mitteleuropa — die Gefahr eines Kernwaffenkonflikts besonders groß ist. Die sowjetische Regierung ihrerseits ist bereit, sich zu verpflichten, wo und wann immer kernwaffenfreie Zonen geschaffen werden, deren Status zu achten.

6. *Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen.* — Im gleichen Maße, wie sich die Bestände an Kernwaffen vermehren, die Methoden zu ihrer Produktion verbessern und immer neue Arten dieser Waffen entwickelt werden, gewinnen Maßnahmen gegen ihre weitere Ausbreitung an Bedeutung. Eine Erweiterung der Zahl kernwaffenbesitzender Staaten würde die Gefahr des Ausbruchs eines thermonuklearen Krieges um ein Mehrfaches erhöhen. Ebenso wäre die Vergrößerung der Zahl der Atommächte ein ernsthaftes Hindernis für die Lösung der Abrüstungsprobleme. Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß die Gefahren, denen sich die Menschheit gegenwärtig durch die drohende Ausbreitun gder Kernwaffen gegenübersieht, in aller Welt immer mehr erkannt werden. Es gehört zu den Pflichten der Staaten, solange es noch nicht zu spät ist, alle Möglichkeiten zu nutzen, um diese Gefahren abzuwenden. Im Interesse des Friedens ist es besonders wichtig, alle Möglichkeiten auszuschließen, durch die Kernwaffen direkt oder auf Umwegen in die Hände derer gelangen könnten, die zweimal in diesem Jahrhundert den Weltbrand entfacht haben und die heute eifrig den Besitz solcher Waffen erstreben. Um alle Möglichkeiten für die Ausbreitung von Kernwaffen auszuschließen, schlägt die sowjetische Regierung über diese Frage ein Abkommen vor, das neben dem Verbot einer direkten Übergabe dieser Waffen oder Informationen zu ihrer Herstellung an andere Staaten Bestimmungen enthalten sollte, die Sicherheit dafür bieten, daß Kernwaffen nicht auf indirektem Wege über militärische Bündnisse, beispielsweise der sogenannten multilateralen Atomstreitmacht der NATO, übertragen oder zugänglich gemacht werden.

7. *Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffes.* — Die sowjetische Regierung befürwortet nach wie vor die Einführung detaillierter und wirksamer Sicherungen gegen einen Überraschungsangriff. Aus diesem Grunde hat die Sowjetunion bekanntlich vorgeschlagen, auf dem Hoheitsgebiet der Staaten der sich gegenüberstehenden Mächtegruppierungen ein System von Beobachtungsposten zu errichten und dieses System mit konkreten Maßnahmen zur Verminderung der internationalen Spannungen zu verbinden, beispielsweise der Verringerung ausländischer Truppen auf dem Hoheitsgebiet europäischer Staaten und dem Verzicht der Stationierung von Kernwaffen in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Nach Meinung der Sowjetunion würde die Errichtung von Beobachtungsposten ohne diese konkreten Maßnahmen nicht zu dem erwünschten Ziel, einem gestärkten Vertrauen zwischen den Staaten und einem Nachlassen der internationalen Spannungen führen, sondern

*) Der hier erwähnte Passus in dem „Moskauer Kommunique" der drei Staaten lautet: „Die Leiter der drei Delegationen erörterten den sowjetischen Vorschlag hinsichtlich eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedern der Nordatlantikpaktorganisation und denen des Warschauer Paktes. Die drei Regierungen sind übereingekommen, ihre jeweiligen Verbündeten in den beiden Organisationen über diese Gespräche in vollem Umfang zu unterrichten und mit ihnen über eine weitere Erörterung dieser Frage mit dem Ziel eines für alle Beteiligten zufriedenstellenden Abkommens zu beraten."

könnte im Gegenteil eine Zunahme des gegenseitigen Mißtrauens und eine Verschärfung der Beziehungen zwischen den Staaten zur Folge haben. Die Errichtung eines Systems von Beobachtungsposten kann nur in Verbindung mit konkreten Schritten zur Verminderung der Kriegsgefahr von Nutzen sein. In diesem Falle wären die praktischen Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr eines militärischen Konflikts in Europa und die Errichtung von militärischen Beobachtungsposten zwei sich ergänzende Seiten eines einheitlichen Prozesses, der Entspannung in jenem gefährlichen Gebiet, wo sich die bewaffneten Streitkräfte der beiden sich gegenüberstehenden Gruppierungen in direkter Konfrontation befinden.

8. Die Vernichtung der Bomberflotte. — Die Verbände der Bombenflugzeuge sind immer noch, obwohl veraltet, ein machtvolles Instrument eines Angriffskrieges, die unter anderem dafür benutzt werden können, über Tausende von Kilometern Kernwaffen von ihren Stützpunkten zu entfernt liegenden Zielen zu befördern und massive Angriffe auf das Hoheitsgebiet anderer Staaten auszuführen. Die Vernichtung dieses Waffentyps würde zur Verminderung der Kriegsgefahr beitragen und die Sicherheit der Völker erhöhen. Die Sowjetunion ist zu Verhandlungen über diese Frage bereit.

9. Das Verbot unterirdischer Kernwaffenversuche. — Die sowjetische Regierung erklärt, wie schon früher, ihre Bereitschaft zu einer Vereinbarung, die das Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Athmosphäre, im Weltraum und unter Wasser auch auf unterirdische Kernwaffentests ausdehnen würde. Die Erfahrungen haben die vollkommene Bestätigung geliefert, daß zur Feststellung unterirdischer Kernwaffenversuche ebenso wie für Versuche in der Athmosphäre, im Weltraum und unter Wasser keine besondere internationale Kontrollorganisation notwendig ist.

Die sowjetische Regierung geht selbstverständlich davon aus, daß bei einem Abschluß von Abkommen über konkrete Abrüstungsmaßnahmen eine Einigung über entsprechende und gegenseitig annehmbare Formen der Kontrolle über die Durchführung dieser Maßnahmen erreicht werden muß. Die Verwirklichung der in diesem Memorandum aufgeführten Maßnahmen würde nach Meinung der sowjetischen Regierung zu einer weiteren bedeutsamen Verminderung der internationalen Spannungen führen und einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Lösung der wichtigsten Aufgabe, der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, darstellen.

(Memorandum of the USSR-Government on Measures aimed at reducing the armaments race and decreasing international tension, 28. Januar 1964).

Arbeitsdokument Brasiliens zur Verminderung der Rüstungsbudgets und zur Verwendung der eingesparten Mittel vom 13. Februar 1964

Die Konferenz des Achtzehn-Mächte-Abrüstungsausschusses

berücksichtigt den oft erneuerten Wunsch der UN-Vollversammlung und all derer, die für das Wohl der Menschheit verantwortlich sind, nach sofortigen und sichtbaren Ergebnissen der Abrüstungsdiskussion;

verzeichnet mit Genugtuung das anhaltende Interesse der Versammlung an den zu diesem Zweck unterbreiteten Vorschlägen und das Beharren darauf, diese Vorschläge in ein Stadium effektiver Verwirklichung zu bringen, um dem sichtbaren Verlangen nach Frieden und allgemeinem Fortschritt für alle Völker der Welt Rechnung zu tragen;

im Bewußtsein der fühlbaren und wohltuenden Veränderungen, denen das internationale Klima seit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages über ein teilweises Verbot der Kernwaffenversuche unterliegt;

angeregt durch die Resolution der UN-Vollversammlung 1931 (XVIII) und 1837 (XVII) — letztere wurde als „Deklaration über die Verwendung der durch eine Abrüstung freiwerdenden Mittel für friedliche Zwecke" verabschiedet*) — die beide unter anderem die

*) Die von der Vollversammlung am 18. Dezember 1962 einstimmig verabschiedete Deklaration geht auf einen gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Entwurf zurück. Sie basiert auf den Untersuchungen eines Expertengremiums, das einen jährlichen Rüstungsaufwand in der Welt von 120 Mrd. Dollar errechnet hatte.

Feststellung enthalten, daß die gegenwärtig für militärische Zwecke verwendeten Mittel zunehmend friedlichen Zwecken zugeführt werden müssen, um durch Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Standards der Völker allen Ländern größtmöglichen Nutzen zu bringen;

in Erkenntnis der Notwendigkeit, in weltweitem Rahmen angemessene Schritte in Richtung auf die allmähliche Umstellung der Kriegswirtschaft in eine Friedenswirtschaft zu unternehmen, um den bedrohlichen Folgen vorzubeugen, die sich aus einem planlosen Fortfall der militärischen Ausgaben sowohl für die Länder mit gelenkter Wirtschaft, als auch für die Länder mit einem System freien Unternehmertums ergeben könnten;

in Übereinstimmung mit den vom Wirtschafts- und Sozialrat in seiner Resolution 982 (XXVI) getroffenen Schlußfolgerungen und ausgehend von den Studien einer Expertengruppe, die gemäß der Resolution 1516 (XV) der Vollversammlung eingesetzt wurde;

in Erinnerung an die Resolution der Vollversammlung 1716 (XVI), die eine „Dekade der Vereinten Nationen für Entwicklung" eingeleitet und in der zur Unterbreitung von Vorschlägen für eine mögliche Verwendung der durch eine Abrüstung freiwerdenden Mittel im Rahmen wirtschaftlicher und sozialer Programme, besonders in den Entwicklungsländern aufgefordert wurde;

in der Überzeugung, daß die Verminderung der Militärausgaben der Großmächte ein entscheidender Beitrag sein würde, um für Millionen Menschen sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten der Länder mit einem hohen Grad der wirtschaftlichen Industrialisierung ein Lebensniveau zu erreichen, das mit ihren legitimen Bestrebungen übereinstimmt;

ferner in der Überzeugung, daß der Kampf gegen das Elend in der Welt die wirtschaftliche Entwicklung der Welt im ganzen durch die Erschließung neuer Märkte und besserer Arbeitsmöglichkeiten sowie eine wesentliche Zunahme der Warenproduktion in allen Ländern fördern und den kommerziellen Austausch zwischen den verschiedenen Erdteilen erleichtern und intensivieren wird;

überzeugt davon, daß eine beträchtliche wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der heutigen Welt vorherrscht und daß diese Ungleichheit soziale Spannungen zur Folge hat, die eine ernstzunehmende Gefahr für internationalen Frieden und Sicherheit darstellen;

nimmt mit großer Wertschätzung Kenntnis von der schon offiziell verkündeten Reduzierung der militärischen Ausgaben durch die zwei wichtigsten Militärmächte — die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika — und von den Vorschlägen, die unterbreitet wurden, um weitere wesentliche Kürzungen in den kommenden Jahren zu erreichen;

ersucht alle Regierungen, bemüht zu sein, ihren Wunsch nach Frieden zum Ausdruck zu bringen, indem sie Kürzungen der gleichen Art in ihren jeweiligen Militärbudgets vornehmen;

empfiehlt die Verwendung der so freigewordenen Mittel für Projekte, die zu einer Umformung der Kriegswirtschaft in eine Friedenswirtschaft führen, und für Pläne, deren Ziel es ist, alle die Regionen und Gebiete wirtschaftlich und sozial zu entwickeln, die sichtbar an Armut und Unterentwicklung leiden;

empfiehlt nachdrücklich, daß ein Betrag nicht unter 20 Prozent des Gesamtwertes der schon vorgenommenen oder in Zukunft geplanten Einsparungen von allen Ländern einem „Fonds für industrielle Umwandlung und ökonomische Entwicklung" gutgeschrieben wird. Dieser Fonds sollte bei nächstmöglicher Gelegenheit errichtet werden, um unter gebührender Berücksichtigung einer gerechten geographischen Verteilung die vorgenannten Projekte in den Entwicklungsländern zu finanzieren;

bildet unverzüglich im Rahmen der Abrüstungskonferenz eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Mächte, die eine Verminderung ihrer Militärbudgets bereits bekanntgegeben haben und unter Hinzuziehung von Vertretern dreier von der Konferenz zu benennenden Staaten, um Empfehlungen betreffend Aufbau und Tätigkeit des Entwicklungsfonds zu beraten und der Abrüstungskommission vorzulegen.

(Proposal of the Brazilian Delegation for an Agreement on the Application of Savings on Military Expenditures, 13. Februar 1964.)

Offener Brief an Verteidigungsminister v. Hassel

Gerd Glimm, Pfarrer, Karlsbrunn/Saar
Hansjürgen Höffken, Pfarrer, Schaffhausen/Saar
Heinz König, Pfarrer, Saarlouis

Saarlouis, den 27. 3. 1964

An den Herrn Bundesminister für Verteidigung
Kai Uwe von Hassel
B o n n

Betr.: Vereidigung von Rekruten in der Ausbildungskompanie 405 in Blieskastel/Saar am 19. März 1964.

Sehr geehrter Herr Minister!

Uns liegt die von der zuständigen Bundeswehrstelle der Presse übergebene Niederschrift der Ansprache von Herrn Oberstleutnant Leggewie, Kommandeur des Panzerartillerieaufklärungsbataillons, Idar-Oberstein, vor, die dieser aus Anlaß der Vereidigung von Rekruten der Ausbildungskompanie 405, am 19. März 1964, in Blieskastel/Saar gehalten hat.

Neben der pflichtgemäßen Betonung des Verteidigungscharakters der Bundeswehr und des westlichen Bündnisses führte Herr Leggewie aus, daß es wie zu den Zeiten unserer Väter heute unsere Aufgabe in Europa sei, „dem Eroberungssturm aus dem Osten, der vor Jahrhunderten von Hunnen, Ungarn oder Türken vorgetragen wurde", mutig entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang spricht Herr Leggewie von der Bereitschaft zum „Heiligen Krieg".

Es heißt weiter: „Wir wollen nicht, daß die da drüben, wie in unseren Ostgebieten und vielen anderen Ländern geschehen, ihre schmutzigen Pfoten ungestraft weiter nach Westen ausstrecken können".

Dem „goldenen, freien Westen" werden „rücksichtslose Brutalität gegenüber allem menschlichen Empfinden" und „teuflische Methoden" des Ostens gegenübergestellt.

Wir stellen hierzu fest:

1. Die Parallelisierung oder, im Sinne von Herrn Leggewie, die Ineinssetzung von Hunnen, Ungarn und Türken mit der Kommunistischen Welt ist eine aus Unwissenheit geborene oder bewußte Geschichtsklitterung.

2. Nicht die Welteroberungsabsichten des Kommunismus, sondern die Tatsache, daß unser Volk seine „schmutzigen Pfoten", um den Ausdruck von Herrn Leggewie zu gebrauchen, nach Osten ausgestreckt hat, ist die primäre Ursache der bedrängten Lage unseres gespaltenen Volkes. Diese Tatsache verschweigt Herr Leggewie bewußt.

3. Beide historischen Unwahrhaftigkeiten haben den Zweck, den Osten zu verteufeln, während wir (Heiliger Krieg!) offenbar mit den Scharen Gottes gleichgesetzt werden sollen.

Wir erinnern daran, daß schon einmal junge Menschen unseres Volkes mit der Predigt, daß auf der anderen Seite „der Hunne", der Untermensch stünde, psychologisch für den Kampf gerüstet wurden, mit dem Ergebnis, daß wir heute in weiten Teilen der Welt als „Hunnen" gelten. Wir legen schärfsten Protest dagegen ein, daß in der Bundeswehr, einer Institution unseres Staates, junge Menschen auf solch unredliche und unheilvolle Weise beeinflußt werden.

Wir legen schärfsten Protest dagegen ein, daß der Name des „Allerhöchsten" (so Herr Leggewie), und wir kennen nur den in Jesus von Nazareth erschienenen Allerhöchsten, dazu mißbraucht wird, in diesem Sinne wehrtüchtig zu machen.

Videant consules . . .

Oder besser: Gebe Gott unserem Volke Buße, daß ER uns nicht noch einmal schlagen müsse!

Mit freundlichem Gruß

gez. Glimm, Höffken, König

Durchschriften an:
den Herrn Wehrbeauftragten des Bundestages
den Herrn Ministerpräsidenten des Saarlandes
die Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland
die Presse

Noch einmal Lettow-Vorbeck: „Retter der SA"

In Heft 4/64 (S. 284 ff.) war darauf hingewiesen worden, daß Bundesverteidigungsminister v. Hassel kürzlich den Anfang März d. J. verstorbenen General a. D. v. Lettow-Vorbeck als „Leitbild" für die Bundeswehr bezeichnet hatte. Dazu bringen wir heute einen weiteren Auszug aus der Selbstbiographie des Generals. *D. Red.*

Auch in Hannover saß ein Obergruppenführer, der offenbar ähnlich eingestellt war. Ihm war auch der Stahlhelm, in dem ich in Bremen Standartenführer war, als SA-Reserve unterstellt. Anfang 1934 kam ich von einer Reise zurück und hörte zu meinem Erstaunen, daß in meiner Abwesenheit ein Sturm (=Kompanie) der SA mein Stahlhelm-Dienstzimmer gestürmt hatte. Der Fall war so unerhört, daß der nationalsozialistische Polizeisenator Laue dagegen Stellung nahm. Auch ich beschwerte mich, mußte aber in der Antwort des Obergruppenführers aus Hannover lesen, daß meine Beschwerde ein charakteristisches Zeichen für die Überheblichkeit der Stahlhelmführer sei. Das ging mir nun doch zu weit. Ich fuhr nach Berlin und trug Hindenburg den Fall vor, wobei ich noch besonders betonte, daß ich nichts Feindliches gegen die Partei getan hatte, diese mir eher dankbar sein müsse, weil früher, als Groener als Innenminister die SA hatte auflösen wollen, ich durch mein Schreiben an Hindenburg dies verhindert hätte. Hindenburg war wie immer sehr freundlich gegen mich, teilte meinen Standpunkt durchaus, und ich ging zu Reichskanzler von Papen, der mir auch beitrat und meinen Vorschlag gut hieß, ich solle auch direkt zu Hitler gehen.

Aus: General von Lettow-Vorbeck, Mein Leben, Biberach an der Riß, 1957.

Sechs Millionen DM für Rekruten-Tests

Die in der Wehrpflichtnovelle vorgesehene Einführung eines Eignungs- und Verwendungstests wehrpflichtiger Rekruten wird nach bisherigen Schätzungen etwa sechs Millionen Mark erfordern. Die Sachausgaben werden mit 3,5 Millionen Mark, die Personalausgaben mit 2,5 Millionen Mark berechnet. Bei den Wehrbezirksverwaltungen in der Bundesrepublik sollen 25 „psychologische Prüfgruppen" zusammengestellt werden, die die künftigen jungen Soldaten zu prüfen haben. „Die wehrpflichtigen Rekruten haben sich zur Prüfung vorzustellen", heißt es.

FAZ v. 25. IV. 1964

Times: Bonns Argumente gegen Zeitungsaustausch lächerlich

Die Bundesregierung macht sich mit ihrem Zögern lächerlich. Für die schleppende Behandlung des Angebots werden drei Gründe angeführt: Erstens sagt man, „Neues Deutschland" sei das Organ der sowjetzonalen Kommunisten und könne deshalb nicht in der Bundesrepublik vertrieben werden, wo die Kommunistische Partei vom Verfassungsgericht verboten worden ist. Zweitens würde Artikel 18 des Grundgesetzes verletzt, der einen Mißbrauch der Pressefreiheit für verfassungswidrig erklärt, und drittens dürfe es Herrn Ulbricht nicht erlaubt werden, nur die ihm genehmen westdeutschen Zeitungen zuzulassen. Derartige legalistische Winkelzüge bestätigen die ärgsten Vermutungen über Absichten und allgemeine Haltung der Westdeutschen. Mit einem Minimum an Anstrengung und gutem Willen könnte man sich darüber hinwegsetzen, so zum Beispiel mit dem Gegenargument, daß das „Neue Deutschland" nicht Organ der Kommunistischen Partei, sondern der sozialistischen Einheitspartei ist, die in der Bundesrepublik nicht verboten ist... Wenn die Bundesregierung es tatsächlich mit ihren ständigen Beteuerungen über eine Erleichterung des Loses der Ostdeutschen, die Verminderung der Spannungen und die Aufrechterhaltung westlicher Kulturwerte ernst meint, ist es höchste Zeit zu handeln.

Times v. 4. V. 64

An unsere Leser

Sonderdrucke des Offenen Briefes an Gustav Heinemann von Prof. Dr. jur. Helmut R i d d e r (vgl. S. 360 ff.) sind zum Preis von 0,20 DM pro Stück beim Pahl-Rugenstein Verlag erhältlich.

Wir möchten Sie bitten, uns möglichst frühzeitig Ihre U r l a u b s a d r e s s e mitzuteilen, damit die Zustellung der Zeitschrift an Sie auch in der Ferienzeit sichergestellt ist.

Pahl-Rugenstein Verlag

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen

Prof. D. Dr. Ladislaus Martin P á k o z d y , geb. 1910, prominenter reformierter Theologe Ungarns (Vertreter der historisch-kritischen Methode einer offenbarungsgeschichtlichen Theologie). Nach Studien in Debrecen, Halle/Wittenberg und Utrecht in seine Heimat Ungarn zurückgekehrt, gehörte er während des Zweiten Weltkrieges zu der kirchlichen Opposition gegen den Nazismus und beschäftigte sich vor allem mit der Rettung verfolgter Juden und Antifaschisten. 1945 wurde er zum Prof. für Religionsgeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Debrecen ernannt, seit 1952 ist er Mitglied der Synode der Reformierten Kirche in Ungarn, seit 1963 Mitglied des Ungarischen Friedensrates. Ehrendoktor der Berliner Humboldt-Universität und einer der Mitbegründer der Prager Christlichen Friedensbewegung. Unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen befindet sich die 1963 von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin auch in deutscher Sprache herausgegebene Arbeit „Der wirtschaftliche Hintergrund der Gemeinschaft von Qumrân."

Helge P r o s s , Privatdozentin für Soziologie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/M., geb. 1927, Studium der Soziologie, Geschichte und Staatslehre 1946–1950 in Heidelberg, Promotion zum Dr. phil. Heidelberg 1950. Studium der Politischen Wissenschaft an mehreren amerikanischen Universitäten 1952–1954, danach Mitarbeiterin des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt/M., und Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Habilitation 1963.
Veröffentlichungen: „Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933–1941" (Berlin 1955); Aufsätze über Antisemitismus, Probleme der sozialen Schichtung, Stellung der Frau in der gegenwärtigen Gesellschaft, Die Situation der Soziologie in der Bundesrepublik . . . Demnächst wird erscheinen (in der Reihe „Frankfurter Beiträge zur Soziologie"): „Manager und Aktionäre in Deutschland. Studien zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsgewalt."

Vorgesehen sind u. a.:

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz B a u e r :
Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist

Dr. jur. Hermann E t z e l :
Una sancta ecclesia?

Dr. Hermann R a u s c h n i n g :
Über Ziele und Mittel einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. jur. Werner M a i h o f e r :
Staatsschutz im Rechtsstaat (1 u. 2/64)

Hans W i r t z :
Zum Vatikanischen Konzil (3/64)

Prof. Dr. jur. Harold R a s c h :
Für ein neues Europa (4/64)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Carl Bioice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. Laszlo Marton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schwalgart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seisi Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Dr. jur. Hermann Etzel

Mensch in der Krise

Der Eintritt des Menschen in die Schöpfung

Es gab eine Zeit, in der das Bild des höchstentwickelten Lebewesens der Erde, des Menschen, von einer Sphäre der Erhabenheit und Würde umgeben schien. Hochgemut, stolz und überheblich nannte er sich die Krone der Schöpfung und berauschte sich an dem Gedanken, das Ebenbild Gottes zu sein. Der sophistische Abderite Protagoras sah in ihm, zweideutig formulierend, das „Maß aller Dinge". Durch seine mythischen oder religiösen Vorstellungen, sein Gewissen, seine schöpferische Kraft zu künstlerischer Formgebung und Gestaltung und seine Fähigkeit zum abstrakten Denken glaubte sich der Mensch dazu befähigt und berufen, die Einzäunung der tierischen Triebe und Instinkte zu überschreiten, frei und kritisch über sich zu reflektieren und die Welt zu gestalten.

Der englische Biologe Julian Huxley betont in seiner Abstammungslehre die Einzigartigkeit des Menschen, die sich vor allem in der besonderen Entwicklung des Gehirns, dem aufrechten Gang und der hochentwickelten Greiffähigkeit und Feinfertigkeit der Hand äußert. Er erblickt darin einen Bruch in der Stufenfolge des Tierreichs. Wenn der Satz gilt: natura non facit saltum, so muß die Tatsache, daß die Natur gerade beim Menschen, der ja auch Teil von ihr ist, sich einen solchen spontanen Sprung geleistet hat, stutzig machen, wenn anders man nicht die hominiden Frühformen als das fehlende Zwischenglied ansehen will. Die Erklärung Huxleys, die Natur habe offenbar mit dem Erscheinen des Menschen nicht gerechnet, kann nicht befriedigen.

Existentialismus und Sittenverfall statt Euphorie

Jene enthusiastische Euphorie von der Stellung und Sendung des Menschen ist im sogenannten Abendland trotz der stürmischen Fortschritte in Wissenschaft, Technik, Verkehr, Organisation und Wohlfahrt weithin verschwunden und von einer tiefen Ernüchterung, von Angst, Furcht, Zweifel und existentialistischem Pessimismus abgelöst worden. Hinter der glänzenden Schau- und Außenseite der Zivilisation herrschen Friedlosigkeit, Gewalt, Verbrechen, Lüge und Heuchelei, und der Kurswert des menschlichen Lebens sinkt. Viele sind neurotisch, niedergedrückt, verzweifelt und bedürfen des Psychotherapeuten. Der Blick in Krankenhäuser, Heilanstalten, Leichenhallen und Schlachthäuser bedrückt oder entsetzt sie. In metaphysischer Gleichgültigkeit weisen sie jeden transzendenten Gedanken ab.

Die im 19. Jahrhundert auftretenden Künder des Unheils und des Nichts, die Propheten ausbrechender Barbarei und Pathetiker der Angst und des Grauens, die Burckhardt, Kierkegaard und Nietzsche, haben den Boden für den existentialistischen Pessimismus vorbereitet. Sartre hat ihn bis zum Rand des Nihilismus getrieben, der im Geschehen keinen Sinn mehr findet. Er, der zunächst den Menschen als Schöpfer seiner selbst aus dem Nichts preist, erklärt später verdüstert, der Mensch sei ein Nichts und das Leben eine nutzlose Passion. Und wie kurz ist im Verhältnis zur Endlosigkeit die Dauer des menschlichen Daseins, dem im Millionstel einer Sekunde enthuschenden Elementarteilchen Meson im Atom vergleichbar! So ergeben sich zahllose dem praktischen Materialismus, nicht wenige flüchten in Rauschgift, Alkohol und Freitod. Mehr als 14 000 scheiden in Westdeutschland und Westberlin jährlich freiwillig aus dem Leben, ebenso viele, wie

jährlich im Verkehr umkommen oder in öffentliche Fürsorgeerziehung eingewiesen werden.

Die Massen sehen, daß der Mensch, der ohne sein Zutun über den gemeinen Trick des Sexus ins Dasein gehoben wird, von dem Verhängnis der Vererbung, den physikalischen, wirtschaftlichen und sozialen Umweltbedingungen und dem seelischen Mechanismus der Triebe und Leidenschaften abhängig und den auf Kausalität beruhenden Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist, wie sie überall in der Welt, im Kosmos und im Atom, herrschen, eine Vorstellung, von der nur ein Schritt zur augustinischen, kalvinistischen Prädestinationslehre ist. Emile Zola hat diese schicksalhafte Abhängigkeit immer wieder in seinen experimentellen Romanen dargestellt. Leidvoll erfahren die Menschen, wie untrennbar ihr Leben an die Materie des Leibes gebunden ist, und sie hören von ärztlicher Seite, daß es noch Hunderte unheilbarer Krankheiten gibt, deren die biochemische Forschung nicht Herr werden kann. Biologen, Internisten und Neurologen enthüllen, daß Leben und Geist, ihre Funktionen und Äußerungen von physikalisch-chemischen Umsetzungen und endokrinen Ausschüttungen der Drüsen abhängen und der Geist aus dem Körper, nicht umgekehrt, emaniert.

Die Wissenschaft verfährt notwendigerweise voraussetzungslos, sie kennt weder Dogmen noch Tabus. Indem sie ihre Erkenntnisse in die Öffentlichkeit bringt, wirkt sie nachhaltig auf deren Vorstellungen. Viele Menschen glauben nicht mehr an eine vom Körper trennbare unsterbliche Seele, so sehr sie vielleicht — auch manche Atheisten — insgeheim die Erhaltung des Ichs über den leiblichen Tod hinaus ersehnen und eine transzendente Existenz dem Nirwana vorziehen mögen. Die Relativitätstheorie hat absolut scheinende Werte, Maßstäbe und Lehren korrigiert, die Welt der physikalischen und chemischen Vorgänge zurechtgerückt und die Begriffe von Raum, Zeit, Ruhe und Bewegung und damit die menschliche Existenz selbst relativiert.

Die Geschichte beweist, daß es zu allen Zeiten und bei allen Völkern die verschiedensten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatssysteme gab, daß keines von ihnen die Endlösung bedeutete und daß jede Ordnung dazu bestimmt ist, durch eine andere ersetzt zu werden. So erscheint alles nur noch bedingt, scheinbar relativ, nichts mehr gesichert, absolut. Es bleiben Skepsis, Zweifel und die Frage nach der Wirklichkeit, dem Wesentlichen, das sich hinter den Erscheinungen, den Phänomenen, verbergen mag. Die Antwort steht aus. Niemand kann sie geben, auch die Phänomenologie nicht. Die Psychologen und Psychoanalytiker Alfred Adler und Siegmund Freud haben durch ihre Seelenzergliederung Bild und Erscheinung des Menschen niedriger gehängt und fragwürdig gemacht. Indem sie das psychologische und psychopathische Gewirr, seine Tiefen und Verschlingungen bloßlegten, haben sie es auch bloßgestellt.

Das süße Leben, die orgiastischen Genüsse, Vergnügungen und Laster breiten sich aus und werden immer skrupelloser kommerzialisiert. Die Halb- und Unterwelt des müßiggehenden Gesindels der Playboys und Playgirls aller Gesellschaftsklassen erfreut sich weitgehender, oft wohlwollender, auf eindeutige Instinkte und Sensationsbedürfnisse abzielender Publizität durch die Massenmedien, die sie schildern und bebildern. Auf diese Weise verharmlost und salonfähig gemacht, korrumpiert sie öffentliche Anschauungen. Die frühere Unantastbarkeit vieler Bereiche ist beseitigt. Das unbekümmerte Eindringen in die innersten Bezirke der Intimsphäre und deren Herauszerrung auf den Markt beleidigen und vermindern das Gefühl für menschliche Delikatesse. Die Ochlokratie enthemmter Schamlosigkeit hat die Schallmauer öffentlicher Gesittung und stillschweigender gesellschaftlicher Konvention, sie zu wahren, durchbrochen und das Bild des Menschen herabgewürdigt.

Keine Rechtfertigung Gottes

Heimgesucht und ans Kreuz geschlagen durch Unglück, Leid, Krankheit und Unrecht, erschüttert durch unverschuldete Wechselfälle und tückische, sinnlose Zufälle des Lebens, gekränkt, geschädigt oder gar mißhandelt durch andere, glauben immer weniger Menschen, die den einen schicksalhaft verschont und bevorzugt, den anderen von Mißgeschick verfolgt sehen, an das Gute in der Welt, an eine immanente Gerechtigkeit und eine sittliche Weltordnung. Sie wollen kein Gerede mehr hören über die sittliche Funktion des Leides und Leidens in der Welt. Sie weisen den Gedanken einer Gotteskindschaft und die Möglichkeit einer Civitas Dei ab. Wie könne man, erklären sie, Gott lieben, da man ihn, der sich verborgen halte, ja nicht kenne. Die Idee, daß ohne den Willen eines Gottes, der alles erhält und regiert, kein Haar vom Haupte des Menschen und kein Sperling vom Dache falle, erscheint ihnen absurd und angesichts der Herrschaft des Bösen in der Welt für den angenommenen oder vorgestellten Gott beleidigend und lästernd. Warum, so fragen sie weiter, mußte das Menschengeschlecht so endlos lange darauf warten, bis der Gottgesandte, ein anderer, ein zweiter Mithras-Helios, kam, um sein Erlösungswerk zu vollbringen? Jeder Versuch einer Theodizee, einer Rechtfertigung Gottes, schlägt bei ihnen fehl. Sie vermögen sich nicht vorzustellen, daß ein allwissender und allgütiger Weltgeist von Anbeginn seinen Geschöpfen solche Zumutungen, Lasten und Qualen auferlegen konnte, und sie finden sich nicht damit ab, daß die einen bar bezahlt, die anderen aber mit ungedeckten Wechseln auf eine Ewigkeit abgespeist werden. Mit der beschwichtigenden kabbalistischen Formel vom unerforschlichen Ratschluß kann bei ihnen nichts ausgerichtet werden. Im allergünstigsten Falle behelfen sie sich mit den regulativen Ideen Kants, der als Lebensregel empfiehlt: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte. Lebe so, als ob es einen persönlichen Gott, eine unsterbliche Seele und eine sittliche Weltordnung gäbe."

Die Erkundungen der Paläontologie, Archäologie und Anthropologie entschleiern die dem Vorderen Orient eigentümliche romantische und gleichnishafte Phantastik so mancher Erzählung heiliger Bücher und korrigieren Vorstellungen über die „Erschaffung" des homo sapiens. Sie liefern Anhaltspunkte dafür, wie langwierig, mühsam, entsagungsvoll und opferreich sein Weg gewesen ist. Menschliche Fossilien, die in einer Erdschicht oder Versteinerung auf Java, in Transvaal, Ostafrika, China oder Europa entdeckt worden sind, schockieren und bewegen uns und erwecken unser Erbarmen mit der armseligen Kreatürlichkeit und Vergänglichkeit des Menschen. Manche mögen bei dem Gedanken daran, daß auch die moderne Biologie die entwicklungsgeschichtliche Entstehung von Eiweiß, dem Produkt lebender Zellen, aus der Materie und, wie schon die Entelechie des Aristoteles, eine zielgerichtete Tendenz der Entwicklung im Kosmos bejaht, Staunen vor einem so mächtigen Naturwalten empfinden, in das der Mensch einbezogen ist. Aber auch solche Überlegungen befreien und erlösen nicht.

Der französische Jesuit und Paläontologe Teilhard de Chardin, der den Sinanthropus bei Peking mitentdeckte, hat die Prognose einer weiteren Cerebralisation, also einer stufenmäßigen Weiterentwicklung des menschlichen Gehirns, verfochten. Das ist innerhalb der These der Entelechie nichts Neues, gleichviel, ob sie auf Kosten des vegetativen Nervensystems stattfindet oder nicht. Die Prognose übergeht natürlich die unlösbare Grundfrage, ob künftige Cerebralisationen zu einer fortschreitenden Sublimierung der menschlichen Materie bis zu ihrer völligen Spiritualisierung in der Phase „Omega" führen werden.

Mit der außerordentlichen Entwicklung des Nachrichtenwesens und der bildmäßigen Darstellung durch Zeitungen, Illustrierte, Rundfunk, Film und Fernsehen

dringt das totale Weltgeschehen ständig und unvermittelt auf die Menschen ein, erregt und spannt ihre Nerven und erweckt ihr Verlangen nach Sicherheit und Idylle. Die Zeiten, da der Bürger, wenn „die Völker hinten in der Türkei aufeinander schlugen", in wohliger Geborgenheit unberührt bleiben mochte, sind vorbei.

Hilfe durch Kirche und Philosophie?

Können Kirche und Philosophie in diesem kritischen Stadium existentialistischer Labilität eine Hilfe und Stütze bieten? Die Frage dürfte zu verneinen sein. Die Kirche ist seit langem von der Verweltlichung erfaßt. Durch ihre harte Politik um weltliche Macht, weltlichen Besitz und Vorrang der päpstlichen Gewalt, durch ihre Beteiligung am Feudalismus, ihr Streben nach totalitärer Herrschaft, ihre innere Erstarrung und ihre Zugeständnisse an fragwürdige Erscheinungen des Zeitgeistes hat sie selbst zu ihrer Säkularisierung beigetragen und sich die Massen entfremdet, sie, deren Stifter gesagt hat, sein Reich sei nicht von dieser Welt.

Es bleibt dahingestellt, ob die besonders seit der Renaissance in Gang gekommene Ablösung kultureller und sozialer Bereiche von der religiösen Grundlage eine typische Erscheiung in der Spätgeschichte aller Kulturen ist. Es genügt, die unbestreitbare Tatsache der Säkularisierung der Kirche festzustellen. Die Geschichte der Theologie und Kirche hat eine beklagenswerte Nachtseite, die ihre Legitimation und die Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung erschüttert. In ihrer fast zweitausendjährigen Geschichte war sie nicht imstande, der Welt den Frieden zu bringen. Vielmehr hat sie nicht wenige der grausamsten Verfolgungen und blutigsten Kriege, die Religionskriege, verursacht, einen blutigen Kampf gegen Glaubens- und Geistesfreiheit geführt und schwere Schuld auf sich geladen. Menschen wie der spanische Philipp II., die Habsburger und die Wittelsbacher waren außer dem Jesuitenorden ihre Werkzeuge. Von ihrem Glauben Abgefallene hat sie, wenn sie nicht widerriefen, als Ketzer durch geistliche Gerichte abgeurteilt und der Folter, dem Kerker, der Vermögensentziehung, der Geißelung und dem Feuertod überantwortet. Die Albigenser hat sie in blutigen Kreuzzügen vernichtet, die Waldenser mit der Inquisition verfolgt und den Reformator Hus auf dem Konzil von Konstanz ebenso wie den Dominikaner und Philosophen Giordano Bruno in Rom und den Bußprediger Savonarola in Florenz verbrannt. Sogar in die Naturwissenschaften versuchte sie dogmatisierend einzugreifen. Den größten italienischen Naturforscher, Galileo Galilei, hat sie durch die Inquisition gezwungen, der von ihm glänzend verteidigten kopernikanischen Lehre öffentlich abzuschwören.

Noch heute bestimmt das sich auf Thomas von Aquin stützende und berufende Kanonische Recht, daß Ketzer nicht nur exkommuniziert, sondern von rechtswegen auch getötet werden können, und das Kardinalskollegium des Heiligen Officiums betrachtet sich immer noch als Träger und Nachfolger der Inquisition. Der bis in die Neuzeit hereinreichende Antisemitismus der Kirche gegen das „fluchbeladene Volk von Gottesmördern" war bösartig und ausbeuterisch. Ihre teils kompromißwillige, teils unklare Haltung gegenüber dem hochkriminellen Nazismus wirft einen schweren Schatten auf ihre Standhaftigkeit, Integrität und Glaubwürdigkeit. Jahrhunderte hindurch hat die Kirche, die Einrichtung und Künderin einer Frohbotschaft und Trostbringerin sein sollte, aber vorchristlichen orphischen Vorstellungen wie Erbsünde, Totenrichter und Hölle Raum gab, zahllose Seelen verdüstert und verstört und mit starrem Dogmatismus rigoros überfordert.

Es gibt keine Läuterung ohne geistige oder seelische Erschütterung. Diese kann der Kirche nicht erspart bleiben, wenn das Werk ihrer inneren Erneuerung durch die reformerischen Kräfte gegen den Widerstand traditionell beharrender Rich-

tungen in ihr gelingen soll. Sie muß Ballast abwerfen, ihre sophistische Dialektik überprüfen, unzeitgemäße Dogmen entschärfen, ihren Routinebetrieb mit wirklichem Leben erfüllen und ihren ganzen triumphalistischen Stil ändern. Sie wird sich entweltlichen und heiligen, aber auch darauf verzichten müssen, sich gegen ihr unbequeme, einwandfreie naturwissenschaftliche Erkenntnisse hartnäckig zu sperren. Ob sie das ernsthaft will und wirklich kann, ob sie über den Schatten ihrer so oft monströsen Vergangenheit zu springen vermag, das erscheint nicht sicher. „Entweder wagt die Kirche den Sprung nach vorn, oder sie erlebt einen Verlust an Autorität von unabsehbaren Folgen", erklärte kürzlich der Leiter der römischen Zentralredaktion der katholischen Agenturen (CIC) öffentlich. Sie sollte den ernsten, eindringlichen Vorhalt der dunklen Seiten und der Irrtümer ihrer Geschichte dankbar aufnehmen und annehmen. Sie sollte nicht übersehen, daß die sensationellen Papyrusfunde am Toten Meer und weitere archäologische Entdeckungen die bisherigen Vorstellungen über Ursprung und Originalität des Christentums in einer für sie bedrohlichen Weise revolutioniert haben.

Die Philosophie, die das Fazit aus den Erkenntnissen der Einzelwissenschaften ziehen, gewissermaßen den zugrunde liegenden Generalnenner finden und die Grundsätze der Lebensführung und Daseinsgestaltung erkennen will, sieht sich immer weniger imstande, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die Einzelwissenschaften sind ihr über den Kopf gewachsen. Der Philosoph wird, auch wenn er sich noch so sehr um die Beherrschung von Einzelwissenschaften bemüht, in ihnen stets gegenüber dem wirklichen Fachmann zurückbleiben und Gefahr laufen, philosophisch deuten zu wollen, was bereits überholt ist. Umgekehrt versteht der Einzelwissenschaftler nichts mehr von Philosophie. Es ist aufschlußreich genug, daß die moderne Philosophie (Jaspers, Heidegger) in ihrer Ratlosigkeit nach den makabren Ereignissen eines Jahrhunderts keinen anderen Ausweg wußte, als die finsteren Lehren des Erzvaters des völligen, widersinnigen Nichts, Sören Kierkegaard, aufzugreifen, ohne aber auf dessen religiöse Fluchtlinie einzuschwenken.

Notwendiger Solidarismus

Es ist also nicht recht zu sehen, wie Kirche und Philosophie in ihrem gegenwärtigen Stande dem existentialistisch bedrängten Menschen wirksam zu Hilfe kommen können. So steht das psychosomatische Doppelwesen Mensch in seiner Polarität und Problematik vor dem teilnahmsvoll prüfenden Auge: Titanischer Prometheus und arme Kreatur, Irrlicht und Pfadfinder, Heiliger und Sünder, Held und Feigling, doch keineswegs „Spottgeburt". Eine Mikrobe des Alls, durch das Wunder des Gehirns dem Absoluten angenähert und doch unendlich von ihm entfernt, ist der Mensch ein Phänomen und oft ein Gespenst. Die schillernde, schreckliche Laterna Magica seines Daseins zeigt ihn in tausend Verwandlungen. Er ist ein wahrer Proteus. Vergeblich zu fragen, was die Entelechie der Schöpfung noch mit ihm vorhaben mag. Das Antlitz der Erde und vielleicht sich selbst verändernd, schreitet er durch Welt und Zeit. Wohin? Niemand weiß es. Zu Staub zerfallen, in Öfen oder auf Scheiterhaufen zu Asche verbrannt, in Gaskammern hingemordet und dann in Haufen verscharrt, bei Unglücksfällen oder Metzeleien zerfetzt und zerstückelt oder durch den Verdauungstraktus eines Raubtiers, Fisches, Kannibalen hindurchgegangen und transsubstantiiert, scheint er im Nichts zu verschwinden, während seine Atome und deren Elementarteilchen sich im Kosmos umhertreiben und Verbindungen eingehen. Wo aber bleibt nach solcher Auflösung sein Ich?

Im Bewußtsein gemeinsamer existentieller Bedrohtheit, Ungewißheit und Sichtlosigkeit sollte der Erdbevölkerung möglich sein, entschlossen den Weg zu einem vernünftigen Solidarismus zu gehen und ihr Schicksal auf Frieden, Freiheit, guten

**»Das leidenschaftlichste Buch,
das gegen den Krieg geschrieben wurde«**

Leonhard Frank
Der Mensch ist gut

Einmalige Sonderausgabe. Mit einem Nachwort von Wolfgang Weyrauch. 180 Seiten. Leinen DM 12.80

»Ich begnüge mich zu sagen, daß hier das leidenschaftlichste Buch gegen den Krieg geschrieben worden ist, das die Weltliteratur aufweist«, schrieb Kurt Pinthus zu dieser Novellensammlung, die mitten im ersten Weltkrieg in der neutralen Schweiz erschien und für die der Dichter später den Kleist-Preis erhielt.
Das Bekenntnis zum Frieden und zur Menschlichkeit, das Leonhard Frank einer aus den Fugen geratenen Welt entgegenhielt, hat den geschichtlichen Lauf dieser Jahre beeinflußt. Das Buch gelangte trotz Verbot nach Deutschland, wurde illegal verbreitet und erreichte in den zwanziger Jahren Auflagen von astronomischer Höhe. 1933 wiederum verboten, erscheint es nun zum ersten Mal nach dem Krieg in der ungekürzten und unveränderten Fassung der Originalausgabe.

Erzählende Werke
6 Bände in Kassette

Enthält: Die Räuberbande - Der Mensch ist gut - Das Ochsenfurter Männerquartett - Bruder und Schwester - Links wo das Herz ist - Deutsche Novelle. Insgesamt 1370 Seiten. Leinen DM 80.–

Nymphenburger Verlagshandlung München

Anzeige „Blätter für deutsche und internationale Politik" 5/84

Leonhard Frank

In Einzelausgaben liegen weiter vor:

Die Räuberbande
Roman. 308 Seiten. Leinen DM 15.80
»Diesem Dichter gerät so ziemlich alles, was er mit seiner gegliederten Prosa anpackt: die Öde einer Fabrik, die Komik einer Gerichtsverhandlung, die Prozession und die grausame Schulstunde; all dies steht in wirbligem Glanz da, umfangen von dem eigentümlichen Milieu der engbrüstigen, gotischen Stadt Würzburg.« Max Brod

Das Ochsenfurter Männerquartett
Roman. 240 Seiten. Leinen DM 13.80
»Da ist der Teppich des Lebens zwischen Geburt und Tod, zwischen Hunger und Sattsein ausgespannt; da steht auch eine der schönsten und ehrlichsten Liebesgeschichten unserer Zeit zu lesen.« Christian Ferber

Bruder und Schwester
Roman. 212 Seiten. Leinen DM 12.80
»Dichtung durchmißt alle Spären seelischer und schicksalhafter Möglichkeiten, und da kommt es nur auf das Wie an. Dies ist hier so geschehen, daß Zweifel verstummen, ästhetische Bewunderung obsiegt.« G. Stecher

Links wo das Herz ist
Autobiographischer Roman.
Sonderausgabe. 264 Seiten. Leinen DM 9.80
»Zweifellos gehört dieser bezaubernde und rührende Roman zu den schönsten Büchern der deutschen Nachkriegsliteratur.« M. Reich-Ranicki

Karl und Anna
Erzählung. 64 Seiten. Gebunden DM 3.80
»Die tiefste und schönste Kriegsnovelle, die unsere Dichtung hervorgebracht hat.« Felix Hollaender

Deutsche Novelle
172 Seiten. Leinen DM 10.80
»Man muß diese Erzählung Seite um Seite und Zeile um Zeile lesen, man muß im Lesen innehalten, um die große Kunst der Darstellung zu fassen. Man soll mit dem Begriff Meisterwerk sparsam umgehen. Hier scheint er am Platze zu sein.« Otto Heuschele

Nymphenburger Verlagshandlung München

Willen und gegenseitige Achtung zu gründen. Der Planet, der alle hervorbringt, bietet Platz, Zivilisation und Kultur für alle. Es ist eine Schande, daß eine Welt, die so viele Urbevölkerungen ausgerottet und unzählige Millionen von Sklaven gekauft, verfrachtet, verkauft und ausgebeutet und sich an den Bodenschätzen und -erzeugnissen ihrer Länder bereichert hat, daß diese Welt, die ihre Kräfte und Mittel in Kriegen, Rüstungen und übermäßigem Genuß vergeudet, immer noch einen großen Teil der Menschheit in Armut, Krankheit und Unwissenheit verkommen läßt.

Die redlichen, friedenswilligen Kräfte, zu denen auch verantwortungsbewußte Atheisten und konfessionell freie Ethiker gehören, müssen zusammenstehen und den dreisten Cliquen der Kriegstreiber ihr verruchtes Handwerk legen. Der Ausbund westlicher Selbstgerechtigkeit, die Vereinigten Staaten, darf die so unchristliche Rassendiskriminierung nicht länger bei sich dulden. Die kolonialen Ausbeuter haben endgültig abzutreten. Niemand darf auch noch weiter andere Staaten mit militärischen Bündnissen und Stützpunkten umzingeln wollen. Fremde Besatzungen, die nicht von den Vereinten Nationen gestellt und verantwortet werden, müssen zurückgezogen werden. Und endlich ist zu fordern, daß geistige Systeme aufhören, die Seelen mit Jenseitsdrohungen einzuschüchtern und zu bedrücken.

Menschlicher Solidarismus ist Humanität, Religion und Friedensgarantie. Er schafft die Voraussetzungen, von denen aus die gepeinigte Menschheit auch zu größerer innerer Ruhe gelangen und Bann und Zauber, die auf ihr lasten, lösen kann. Durch ihn erst wird die Erde wohnlich und menschenwürdig. „Nach dem Scheitern aller rational-wissenschaftlichen Weltorientierung bleibt das Verhältnis zum Anderen" (Jaspers). Trotz so vieler unerfreulicher Aspekte ist Solidarismus keine Utopie. Er ist der zentrierende Faktor, dessen die Menschen bedürfen. Manche Zeichen weisen auf ihn.

Prof. D. Dr. Ladislaus M. Pákozdy, Debrecen/Ungarn

Ideologisierung des Christentums

Die Stellung der „Prager Christlichen Friedenskonferenz"

Das rasche Wachsen der Prager Christlichen Friedenskonferenz in wenigen Jahren zu einer Weltkonferenz christlicher Kirchen für den Frieden einerseits, wie auch der Widerspruch in manchen kirchlichen und politischen Kreisen andererseits zeigen, daß bei diesen Konferenzen sowohl theologisch als auch politisch scharf formulierte, herausfordernde Sachen gesagt worden sind. Christen haben sich dort zusammengetan, um aus ihrer tiefsten Überzeugung, aus ihrem Glauben heraus Stellung zu nehmen zu den Fragen des Friedens und der gegenwärtigen Menschheit und um ihr Zeugnis auszusprechen, das auch politische Angelegenheiten umfaßt. Hier ist der Punkt, an dem die Prager Christliche Friedenskonferenz in manchen christlichen Kreisen angegriffen, ja sogar mit unwahren Behauptungen in falsches Licht gestellt wird. Hätte diese Konferenz mittelalterliche Gesellschaftsauffassungen verteidigt, hätte sie ihr Gesicht rückwärts und nicht vorwärts gewandt, so wäre sie gelobt worden. Sie hat tatsächlich auch Aussagen gemacht, die ins Politische übergegriffen haben, aber sie hat dies aus tiefster

Glaubensüberzeugung und aus wohlerwogenen theologischen Gründen und Entscheidungen getan. Ihre Arbeit ist theologisch ebenso gewissenhaft und gut fundiert, wie diejenige irgendeiner anderen christlichen Weltorganisation oder Bewegung. Es war immer eine der wichtigsten Fragen — schon wegen der erhobenen Vorwürfe —, die Zusammenhänge von christlichem Glauben und Ideologie zu berücksichtigen. Denn nichts wollten wir weniger, als diesen Glauben in die Knechtschaft irgend einer Ideologie zu stellen; ganz im Gegenteil: Es zeigte sich, daß wir alle in der Frage einmütig gewesen sind: die Verkündigung des Evangeliums — und damit auch die Einstellung der Kirchen zu den Fragen der Gegenwart — muß aus jahrhundertealten ideologischen Bindungen befreit werden, die nichts mit dem Evangelium zu tun haben und die Reinheit des Evangeliums wie auch die Freiheit eines Christenmenschen und die freie Entscheidung der Kirchen behindern. Unser Konfrontiertsein mit den Problemen der Gegenwart zwingt uns zu erneuerter und neuartiger Selbstbesinnung in allen „Loci" der Dogmatik, um zu sehen: was ist wirklich christlicher Glaube in all dem, was überliefert wird, und was erweist sich als Ideologie, die letzten Endes — wie jede Fälschung oder Entartung — für das Leben der Kirche gefährlich ist oder werden kann. In Prag wurde oft und in verschiedener Form ausgesprochen, daß jede Ideologisierung des christlichen Glaubens ein Mißbrauch des Namens Jesu Christi ist. Jede Ideologie, die sich als die ausschließliche christliche Antwort gebärdet, verfälscht das Evangelium und den christlichen Glauben. Unsere Entscheidungen sind nie ganz letztgültige, weil wir erstens immer unter verschiedenen Möglichkeiten entscheiden, zweitens mit unseren Entscheidungen nie alle zukünftigen Situationen — die sich der Kirche erst später stellen werden — im voraus „einkalkulieren" können. Deshalb vereint sich in unserer Einstellung zu den Vätern der Kirchengeschichte (bis zu denjenigen von gestern) zu gleicher Zeit Dankbarkeit und Kritik, Ja und Nein. Wir stehen mit ihnen in der Kontinuität des Glaubens und in der Diskontinuität der erst heute vollziehbaren und zu vollziehenden neuen Glaubensentscheidungen. Kurz: die Theologie steht kritisch zu den überlieferten Entscheidungen, damit das Evangelium immer wieder „entideologisiert" werde. Gefährlicher als der Mythos kann nämlich die „christliche" Ideologie für die Verkündigung werden!

Grundinhalte des christlichen Charismas werden für Außenstehende immer für Mythos gehalten werden; es wird für sie nach Feststellung des historisch Erfaßbaren „ein mythologischer Rest" bleiben. In der „Entideologisierung" geht es darum, daß die Botschaft des Evangeliums — sei sie mythologisch oder nicht —, so wie sie durch das Neue Testament in ihrer mehrstimmigen Harmonie verkündigt ist, von allem unterschieden wird, was sich als Evangelium oder als christlicher Glaube auftut.

Glaube und Ideologie

Gegenwärtig wird das Christentum sehr mit aus der Vergangenheit mitgebrachten gesellschaftlichen, weltanschaulichen, soziologischen, ja auch kirchlichen Bindungen auf Leben und Tod identifiziert. Demzufolge wird erstens das Evangelium verfälscht, zweitens wird der christliche Glaube zur Ideologie — eine ideologische Magd, ein Kampfmittel zum Zweck. Es entsteht dadurch eine lebenswichtige Aufgabe der Theologie: die des Wächteramtes wie auch der Wegweisung. Damit sind wir an einem Punkt angelangt, wo wir unsere Begriffe präzisieren müssen:

Was ist der Unterschied zwischen christlichem Glauben und einer Ideologie? Was heißt das: „ideologisiertes Christentum", „Mißbrauch des Christentums"? — Wir sind uns dessen voll bewußt, daß der christliche Glaube für einen Marxisten

oder einen atheistisch-bürgerlichen Existenzialisten nur eine „Ideologie" unter anderen ist. Jede „ideologische" Auseinandersetzung in dieser Frage mit Außenstehenden ist im Grunde verfehlt. Uns ist nur gegeben, das volle Lebenszeugnis der Kirche in Verkündigung und Gestaltwerdung, in Wort und Dienst, in Gemeinschaft nach innen und in Solidarität nach außen vorzuleben, kurz gesagt: das Evangelium zu bezeugen. Es geht darum, daß wir innerhalb der Kirche diese Frage klären und wissen, was Ideologie im Gegensatz zum Glauben ist. Der christliche Glaube ist keine Ideologie, kein geschlossenes ideologisches System, in dem alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Fragen, von den Fragen des Weltbildes bis zu den Fragen der technischen Möglichkeiten des Menschen im voraus und unfehlbar beantwortet wären. Sondern er ist nach seinem Selbstzeugnis ein „Glaube", mit der ganzen Last des menschlich „Ungewissen", das in dem Worte „Glaube" steckt. Er ist eine Hingabe, „Selbstübergabe" an die in Jesus Christus geoffenbarte Heilsbotschaft, mit den daraus folgenden existenziellen Entscheidungen für Gott und für den Menschen. Dem Sichverlassen-auf-Gott entspricht ein Ungesichertsein in der irdischen Existenz des Menschen. Die Ideologien bieten eine solche Sicherung. Der Christ, die Kirche existiert in Gott, aus Gott, der nicht unmittelbar greifbar, sondern hinter seinen Worten, seinen Verheißungen, seinen Gerichten und Gnadenerweisungen „unser Vater" ist und in allen Dingen auf unseren Glaubensgehorsam wartet. Diese „Unsicherheit" wollte z. B. „das Gesetz" — wie es die Zeitgenossen z. Z. Christi und des Paulus verstanden haben — mit einem System bannen und ideologisierte damit den alttestamentlich-prophetischen Glauben.

Das Wort „Ideologie" ist in der Zeit der Aufklärung, im Laufe des 18. Jahrhunderts entstanden, es wurde von dem Franzosen de Tracy geprägt; ein wesentliches Merkmal dieses Begriffes, an dem wir auch festhalten möchten, hat sich damit im Laufe der Zeit verbunden, nämlich der Gedanke des „falschen Bewußtseinsinhaltes". Es gebührt uns Christen nicht, hochmütig und abwertend über Ideologie im Falle nichtchristlicher Religionen und Gedankensysteme zu sprechen, solange es nachweisbar ist, daß unser christlicher Glaube, unsere christlichen Kirchen mit wesensfremdem Gedankengut durchsetzt sind. Für den inneren theologischen Gebrauch aber ist es notwendig, den Begriff Ideologie und Ideologisierung zu benützen, und zwar mit der schon erwähnten Note des falschen Bewußtseinsinhaltes. Wir wissen, welche Geschichte dieses Wort im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts durchgemacht hat. Auch das brauche ich nicht breiter darzustellen, daß die Ausführungen von Karl Marx über die Zusammenhänge zwischen Geist (Bewußtsein) und Zustand der Gesellschaft von größter Wichtigkeit für die Theologie sind, ganz abgesehen davon, welche Folgerungen er seinerseits hinsichtlich des Ursprungs und Wertes der Religion gezogen hat. Die Bedeutung liegt darin, daß seine Ausführungen die Kirche zu einer neuartigen Selbstprüfung zwingen, die leider Jahrzehnte lang nicht vollzogen wurde und heute noch höchstens in persönlichen Entscheidungen vollzogen wird. Gerade das Ausbleiben der Selbstprüfung, der Entscheidungen gegenüber der neuen gesellschaftlichen und technischen Situation weist darauf hin, daß das Christentum, wie es heute verstanden wird, weitgehend ideologisiert ist und als Ideologie gegen Ideologien auftritt, anstatt sich als Glaube zu verstehen und seine Antwort aus dem Glauben heraus zu geben. Die Fragestellung der Selbstprüfung müßte nämlich ungefähr so lauten: Wird nicht die Verkündigung des der Kirche anvertrauten Evangeliums verfälscht, indem „Christus" und „Christentum" gesagt wird, aber hinter dem Gesagten leicht nachweisbar Gruppen- und sonstige Interessen entdeckbar sind, Gedanken, die nicht wesentlich zum christlichen Glauben gehören, sondern zu einem fremden System? In solchen Fällen kommt das Christentum in wichtigen Fragen

auf einen Nenner mit einer fremden Ideologie; man tut etwas, was das Neue Testament mit dem Ausdruck „me systematizesthe" (Röm. 12, 2) untersagt und was der Verfälschung des Evangeliums gleichkommt.

Die Unterscheidung ist gar nicht so einfach. Der Glaube will Zeugnis und Gestalt werden, das gehört zu seinem Wesen. Die Aussagen des Glaubens — abgesehen davon, was die außenstehenden Menschen für Mythologie halten — haben einen logischen Zusammenhang und bilden miteinander ein System, in dem von den primären Glaubensentscheidungen bis zu der praktischen Wertordnung aller Dinge alles seinen Platz hat. Die Abnahme, das Schwinden des Glaubens im individuellen bzw. Gemeindebewußtsein bedeutet nicht das gleichzeitige Zusammenbrechen des Systems. Ein statistisches Wertsystem oder dessen einzelne Bestandteile, „Werte", können noch lange, vielleicht der ganzen Entleerung völlig unbewußt, ohne eine christliche Glaubensexistenz weiter „gehalten" werden. An Stelle des christlichen Glaubens kann ein anderes Selbst- und Weltverständnis treten. (Leere Schneckenhäuser können durch giftige Jagdspinnen in Besitz genommen werden, sie werden aber durch ihr Gehäuse nicht zu friedlichen Schnecken.) Unmerklich kann die Abnahme des Glaubens und seine Ersetzung durch fremdes Gedankengut soweit gehen, daß aus den quantitativen Änderungen qualitative werden und das „Christentum" als solches eine fragwürdige Neubildung erfährt. Es wird zu einer „Ideologie" gemacht.

Die Kirchengeschichte illustriert reichlich die Beobachtung, daß einmal in die Kirche eingesickerte, fremde, ideologische Bestandteile kaum wieder verschwinden; sie können zeitweilig unterdrückt werden, unter den Grund gehen, wie ein Karstfluß, um dann wieder aufzubrechen. So ist die Kirchengeschichte der Gegenwart, die sichtbare Ökumene, das sonderbarste „Religionsmuseum", wo man die heterogensten Ideen und Praktiken bewundern kann. Reformationen sind im Grunde Unternehmungen, die aus einer deformierten Kirche eine erneuerte, eine reformierte Kirche machen wollen. Die Kirchengeschichte schleppt von Anfang an ideologische Elemente mit, die aus einer vorchristlichen Zeit, aus nichtchristlichen Religionen und Systemen stammen (z. B. Parsismus und griechische Philosophie). Dazu kommt noch, daß die Kirche heute sowohl im Osten als auch im Westen in einem postchristlichen Zeitalter lebt. Das christliche Gehäuse ist noch da; die öffentliche Rechtsstellung der Kirche, das laute Reden über das „christliche Abendland" kann aber keinen Klarsehenden darüber hinwegtäuschen, daß wir in eine postchristliche Zeit gekommen sind, auch im sogenannten christlichen Westen. Umso größer ist die Gefahr, daß man „Christentum" sagt und doch etwas anderes meint. Umso dringender ist es, die erwähnte „neuartige Selbstprüfung" an sich vorzunehmen, über sich ergehen zu lassen.

Nehmen wir eine „Lackmus"-Frage: Wie steht es mit der Liebe in der Kirche und mit der Liebe der Kirche zur Schöpfung? Aus der Botschaft der Liebe Gottes folgt Liebe aus dem Glauben. Schwindet der Glaube, so nimmt die Liebe ab; ja, sie kann verschwinden, eine laue Liebe kann in ihren diabolischen Widersacher, in Haß, umschlagen. Der Haß hat eine besondere Neigung zur Systematisierung und ist bereit, leere Gehäuse zu übernehmen, sich in Systemen einzunisten. Der große Widerspruch, der in der Kirchengeschichte liegt, ist mit wachsender Helligkeit — wenigstens für die Verächter der Kirche und des Evangeliums — in der Tatsache zu suchen, daß der christliche Glaube während seiner Geschichte immer wieder und in wachsendem Maße zu einer Haßideologie verunstaltet werden konnte und dadurch Erscheinungen wie Bruderkriege und Inquisition (nicht auf die römisch-katholische Kirche beschränkt!) heraufbeschworen hat. In wachsendem Maße: denn keiner der alten Großinquisitoren hätte wohl seine Zustimmung zu den heutigen Massenvernichtungswaffen gegeben, die nicht nur die bösen

Menschen, sondern die gesamte Schöpfung schinden. Wie kommt es, daß Kirchen — obwohl die technische Entwicklung den Krieg als Mittel zur Schlichtung der Menschheitsfragen ad absurdum geführt hat und verantwortliche Staatsmänner die allgemeine Abrüstung zu fordern zwingt — selbst die Massenvernichtungswaffen noch theoretisch (dogmatisch-ethisch) und praktisch gutheißen können? Wie kommt es, daß das friedliebende Christentum seit Konstantin dem Großen („In diesem Zeichen wirst du siegen!") in seinem großkirchlichen Strome zu einer militanten Bewegung und das Zeichen der Erlösung zum Kriegeszeichen geworden ist?

Das „Gottesreich" und das „Reich der Bösen"

Das Evangelium Jesu Christi, er selber hat gerade diese Haßideologie überwunden, aber die Kirche hat sich nach einer gewissen Zeit den fremden Elementen des Hasses geöffnet. Die alte Umwelt war durchtränkt mit dieser Ideologie des Hasses, sie wurzelte in der altorientalischen, dualistischen Weltanschauung. Die christliche Apokalypse kennt noch die Antwort Jesu auf die große Versuchung des unschuldig erlittenen Leides: es ist nicht das Schwert, das den Christen, die Kirche als solche schützt; ihnen ist nur der Weg der hypomonee gegeben (Apok. 13, 10), das geduldige Leiden in der feindlichen Welt.

Augustinus war nicht nur Christ, er war auch mit Leib und Seele ein römischer Bürger. Er übernahm die Haltung des römischen Bürgers in politischen Fragen, natürlich in christlich überfärbter Weise. So wurde er der erste ausgesprochene „Ideologe" des westlichen Christentums, der zu einer an sich grandiosen Synthese, zu einem System gelangte, das wir heute aber keineswegs mehr mit dem neutestamentlichen Christusglauben gleichsetzen können. Wir wollen wenigstens Hauptzüge und die wichtigsten Begriffe erwähnen:

Sein am meisten bekanntes Begriffspaar „civitas Dei" und „civitas Diaboli" ist keineswegs eine ungebrochene Fortführung der Botschaft des Neuen Testamentes von der Königsherrschaft Gottes. Die Welt ist in zwei Lager geteilt, zwischen denen es keine Verhandlung, keinen Frieden und keine Koexistenz gibt — würden wir heute sagen.

Augustinus' Kirchenbegriff wurde von manichäischen Gedanken beschattet: seine hierarchisch gegliederte Heilsinstitution ist nicht die Kirche des Neuen Testaments. Die Ausschließlichkeit und Unduldsamkeit nicht ganz linientreuen Christen, d. h. Häretikern gegenüber, erinnert an die manichäische Unduldsamkeit. Die Kirche ist das sichtbare Gottesreich, das Reich der Gnade. Die Welt außerhalb der Kirche ist das Reich des Bösen. Die „civitas terrena" ist mit der Sünde verschlungen. Beide haben einen überirdischen Ursprung und stehen im Kampf miteinander. Die Weltgeschichte spielt sich in sechs Zeitaltern ab und besteht aus der Vermischung und dem Kampf beider Reiche. Der Staat ist aus Sünde; wenn er aber der Kirche dient, kann er einen gewissen Wert haben, so z. B. das Reich, wenn es die Häretiker verfolgt und bestraft und der Kirche dienstbar ist. Augustinus hat schon ein großes Stück urchristlicher Hoffnung und Eschatologie „entmythologisiert" — seiner Ideologie zuliebe, indem er z. B. das Tausendjährige Reich der Apokalypse als eine schon gegenwärtige, in der Kirche und der christlichen Ordnung realisierte Herrschaft auffaßte. Diese Vulgarisation und Säkularisation hatte bedeutsame Folgen.

In Augustinus' Augen erschien das Römerreich immer mehr als die Macht, die den Chaosmächten die Stirn bietet. Als römischer Bürger dachte er in den staatspolitischen, in gesellschaftlichen Fragen wie ein Römer. Er hat z. B. den Rechtsbegriff des „bellum justum" übernommen. Die Römer verstanden darunter Kriege, die im Interesse der Verteidigung des römischen Imperiums gegen andere

Völker geführt worden sind, die als „Barbaren" nur Kinder der Finsternis sein konnten. Er mußte es erleben, wie während seines Sterbens die „Barbaren" seine Bischofsstadt belagerten (430) ...

Dieser römische Gedanke wurde mit dem christlichen weiter verknüpft, weiter ideologisiert. Die Kirche ist „die Stadt des Lichtes" in dieser Welt, ihre Aufgabe ist der Kampf gegen die „böse Welt". Für den römischen Bürger war diese böse Welt in den rebellischen Barbaren und in den Häretikern handgreiflich, die das Reich erschütterten. Sie zu bekämpfen, auch mit der Waffe, galt als christliche Aufgabe.

Geleitet von dieser ideologischen Einstellung, die sich vom Neuen Testament sehr weit entfernt hat, kommt Augustinus zu verblüffenden Äußerungen über den Krieg, die heute bei manchen Theologen ihre Auferstehung finden, wenn diese ihn auch in seiner atomaren Gestalt zu rechtfertigen suchen, sofern er nur gegen die „böse Hälfte" der Welt gerichtet ist. Was wir heute nur noch Zynismus nennen können, mutet bei Augustinus als wirklichkeitsfremde, theologische Naivität an: „Was hat man doch an dem Krieg auszusetzen? Das etwa, daß Menschen, die doch einmal sterben müssen, dabei umkommen? Dies zu beanstanden, paßt zu Fürchtenden, nicht aber zu Gottesfürchtigen ..." Er verurteilt Gewalttaten; aber der Krieg, wenn er durch die Guten gegen die Bösen geführt wird, ist eine gottgefällige Arbeit.

Wir können diese Wandlung im Vergleich zum Neuen Testament nur als Ideologisierung oder auch als Säkularisierung des Evangeliums bezeichnen. Es war der Weg, auf dem Glauben zur Weltanschauung wurde. Die Periodisierung des Weltgeschehens in den Geschichtsphilosophien Hegelscher Art, die Verteilung der Wirklichkeit, der Schöpfung Gottes, in zwei Bereiche, die harte calvinische Formulierung der Lehre von der doppelten Prädestination und so manche andere Lehre sind schon bei Augustinus da. Sein Einfluß im Westen war nicht allein segensreich, sondern in mancher Beziehung auch von schweren Folgen.

Vom „Konstantinischen Christentum" zur „Moralischen Aufrüstung"

Der Zerfall des römischen Imperiums, die Bekehrung der europäischen Völker zum Christentum, meistens mit dem Schwerte, die Zusammenfassung der westlichen Kirchen unter die Oberhoheit Roms, die Entstehung der Papstkirche mit dem Machtanspruch auf die ganze christliche Welt, der Streit der kirchlichen und der weltlichen Kräfte wegen der weltlichen Machtansprüche der Päpste, die Kreuzzüge, die vor allem der Vergrößerung der kirchlichen Macht dienen sollten — alle diese Ereignisse in der Kirchengeschichte hängen tief mit der Ideologisierung des Christentums, mit dem Mißbrauch des Namens Jesu Christi zusammen. Das klingt vielleicht etwas übertrieben. Wer aber Schriften gelesen hat, die vor einiger Zeit in fast alle westeuropäischen Familien gesandt wurden, der weiß, wie tragisch ernst und wahr die Sache ist. Ich denke an das Heft mit dem Titel „Ideologie und Koexistenz" (das die Post sogar bis nach Debrecen in Ungarn brachte) und an eine Veröffentlichung in Buchform mit dem Titel „Amerika braucht eine Ideologie" von P. Howard und P. Campbell aus dem Informationsdienst der „Moralischen Aufrüstung". Man bietet hier Elemente des christlichen Glaubens, ja sogar das ganze Christentum als geeignete Ideologie zu Diensten für die Selbsterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an. Es wird hier behauptet, daß der dritte Weltkrieg bereits angefangen hat. Zwei Ideologien kämpfen. Die eine sagt, die Welt soll durch Gottes Geist beherrscht werden. Die andere Ideologie ist der Kommunismus, der da sagt, der Mensch soll „ durch die Ausbeutung des anderen Menschen" die Welt beherrschen. Die Welt hat nicht zwi-

schen Krieg und Koexistenz zu wählen, sondern zwischen Aufrüstung oder Kommunismus. — Das ist keine Karikatur, sondern die getreue Wiedergabe der Thesen der Moralischen Aufrüstung.

Aber genug der Beispiele, fassen wir die Probleme zusammen. Wir leben in einer Welt, die dauernd durch den Atomkrieg bedroht wird. In dieser Situation reichen alte Kunstgriffe der christlichen Moraltheologie nicht mehr aus, um der Sache, dieser Lage gerecht zu werden. Es gibt nur einen praktischen Weg aus dieser Lage hinaus: die allgemeine Abrüstung.

Für uns, Glieder und Theologen der christlichen Kirche, entsteht durch diese Weltsituation die Forderung nach einer neuartigen theologischen Besinnung auf Wesen und Auftrag, auf Gestalt und Dienst der Kirche in dieser Welt, denn es sieht sehr danach aus, daß wir nicht mehr „Licht in der Welt" und „Stadt auf dem Berge" sind. Wir müssen fragen, wo und wie wir als Kirche den Weg verfehlt haben, wo und welche schlechte Antwort wir auf die großen Fragen der Menschheit gegeben, die gute aber nicht gegeben haben. Es genügt nicht, den Weg bis zu den Vätern der Reformation oder zu den Vätern der alten Kirche zurückzugehen. Wir müssen zurück zum Neuen Testament, ja zu der ganzen Bibel. Ich sagte „zurück". Ich sollte mich besser ausdrücken: Vorwärts — zu einem besseren Verständnis der biblischen Botschaft und zu einem besseren Gehorsam unter dieser Botschaft! Vorwärts, als eine Kirche, die nicht herrscht, sondern bezeugt, die nicht befiehlt, sondern gehorsam ist, nicht sich dienen läßt, sondern dient, nicht sich absondert, sondern als Licht und als Salz in diese Welt hineingeht. Jedes exklusive Feindverhältnis zu unserer Umwelt müssen wir ablehnen und der Welt, „der Stadt Bestes" suchen.

Wer die Problematik des Friedenmachens in der Gegenwart kennt, weiß, wie große Aufgaben, welche Arbeit auf uns in unserer eigenen Kirche wartet. Wir müssen in unserer Kirche so leben, daß sie wahrlich „sooma Christuu", ein Körper sei, an dem Christus in dieser Welt sichtbar wird; damit die Welt nicht sagen könne: die Kirche ist nichts mehr als ein Überbleibsel aus einer vergangenen Gesellschaftsordnung. Je mehr die Verwirklichung des „sooma Christuu" gelingt (geschenkt wird), desto wirklicher wirken sich die Verheißungen aus, die ihr gegeben wurden.

Die ökumenische Bedeutung der Prager Christlichen Friedenskonferenz liegt darin, daß sie, durch die wichtigsten Gegenwartsfragen der Menschheit (Erhaltung des Friedens, Bannung des Atomkrieges und des Krieges, Befreiung von der ungeheuren Last der Aufrüstungskosten usw.) aufgerüttelt, in einer neuartigen Selbstbesinnung auf Wesen und Auftrag der Kirche beschäftigt ist und alle Kirchen an ihrer eigenen Stelle zu solcher Besinnung und zu entsprechenden Taten aufruft. Es ist eine herrliche theologische Arbeit, die gerade angefangen hat.

(Der Aufsatz mußte aus technischen Gründen gekürzt erscheinen. D. Red.)

Blätter für deutsche und internationale Politik

Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

IX. Jahrgang | Mai 1964 | Heft 5

In eigener Sache

Mit Beginn des Monats Mai 1964 sind dem bisherigen Herausgeberkreis der „Blätter für deutsche und internationale Politik" beigetreten:

Prof. Dr. Anton Neuhäusler,
Ordinarius für Philosophie an der Pädagogischen Hochschule der Universität München;

Rechtsanwalt Prof. Dr. jur. Harold Rasch,
Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt;

Viktor Renner,
ehemals Innenminister des Landes Baden-Württemberg;

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder,
Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Bonn;

Prof. D. Ernst Wolf,
Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Göttingen.

Aus gesundheitlichen Gründen scheidet der Mitbegründer der Zeitschrift General a. D. Dr. jur. Franz Beyer aus dem Herausgeberkreis aus. Der Verlag möchte ihm auch an dieser Stelle für seine bisherige Mitarbeit herzlich danken.

Die Erweiterung der Herausgeberschaft der Zeitschrift fällt in eine Periode des Umbruchs der Weltpolitik. Hoffnungen auf Bewahrung des Friedens durch vorerst noch behutsam sich äußerndes Einvernehmen zwischen West und Ost erscheinen begründet. Das in der Periode des Kalten Krieges eingefrorene Deutschland-Problem wird neuen Entwicklungen zugänglich. So ist in diesem Augenblick die Erweiterung des Herausgeberkreises ein Bekenntnis zur Notwendigkeit einer konstruktiven neuen Politik und ein Beweis für die wachsende Anerkennung und Resonanz der nunmehr im 9. Jahrgang erscheinenden Zeitschrift. Die Zeit selbst hat die Richtigkeit der in den „Blättern" vertretenen Analysen, Forderungen und Prognosen bestätigt.

Die „Blätter" werden wie bisher ein freies, nach allen Seiten unabhängiges Forum zur ernsthaften Behandlung der deutschen und internationalen Probleme und Ereignisse sein. Sie treten ein für die Bewahrung von Geist und Buchstaben des Grundgesetzes, für den sachlichen Pluralismus und die parlamentarische Demokratie. Die Zeitschrift begrüßt und fördert alle Bemühungen internationaler und deutscher Entspannungspolitik; sie bejaht den friedlichen Leistungswettbewerb zwischen West und Ost und ein militärisches Disengagement, sie unterstützt regionale und weltumfassende Abrüstungsbemühungen.

Die Zeitschrift ist kein Organ politischer Orthodoxie. Sie ist niemandem, keiner Konfession, keiner Sozialgruppe und keiner Partei verpflichtet oder gar dienstbar. Herausgeber, Mitarbeiter, Bezieher und Leser der „Blätter" kommen aus unterschiedlichen geistigen und politischen Richtungen. Es ist der Wunsch nach Weltoffenheit, Toleranz und politischer Vernunft, der sie eint. An diese Kräfte, die sie in allen Kreisen sucht, appelliert die Zeitschrift. Die Würde des Menschen und die Verantwortung vor „Gott und den Menschen" (Grundgesetz) sind ihr Leitmotiv.

Wir hoffen, auch künftig das Vertrauen und die Zustimmung unseres Bezieher-, Leser- und Freundeskreises zu besitzen.

Köln, im Mai 1964 — Pahl-Rugenstein Verlag

Chronik des Monats April 1964

1. 4. — Brasilien. Das gegen den amtierenden Präsidenten und seine Pläne für weitreichende Sozial- und Bodenreformen revoltierende „Militär-Kabinett" setzt Truppeneinheiten gegen Brasilia in Marsch. Präsident Goulart muß die Hauptstadt verlassen und trifft am 4. 4. in Montevideo ein. In einer Erklärung der Regierung von Uruguay heißt es, Goulart werde nicht als politisch Exilierter, sondern als Flüchtling betrachtet, da er nicht auf seine rechtmäßige Präsidentschaft verzichtet habe. Die regierenden Militärs ordnen Haussuchungen in den Büros der Gewerkschaften und zahlreiche Verhaftungen an. Über ausländische Nachrichtendienste wird die Zensur verhängt. — Am 10. 4. erläßt das Kriegsministerium ein Dekret zur Annullierung aller Parlamentsbeschlüsse für die Dauer von zwei Monaten. 40 Parlamentarier verlieren ihre Mandats- und Immunitätsrechte. — Am 11. 4. wird General Castello Branco zum Präsidenten gewählt.

2. 4. — Reisesperre. Das in Westberlin tätige „alliierte Paßbüro", in dem Vertreter der USA, Großbritannien und Frankreich über die Ausstellung befristeter Reisepapiere an DDR-Bürger zum Besuch der NATO-Länder entscheiden, modifiziert seine bisherigen Bestimmungen. Zukünftig sollen Sportler, Künstler und Wissenschaftler häufiger Reisegenehmigungen erhalten.

— Jemen. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen steht der Angriff britischer Streitkräfte auf die Ortschaft Harib zur Debatte, bei dem am 18. März 25 Jemeniten getötet wurden. Arabische Sprecher fordern Garantien gegen eine Wiederholung und den „sofortigen Rückzug der gegen den Jemen konzentrierten Truppen". — Am 9. 4. verurteilt der Rat bei Stimmenthaltung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten die britische Aktion. Frankreich stimmt der Resolution zu.

3. 4. — Weltkommunismus. Die Moskauer „Prawda" veröffentlicht eine bis dahin geheimgehaltene Rede des Parteipräsidiumsmitglieds Suslow vor dem Zentralkomitee der KPdSU am 14. Februar, in der die politischen Ansichten der kommunistischen Partei Chinas zurückgewiesen werden. Suslow bekräftigt die „friedliche Koexistenz" als Grundsaz der künftigen sowjetischen Außenpolitik und befürwortet die Einberufung einer kommunistischen Weltkonferenz zur Diskussion aller Streit-

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Ist die deutsche Wirtschaft noch gesund?

Bemerkungen zur „permanenten Inflation"

Die Propheten der Konjunktur hatten uns für 1964 ein gutes Jahr vorausgesagt. Sie konnten auf steigende Auftragseingänge in den meisten Industriezweigen, insbesondere auch aus dem Ausland, und eine langsam wieder zunehmende Investitionsneigung der Unternehmer verweisen. Sie durften mit einer Beschleunigung des Wachstumstempos, mit einer Erhöhung der Masseneinkommen im Rahmen einer weiteren Erhöhung des Sozialprodukts, mit befriedigenden Erträgen der Unternehmungen und mit einer Sparrate auf weiter hohem Niveau rechnen. Ihre Prognosen waren gewiß wohl fundiert.

Auch heute besteht kein Anlaß, an der Richtigkeit dieser Prognosen zu zweifeln, sofern nicht ganz unerwartete Ereignisse eintreten. Und doch kann sich der Tieferblickende von einer Sorge nicht freimachen, die für ihn das Bild unserer Zukunft erheblich verdunkelt. Es ist die Sorge um die Stabilität der deutschen Währung, um die Erhaltung der Kaufkraft der Deutschen Mark.

I

Selbstverständlich ist nicht jede Preiserhöhung Ausdruck einer inflationistischen Aufblähung des Geldvolumens. Wenn die Preise landwirtschaftlicher Produkte bei uns erhöht oder nicht gesenkt werden, so liegt der Grund hierfür meist in ganz bewußt getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Interesse der Landwirtschaft. Man mag diese Maßnahmen begrüßen oder bekämpfen, mit Inflation haben sie nichts zu tun. Die Höhe der Mieten in frei finanzierten Wohnungen ist weitgehend eine Folge der Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil des Kapitalangebots planmäßig in den sozialen Wohnungsbau gelenkt wird, um dort künstlich niedrig gehaltene Mieten zu ermöglichen — das verteuert natürlich das verbleibende Kapitalangebot. Die Kosten persönlicher Dienstleistungen mußten seit Kriegsende aus mancherlei Gründen auch ohne jede Geldentwertung ständig steigen und werden es weiter tun.

Nur allgemeine Preissteigerungen haben gewöhnlich ausschließlich oder vorwiegend monetäre Ursachen.

Die deutsche Öffentlichkeit ist gewohnt, den Grad der Entwertung unseres Geldes an dem amtlichen Preisindex für die Lebenshaltung zu messen, wie er laufend vom Statistischen Bundesamt ermittelt wird. Dieser „Preisindex für die Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppen" ist seit der Währungsreform von 1948 bis zum Jahre 1963 um 22%, vom Durchschnitt des Jahres 1950 an (wo er niedriger lag als im 2. Halbjahr 1948) bis 1963 um 32% gestiegen. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß die ersten Jahre nach der Währungsreform kein besonders geeigneter Ausgangspunkt für einen Preisvergleich darstellen. Auch hat eine kürzliche Untersuchung des Aussagewerts des Preisniveaus für die Lebenshaltung, die die Deutsche Bundesbank gemacht hat, u. a. ergeben, „daß der Index über einen längeren Zeitraum hinweg die Verteuerungstendenzen etwas zu übertreiben tendiert"[1]). Aber eine ständige Steigerung der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten über mehr als ein Jahrzehnt hinweg ist schlechterdings nicht zu bestreiten. „Sicher hängt das damit zusammen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik ... im letzten Jahrzehnt unter dem Einfluß einer praktisch permanenten Übernachfrage stand, die in der Anspannung des Arbeitsmarktes, d. h. des Marktes des universellsten Produktionsfaktors, deutlich zum Ausdruck kam."

Dabei spielte „eine entscheidende Rolle ... zweifellos, daß sich die Bundesrepublik in dieser Zeit fast ständig im Sog internationaler Inflationstendenzen befand, die einen Zahlungsbilanzüberschuß in der Bundesrepublik nahezu permanent werden ließen und auf diese Weise die monetären Voraussetzungen für die anhaltende Steigerung der Kosten und Preise schufen"[2]).

Es mag nützlich sein, diese Feststellungen der Bundesbank etwas näher zu erläutern.

II

Seit 1951 hat die Bundesrepublik alljährlich mehrere Milliarden DM Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland erzielt. Auch unter Berücksichtigung unserer unentgeltlichen Leistungen an das Ausland (Entwicklungshilfe, Wiedergutmachungszahlungen, Verwaltungskosten internationaler Institutionen, private unentgeltliche Zuwendungen) ergab sich — mit Ausnahme des Jahres 1962 — regelmäßig ein mehr oder weniger beträchtlicher Aktivsaldo in der „Bilanz der laufenden Posten". Der Saldo der lang- und kurzfristigen Kapitalleistungen schwankte demgegenüber, in manchen Jahren hatten wir zusätzlich zu den erwähnten Überschüssen auch noch einen Netto-Kapitalimport, in anderen einen Netto-Kapitalexport zu verzeichnen. Als Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs errechnete sich in den Jahren 1959, 1961 und 1962 ein Defizit, in allen übrigen Jahren ein Überschuß. Dementsprechend verminderte (1959, 1961, 1962) bzw. erhöhte (übrige Jahre) sich — unter Berücksichtigung gewisser Restposten der Zahlungsbilanz (nicht erfaßte Beträge und statistische Ermittlungsfehler) — der Saldo unserer Devisenbilanz.

Für das vergangene Jahr 1963 mag das Gesagte durch folgende Übersicht verdeutlicht werden:

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz[3])
Mill. DM

Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs		
Handelsbilanz		+ 6032
Dienstleistungsbilanz		— 1434
Saldo		+ 4598
Saldo der unentgeltlichen Leistungen (Überschuß der eigenen Leistungen)		— 3600
Bilanz der laufenden Posten		+ 998
Saldo der Kapitalbilanz (Kapitalimport)		
Saldo der langfristigen Kapitalleistungen	+ 2145	
Saldo der kurzfristigen Kapitalleistungen	267	+ 2412
Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs		+ 3410
Restposten der Zahlungsbilanz		— 838
Saldo der Devisenbilanz (Erhöhung der Devisenbestände)		+ 2572

Was bedeuteten nun materiell die ständigen Überschüsse in unserem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, die, durch unentgeltliche Leistungen und Kapitalexport nur in einzelnen Jahren überkompensiert, zu einer laufenden Erhöhung der Devisenbestände der Bundesbank führten? Sie bedeuteten nichts anderes, als daß die Bundesrepublik G ü t e r e x p o r t i e r t e, für die unsere Volkswirtschaft eine r e a l e G e g e n l e i s t u n g n i c h t erhielt. Die Exporteure, die ja ihre eigenen Lieferanten und Arbeitnehmer bezahlen mußten, waren selbstverständlich genötigt, die von ihnen erlösten Devisen an ihre Ban-

ken zu veräußern, diese dienten die Überschüsse über den laufenden Devisenbedarf der Bundesbank an, die Bundesbank ihrerseits schrieb den Geschäftsbanken den Gegenwert in DM gut. Damit erhöhte sich der Geldumlauf, ohne daß ihm ein entsprechendes Angebot an Gütern und Leistungen gegenüberstand. Die Überschüsse unserer Devisenbilanz waren zur Quelle einer Inflationierung der Währung geworden.

Die Bundesbank hat sich schon in den fünfziger Jahren auf die verschiedenste Weise bemüht, dieser Entwicklung mit den ihr gegebenen Mitteln entgegenzuwirken. Ein wirklich durchschlagender Erfolg blieb ihr versagt. Nach langem, viel zu langem Zögern entschlossen sich dann Bundesregierung und Bundesbank im März 1961 gegen stärksten Druck der exportorientierten Industrie, die deutsche Währung um 5% aufzuwerten, den amtlichen Dollarkurs von 4,20 auf 4,— DM/$ herabzusetzen. Eindeutiger Zweck dieser Maßnahme war es, die Einfuhr in die Bundesrepublik zu verbilligen und dadurch zu fördern, die Ausfuhr dagegen — die den Exporteuren bei gleichen Aufwendungen der ausländischen Abnehmer nach der Aufwertung der deutschen Währung ja einen geringeren Erlös in DM brachte — zu dämpfen. Dieses Ziel wurde bis zu einem gewissen Grade auch erreicht. Der Aktivüberschuß in der Bilanz der laufenden Posten ging im Jahre 1961 gegenüber dem Vorjahr um fast 1,9 Mrd. DM zurück und verwandelte sich 1962 in einen Passivsaldo. Die Devisenbestände der Bundesbank verminderten sich 1961 auch im Zusammenhang mit einem hohen Kapitalexport.

III

Seit Februar 1963 änderte sich das Bild allerdings wieder. Die Devisenbilanz der Bundesrepublik wies erneut fast ständig Überschüsse auf, im Laufe des Jahres die oben erwähnten 2572 Mill. DM. Anlaß waren in erster Linie erhebliche Exportüberschüsse im Verkehr mit Frankreich (937 gegenüber 170, 160 und 204 Mill. DM in den Jahren 1962, 1961 und 1960) und vor allem Italien (1763 gegenüber 371, 342 und 215 Mill. DM in den drei Vorjahren)[4]). Die inflationistische Geld- und Kreditgebarung dieser Länder hatte deren Importe aus der Bundesrepublik mit ihrer bisher solideren Finanz- und Währungspolitik in die Höhe getrieben. Dazu kam ein erneuter Kapitalimport in Höhe von 2,4 Mrd. DM. So wurden auch wir abermals in den „Sog internationaler Inflationstendenzen" hineingezogen.

Obwohl diese Entwicklung jedem, der die Monatsberichte der Bundesbank oder auch nur Auszüge aus ihnen las, seit Herbst 1963 klar sein mußte, ließ die Bundesregierung die Dinge zunächst wieder treiben. Ein Teil der Handelspresse bagatellisierte die Gefahren einer weiteren inflationistischen Aufblähung der Währung, erklärte einen „gewissen Kaufkraftschwund" als unvermeidliche Begleiterscheinung einer dynamisch orientierten Wachstumswirtschaft und suchte den Bürger, der die weitere Geldentwertung in steigenden Preisen zu spüren bekam, damit zu trösten, daß andere Länder es wesentlich schlimmer trieben (was sicher richtig, aber für alle Festbesoldeten und Sparer — zumal in einem inflationserfahrenen Land wie Deutschland — nur ein schwacher Trost war). Erst im März 1964 entschlossen sich Bundesregierung und Bundesbank zu einigen energischeren Maßnahmen. Die Bundesbank setzte u. a. die Mindestreserven, die in unverzinslichen Guthaben bei ihr gehalten werden müssen, für ausländische Einlagen auf den zulässigen Höchstbetrag (von 30% für Sichteinlagen) fest und verbot den Banken die Verzinsung ausländischer Termineinlagen. Ferner kündigte die Bundesregierung die Einführung einer Kapitalertragssteuer von 25% auf die Zinserträge ausländischer Besitzer festverzinslicher Wertpapiere deutscher Schuldner an. Alle diese Maßnahmen sollten bezwecken, den Kapitalimport in die Bundesrepublik zu drosseln, den Zufluß ausländischer Devisen abzuwehren

und eine der wichtigsten, wahrscheinlich die wichtigste Quelle für die Inflationierung der Währung zu verstopfen.

IV

Es ist nicht verwunderlich, daß sich gegen die Steuerpläne der Regierung alsbald Widerspruch erhob — ihre Durchführung würde in der Tat manche Probleme aufwerfen[5]). Doch davon soll hier im einzelnen nicht die Rede sein. Was uns interessiert, ist eine bedeutsamere Frage. Handelt es sich, das wollen wir wissen, bei der heutigen Lage um — gewiß unangenehme, aber doch — voraussichtlich mehr oder weniger rasch vorübergehende und ohne allzu scharfe Maßnahmen überwindbare Schwierigkeiten — oder ist die gegenwärtige Situation etwa Ausdruck einer ernsteren Krankheit, die nicht ohne schmerzliche Eingriffe geheilt werden kann? Ist die deutsche Wirtschaft alles in allem noch gesund?

Um auf diese Frage zu antworten, müssen wir uns über folgendes klar sein: Ständige Aktivüberschüsse im Außenhandel eines Landes sind unbedenklich, wenn sie von einem entsprechenden Kapitalexport begleitet sind, denn dann wird die auf den Überschüssen beruhende Geldschöpfung durch eine Stillegung von Inlandskaufkraft in gleicher Höhe kompensiert. Ein derartiger Kapitalexport kennzeichnete die Zahlungsbilanz der großen Industriestaaten, namentlich Englands, vor dem Ersten Weltkrieg. Die Bundesrepublik hatte seit ihrem Bestehen nur in einzelnen Jahren einen Netto-Kapitalexport aufzuweisen, der genügte, um den — nach Berücksichtigung erheblicher unentgeltlicher Zahlungen — verbleibenden Überschuß unserer Leistungen im Verkehr mit dem Ausland auszugleichen. Angesichts des verhältnismäßig hohen natürlichen Zinsniveaus bei uns ist das auch nicht verwunderlich. In den beiden letzten Jahren hatten wir sogar noch einen Netto-Kapitalimport.

Volkswirtschaftlich bedeutet diese Feststellung über unsere bereits gewonnene Erkenntnis hinaus, daß wir laufend E x p o r t e tätigen, d i e — gemessen an den Erfordernissen einer soliden Geschäftsgebarung — u n s e r e L e i s t u n g s k r a f t ü b e r s t e i g e n. Infolge der Inflationspolitik unserer Nachbarländer sind deutsche Waren für diese — die die DM ja zu unveränderten Wechselkursen erwerben können — relativ billig, Importe von dort für uns vergleichsweise teuer. Der entstehende Aktivüberschuß im deutschen Außenhandel wird nicht durch einen entsprechenden Kapitalexport — der dem inländischen Kreislauf Geld entzöge —, sondern von der Notenbank finanziert, was zu einer Aufblähung des Geldvolumens und damit natürlich zu entsprechenden Preissteigerungen führt. Im Ergebnis werden deutsche Exporte zu Lasten der Stabilität unserer Währung an das Ausland verschenkt. Der Rentner und Sparer subventioniert aus seinem Einkommen und Vermögen die Exportindustrie. Das Übel wird noch schlimmer, wenn nun auch noch ein größerer Kapitalimport stattfindet. Wird etwa — wie es ja in weitem Umfang geschehen ist — Bundesanleihe von ausländischen Käufern erworben[6]), so stehen der öffentlichen Hand bei uns neue Mittel zur Verfügung, die zusätzliche Kaufkraft im Inland schaffen und weitere Preissteigerungen hervorrufen müssen.

V

Es bleibt abzuwarten, wie die jüngst beschlossenen und in Aussicht genommenen Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank sich auswirken werden. Schwerlich werden sie, da sie nur den Kapitalimport und — nach amtlichen Auslassungen — auch nur den Zustrom „schwarzer" Gelder treffen sollen, das Problem unserer ständigen Außenhandelsüberschüsse und der durch sie importierten Inflation lösen können. Um diese zu bekämpfen, werden für den Fall, daß es

nicht gelingt, die übrige Welt zu einer solideren Währungspolitik zu veranlassen, u. a. folgende Schritte erörtert:

Erneute Einführung einer Devisenzwangswirtschaft (Rechtsgrundlage: § 23 des Außenwirtschaftsgesetzes), zur Zeit mit dem Ziel, nicht einen unerwünschten Abfluß, sondern einen nicht minder unerwünschten Zufluß von Devisen zu verhindern;

Erneute Aufwertung der DM, um deutsche Exporte zu dämpfen, Importe zu fördern;

Übergang zu einem System flexibler Wechselkurse, das die Bundesbank nicht länger zwingen würde, beliebige Mengen inflationierter Währungen zu einem festen Kurs, d. h. heute viel zu teuer, anzukaufen und damit das Gift der ausländischen Inflation auch auf den deutschen Wirtschaftsorganismus zu übertragen;

Steuerliche Maßnahmen zu dem Zweck, einerseits die Ausfuhr deutscher Waren und Leistungen zu bremsen, die Einfuhr ausländischer Güter zu erleichtern, andererseits deutsche Kapitalanlagen im Ausland anzuregen;

Rückzahlung deutscher Auslandsschulden[7];

Übernahme der aus den Überschüssen der Zahlungsbilanz anfallenden Devisen auf den Bundeshaushalt.

Einen der ersten drei dieser Wege zu beschreiten, wäre mehr oder weniger scheußlich. Die Einführung einer Devisenzwangswirtschaft brächte die sattsam bekannten Mängel bürokratischer Reglementierungen mit sich, die vergleichsweise harmlos anfangen und schon wegen der sofort zu erwartenden Umgehungsmanöver mit einem allumfassenden System willkürlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben, Leerlauf und Korruption enden. Eine erneute Aufwertung der DM wäre, von anderen Einwendungen abgesehen, kein Schutz gegen weitere Inflation im Ausland, die uns bald abermals vor die Frage einer Wechselkursänderung stellen könnte. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen schließlich, von manchen Theoretikern als das im Grunde gegebene Heilmittel empfohlen, würde — soweit uns im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen überhaupt gestattet — einen tiefen Einbruch in das System der Ordnung der Währungen der westlichen Welt bedeuten, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet worden ist und sich in vieler Hinsicht doch bewährt hat; er würde die Volkswirtschaft der Bundesrepublik in bedenklicher Weise aus dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang herauslösen und mit einer übermäßigen Schrumpfung unseres Außenhandels vielleicht einen allzu teuren Preis entrichten.

In jedem Fall steht die Bundesregierung, wie schon in den fünfziger Jahren, aber in verstärktem Maße, vor einem schwierigen Dilemma. Entweder läßt sie die Dinge nach dem politischen Rezept der CDU „Keine Experimente" weiter treiben: dann muß bei einem System fester Wechselkurse jede Fortsetzung einer Inflationspolitik im Ausland oder auch — nach zeitweiliger Unterbrechung — jede neue unsolide Geldgebarung dort ansteckend auf die Bundesrepublik wirken und den Inflationsmechanismus auch bei uns in Gang halten oder wieder in Gang setzen, und das könnte, trotz der Lammgeduld der Sparer und Rentner, im nächsten Jahr doch Wählerstimmen, vielleicht gerade die entscheidenden Stimmen, kosten (wobei dahingestellt bleibe, ob diese Stimmen etwa aus einem christlich-demokratischen Regen in eine sozialistische Traufe führen würden). Oder aber die Regierung unternimmt wirklich energische Schritte zur Bekämpfung der Inflation: dann läuft sie Gefahr, den Zorn der Großen der Wirtschaft hervorzurufen und dazu das ganze Heer der Verbandsgeschäftsführer und Gewerkschaftsunktionäre mobil zu machen, die über die „Gefährdung lebenswichtiger Exportinteressen", eine „verbrecherische Deflationspolitik" und „drohende Arbeitslosigkeit"

wehklagen werden. Bundesregierung und Bundesbank sind wahrlich nicht zu beneiden.

VI

Damit kommen wir zu einem Kernpunkt des Problems:

Wer seit der Währungsreform laufend die ausgezeichnete Arbeit des Direktoriums der Bank Deutscher Länder, später der Deutschen Bundesbank, insbesondere des am 3. Februar d. J. allzu früh verstorbenen Dr. Eduard Wolf verfolgt hat, wird sich der immer wiederholten Hinweise der Bank erinnern, daß auch eine „unabhängige" Notenbank die Stabilität des Geldwerts im ganzen nicht gewährleisten könne, wenn sie nicht durch die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik des Landes unterstützt werde. Der Präsident der Landeszentralbank von Bayern, Carl Wagenhöfer, hat diese Hinweise nochmals wie folgt zusammengefaßt[8]):

> „Das Verhältnis der Bundesbank zum Staat ist im Bundesbankgesetz grundsätzlich so geregelt, daß die Bundesbank frei und unabhängig von Weisungen der Regierung ist; die notenbankpolitischen Entscheidungen können jedoch naturgemäß nicht im ‚luftleeren Raum' getroffen werden. Schon die wirtschaftlichen Daten, mit denen die Notenbank zu rechnen hat, werden von wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Regierungen und Parlamente entscheidend mitbestimmt. Zum Teil werden notenbankpolitische Maßnahmen dadurch auch durchkreuzt, so insbesondere durch die Subventionspolitik, wenn sie sich nicht nur auf einen Ausgleich globaler Maßnahmen im einzelnen beschränkt, sondern wie z. B. bei der Wohnungsbaufinanzierung selbst global wirkt. Dazu kommt, daß infolge des hohen Anteils der öffentlichen Hand an der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage, der bei uns über dem Durchschnitt der westlichen Länder liegt, rund 40% des Bruttosozialprodukts weitgehend der Beeinflussung durch die Geld- und Kreditpolitik der Notenbank entzogen sind. Schließlich hat die Bundesbank nach dem Gesetz auch die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen, allerdings ‚unter Wahrung ihrer Aufgabe'."

Eine einheitlich konzipierte und durchgeführte Wirtschafts- und Finanzpolitik hat es in der Bundesrepublik niemals gegeben. Der frühere Bundeskanzler, ohne tieferes Verständnis und Interesse für volkswirtschaftliche Zusammenhänge, war in erster Linie bestrebt, jedermann bei guter Laune zu erhalten. Auch die Wirtschaftspolitik (im weitesten Sinn) mußte diesem Ziel dienen. Dabei war die Taktik des „Divide et impera!" gegenüber den Fachministern wichtiger als die Sache. Zwar gab es ein engeres Wirtschaftskabinett, aber dieses ist nie zu Bedeutung gelangt. Die Abneigung des früheren Wirtschaftsministers, jetzigen Bundeskanzlers Erhard gegen alles, was auch nur im entferntesten nach „Planung" aussah, hat sicher erheblich dazu beigetragen.

Das waren die Grundlagen jenes innerpolitischen Klimas der Bundesrepublik, in dem nationalökonomisch sachwidrige, aber taktisch offenbar nützliche Wahlgeschenke der Regierungspartei oder der Koalitionsparteien eine so überragende Rolle spielten. Die Unternehmer sollten kräftig verdienen, aber auch die Gewerkschaften keinesfalls verärgert werden. Daß die Bauern besonders gestreichelt wurden, verstand sich von selbst. Die Masse der Sozialrentner — die politisch eine Macht darstellte — wurde durch „dynamische" Renten nicht nur an der echten Erhöhung des Sozialprodukts interessiert, sondern zugleich auch gegen die ständige Verringerung der Kaufkraft des Geldes einigermaßen abgesichert, — ob dieses System langfristig solide fundiert war, interessierte wenig. Wer nur laut genug zu schreien verstand, konnte sicher sein, nicht überhört zu werden, und das verstanden schließlich die Geschäftsführer der Organisationen, jene

„bezahlten Klageweiber", wie sie Adolf Lohse vom Hause Siemens einmal witzig genannt hat. Das Ergebnis war eine Ordnung des Wirtschaftslebens, die sich von der eigentlichen Konzeption einer „sozialen Marktwirtschaft" immer mehr entfernte und in einer Subventionierung aller durch alle endete.

> „Subventionen sind grundsätzlich als systemwidrig abzulehnen. Anerkennen kann man sie nur dort, wo sie als kurzfristige Anpassungshilfen den zum Wesen einer Marktwirtschaft gehörenden Preismechanismus nicht nachhaltig stören. Auch Subventionen, die sich auf eine außerökonomische Motivierung berufen können, bedürfen der Überprüfung unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wer aus außerökonomischen Erwägungen Subventionen fordert, sollte sich bewußt sein, daß der dafür zu zahlende Preis ein Mehrfaches des eigentlichen Subventionsbetrages ausmacht und daß im Hintergrund derartiger Subventionsmaßnahmen immer die Gefahr einer fortschreitenden Durchbrechung der marktwirtschaftlichen Ordnung steht."

So hieß es in den Vorbemerkungen zum Bundeshaushalt 1959. Der damalige Bundesfinanzminister, Franz Etzel, fügte im Bundestag hinzu: „Subventionen sind ein Krebsschaden der Demokratie." Dennoch sind die Subventionen des Bundes an die verschiedensten Empfänger seit 1959 stetig weiter gewachsen: von 14,4 auf 22,4 Mrd. DM im Jahre 1963. Dabei erfassen diese Zahlen des Bundesfinanzministeriums keineswegs alles, was unter dem Begriff Subventionen eingeordnet werden könnte[9]).

Aber eine derartige Praxis erforderte eben ihren Preis. Und dieser Preis bestand nicht nur in einem ständigen Verlust an moralischer Substanz der Gemeinschaft — was geht diese den einzelnen an, wenn nur noch die Devise „Enrichissez-vous" gilt? Er bestand auch, ganz nüchtern gerechnet, in einer ständigen Entwertung unseres Geldes. Nicht nur der „Sog internationaler Inflationstendenzen", auch die eigene Finanzgebarung der Bundesrepublik hat wesentlich zu jener „permanenten Übernachfrage" beigetragen, von der der eingangs zitierte Bericht der Bundesbank spricht. Den Preis bezahlten wie immer die sozial Schwächsten und zugleich am schwersten Organisierbaren, die älteren Festbesoldeten, die Privatrentner, deren Einkünfte nicht „dynamisch" an die Geldentwertung gekoppelt waren, die Sparer. Sie werden in Zukunft aller Voraussicht nach noch erheblich mehr bezahlen müssen.

Eine Analyse des Bundeshaushalts 1964, die soeben das Institut „Finanzen und Steuern" veröffentlicht hat[10]), gelangt in dieser Hinsicht zu recht deutlichen Schlußfolgerungen:

> „Das Ergebnis ist, daß der Bundeshaushalt 1964 zwar gedeckt werden kann, daß aber die Deckung nur durch eine Verschiebung von Ausgaben auf 1965 und damit auf Kosten des Haushalts 1965 sowie durch Einstellung eines Globalansatzes erreicht wird, dessen volle Realisierung zum mindesten zweifelhaft ist. Die Haushaltspolitik des Bundes steht an einem Wendepunkt. Die Gefahr, daß die Haushaltswirtschaft in ein dauerndes Defizit abgleitet, hat sich . . . verschärft. Sie ist zu bannen, wenn mit der Absicht, die dauernde Steigerung des Haushaltsvolumens zu begrenzen und effektive Einsparungen zu erzielen, Ernst gemacht wird und dabei auch die beiden großen Posten des Bundeshaushalts: der Verteidigungs- und der Sozialhaushalt, nicht als unantastbar angesehen werden."

Es verdient festgehalten zu werden, daß eine so angesehene Stelle wie das Institut „Finanzen und Steuern" auch vor dem Verteidigungshaushalt, der doch im allgemeinen als tabu gilt, nicht halt macht. Gewiß brauchen Aufwendungen für militärische Zwecke nicht zu einer Geldentwertung zu füh-

ren, wenn sie einwandfrei finanziert werden. Wenn aber ein Staatshaushalt ohnehin mehr als angespannt ist, dann liegt es gewiß nahe, auch darüber nachzudenken, ob nicht die wirtschaftlich unproduktiven Rüstungsausgaben eingeschränkt werden können. Auch die Haushaltssituation des Bundes und die Sorge um unsere Währung sollte Veranlassung sein, an Stelle einer bloßen Rüstungs- endlich eine konsequente Friedenspolitik zu verfolgen.

VII

Wir haben oben als einen der heute erörterten Wege, aus dem Dilemma unserer Währungspolitik herauszukommen, die Übernahme der aus den Überschüssen der Zahlungsbilanz anfallenden Devisen auf den Bundeshaushalt erwähnt. Diesem Vorschlag liegt (ebenso übrigens wie dem Plan, ausländische Schulden der Bundesrepublik zurückzuzahlen) der Gedanke zu Grunde, die inflationistischen Wirkungen, die von einer laufenden Erhöhung der Devisenbestände der Bundesbank ausgehen, dadurch zu vermeiden, daß entsprechende Mittel dem inneren Geldkreislauf durch Steuern entzogen werden. Die öffentliche Hand erwürbe auf diese Weise einen Devisenfond, der zum Einsatz zur Verfügung stünde, wenn einmal eine umgekehrte Situation einträte, die laufende Devisenbilanz also passiv würde.

Die volkswirtschaftliche Problematik einer derartigen Maßnahme, die Frage nämlich, ob sie bei unveränderten Wechselkursen nicht — wie die Fachleute sagen — „self-defeating" wirken würde, kann und braucht hier nicht erörtert zu werden. Der Termin der nächsten Wahlen zum Bundestag nähert sich langsam, und mit ihm steht erfahrungsgemäß in der Vorstellung der maßgebenden Politiker die Notwendigkeit, Wahlgeschenke zu verteilen, noch mehr im Vordergrund als sonst. Zur Zeit beschäftigt den Bundesfinanzminister das Projekt einer Steuerermäßigung unter Beseitigung des sog. „Mittelstandsbauchs" im Einkommensteuertarif. Unter diesen Umständen muß der Gedanke an Steuererhöhungen im Interesse der Allgemeinheit praktisch als weltfremd ausscheiden. Ist es doch trotz aller Bedenken schließlich immer noch bequemer, auch weiter ein wenig Inflation zu treiben, die die politisch Schwächsten trifft.

Ein volkswirtschaftlich vernünftiger und zugleich politisch gangbarer Ausweg aus dem Dilemma unserer Währungspolitik also ist zur Zeit kaum sichtbar, — das ist das wenig befriedigende Ergebnis unserer Überlegungen. Wohl mag die Kooperation der Notenbanken — auf die die Berichte der Bundesbank seit Jahren mit Recht so großen Wert legen — Erleichterungen bringen, vor allem wenn die Inflationspolitik unserer Nachbarländer aufgegeben und damit die Ansteckungsgefahr auch für uns ausgeräumt wird. Aber das Spiel kann jederzeit von neuem beginnen, dann stehen wir vor denselben Schwierigkeiten wie heute. Und inzwischen ist wieder ein Teil der Kaufkraft der DM geschwunden. Ein Zurück gibt es nach allen Erfahrungen nicht.

So kann unserer Frage (IV), ob die deutsche Wirtschaft alles in allem noch gesund sei, trotz — oder richtiger: gerade wegen — der günstigen Konjunktur, in der wir uns zur Zeit befinden und voraussichtlich vorerst auch weiter leben werden, nur mit starken Vorbehalten bejaht werden. Eine inflationistisch aufgeblähte Wirtschaft mit allen Begleiterscheinungen ständiger Überbeschäftigung (anstatt solide fundierter Vollbeschäftigung), permanenter Übernachfrage, weithin sicht- und fühlbaren Rückgangs des individuellen Leistungswillens und laufender Geldentwertung ist kaum noch als wirklich gesund zu bezeichnen. Unsere Wirtschaft gleicht einem Menschen, der vom Fieber befallen ist, diesen Zustand aber nicht wahrhaben will und sich so verhält, als sei sein Organismus völlig in Ordnung. Gewiß, die Krankheit, die das

Fieber anzeigt, mag eines Tages auch von selbst wieder vorübergehen. Aber vernünftiger wäre es eben doch, nicht nur einen Arzt hinzuzuziehen, sondern dessen Anweisungen auch zu befolgen.

Die Wirklichkeit nicht wahrhaben wollen, ernsthaften kritischen Auseinandersetzungen über die Probleme unserer Zeit und unserer Zukunft auszuweichen, die Masse des Volkes in bequemer Selbstzufriedenheit zu halten, — das ist ja leider überhaupt das wohl charakteristischste Moment des politischen Lebens in unserem Land. Es wäre ein Wunder, wenn es auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik anders läge.

Anmerkungen

1. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Dezember 1963, S. 12 ff., 23.
2. a. a. O. S. 25.
3. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für März 1964, S. 86.
4. a. a. O. S. 84.
5. S. z. B. Brestel, Ein zu hoher Preis für die Kapitalabwehr, FAZ v. 25. 3. 64; Trautmann, Stümperhafte Inflationsabwehr, Der Volkswirt 1964, S. 537.
6. Für 1963 wird angenommen, daß „Gebietsfremde" für fast 2 Mrd. DM inländische festverzinsliche Wertpapiere erworben haben. (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für März 1964, S. 5, 10).
7. Vgl. hierzu den Aufsatz „Die deutsche Auslandsverschuldung" im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für März 1964, S. 7 ff.
8. Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1964, S. 218
9. Näheres in dem Aufsatz von E. Heinrich Kunze, Die Inflation der Subventionen, Die Zeit v. 24. 1. 1964, S. 19.
10. Heft 15 Band 13 der Veröffentlichungen des Instituts „Finanzen und Steuern" (Der Bundeshaushalt), 1964, S. 181.

Dr. Helge Pross

Soziale Schichten in der Bundesrepublik *)

I

Immer wieder ist bei uns die Meinung zu hören, wir lebten in einer schichtenlosen Gesellschaft. Helmut Schelsky hat diese These formuliert[1]). Die weitgehende Nivellierung der Klassenunterschiede, schrieb er vor einigen Jahren, sei der „vielleicht dominierendste" Vorgang der Nachkriegszeit. Die alten Klassen seien verschwunden, Proletariat, Kleinbürgertum, Bourgeosie, Aristokratie aufgegangen in einer einzigen, verhältnismäßig einheitlichen Schicht, die neue Gesellschaft eine nivellierte Mittelstandsgesellschaft, in der Lebenschancen, Lebensweisen und Denken der Individuen nicht mehr durch Schichtzugehörigkeiten festgelegt sind. Als Resultat umfassender Aufstiegs- und Abstiegsprozesse, des kollektiven Aufrückens der Industriearbeiter und der Angestellten, ebenso wie der Deklassierung der ehemaligen Oberschichten, hat die nivellierte Mittelstandsgesellschaft nach dieser Theorie für alle Bürger ähnliche Daseinsbedingungen geschaffen. Beinahe einheitlich sei die Teilnahme an den materiellen und den gei-

*) Abgefaßt Sommer 1962 als Manuskript für den Hessischen Rundfunk, Frankfurt/M.

stigen Gütern der Zivilisation, einheitlich das Familienleben, die Berufs- und Ausbildungswünsche für die Kinder, die Wohn-, Verbrauchs- und Unterhaltungsformen.

Nimmt man die Theorie der nivellierten Mittelstandsgesellschaft beim Wort, ergeben sich bedeutsame Konsequenzen. Sie impliziert nämlich, in der Bundesrepublik sei die Gleichheit der Bürger hergestellt, sowohl im guten Sinn einer Gleichheit ihrer Lebenschancen als in dem schlechten der Uniformierung ihres Denkens und Agierens. Träfe die erste These, die der Chancengleichheit, zu, wäre in der Tat die Ordnung erreicht, auf die die Gesellschaft ihrer Idee nach angelegt ist, eine Ordnung von Freien und Gleichen, in der Fähigkeiten, Neigungen, Anstrengung und Leistung, und nicht die Herkunft, den Platz der Individuen im sozialen Gefüge fixieren. Die Herkunft wäre für den einzelnen nahezu bedeutungslos geworden und die neue Gesellschaft insofern eine liberale, als in ihr jedermann die gleiche Möglichkeit besäße, sich nach Maßgabe von Talent und Bemühen zu entwickeln, in die gehobenen Positionen aufzusteigen oder auf die niedrigeren Stufen herabzusinken, auf denen man weniger verdient und geringere Achtung genießt. Zwar würde es auch in der derart entschichteten Gesellschaft noch übereinander geordnete Ränge und Ranggruppen mit verschieden bemessenen Privilegien und Befugnissen geben. Aber die Menschen, die diese Ränge besetzen, wären nicht länger zu mehr oder minder verfestigten, deutlich geschiedenen sozialen Schichten gruppiert. Mit der Aufhebung der Schichten wäre schließlich die Macht neutralisiert, die in früheren Epochen nicht allein die Lebenschancen, sondern darüber hinaus Denk- und Verhaltensmuster formte. Wo die Schichten oder Klassen verschwinden, kann es auch Klassenbewußtsein, schichtspezifische Gesellschaftsbilder und Verhaltensweisen nicht mehr geben.

Die These der nivellierten Mittelstandsgesellschaft hat in der Bundesrepublik eine große Gemeinde. Da indes Popularität noch keinen Wahrheitsbeweis darstellt, bleibt ungewiß, ob das Bild, das die Theorie von der westdeutschen Gesellschaft entwirft, auch deren Realität entspricht. Trifft es tatsächlich zu, daß sich der soziale Rang der Individuen typischerweise auf ihre Leistung gründet? Leben wir wirklich in Verhältnissen, die man freie und gerechte nenen dürfte, weil sie allen die gleiche Entfaltungschance und die gleiche Freiheit etwa bei der Wahl von Ausbildung und Beruf, gleiche Möglichkeiten zur Teilnahme am Wettbewerb um die privilegierten, nach allgemeinem Consensus angenehmeren, respektierteren, einträglicheren Positionen gewähren? Stimmt es, daß es keine Schichten mehr gibt, und damit auch die Schichtzugehörigkeit aufhört, Denken und Verhalten zu prägen?

In einer umfangreichen Erhebung stellte der amerikanische Soziologe Morris Janowitz 1955 fest, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik sich auf mindestens vier große Ranggruppen oder Gruppen vergleichbarer Ränge verteilt, die er als Schichten bezeichnete[2]). Janowitz registrierte eine Obere Mittelschicht, die etwa 5 Prozent der Bevölkerung umfaßt, die Untere Mittelschicht mit knapp 39 Prozent, eine Obere Unterschicht, zu der 13 Prozent rechnen, und die Untere Unterschicht mit ebenfalls 39 Prozent. Nach den objektiven Merkmalen Beruf und bürokratischer Rang, genauer: nach der Qualifiziertheit des Berufs und der Stellung der Personen in einer Unternehmung, in der Behörden- oder Verbandsbürokratie, stehen diese Bevölkerungsblöcke übereinander, jeder einigermaßen deutlich vom nächst höheren oder niederen getrennt. Janowitz klassifizierte als Angehörigen der Oberen Mittelschicht, wer sich nach abgeschlossener akademischer Ausbildung in einem freien Beruf, im Angestellten- oder Beamtenverhältnis betätigt, also Anwälte, Ärzte, Ingenieure, Wirtschaftsprüfer, auch Pfarrer und Lehrer an höheren Schulen. Leitende Angestellte ohne Hochschulexamen zählen ebenfalls dazu,

desgleichen selbständige Unternehmer mit größeren Betrieben. In der Kategorie Untere Mittelschicht faßt er die Gruppen des sogenannten alten und neuen Mittelstands zusammen: mittlere und untere Angestellte und Beamte, selbständige Handwerker, Händler, sonstige Gewerbetreibende mit Betrieben bescheideneren Umfangs. An diese schließt die Obere Unterschicht der gelernten Arbeiter und unselbständigen Handwerker sich an, auf die die an- und ungelernten Arbeiter und die Arbeitnehmer in persönlichen Diensten: Köche, Kellner, Büroboten, Putzfrauen folgen. Sie bilden das numerisch große Heer der Unteren Unterschicht.

Keine dieser Schicht genannten Gruppierungen, gleichsam die Stockwerke des Gesellschaftsbaus, ist homogen, keine eine geschlossene soziale Einheit, jede ein Aggregat von Gruppen, die neben den gemeinsamen eine Fülle abweichender Merkmale aufweisen. Jede enthält in sich horizontale und vertikale Abstufungen, in jeder wird das Schichtenschema der Gesamtgesellschaft noch einmal wiederholt. Sicher ist auch, daß die Trennungslinien zwischen den Hauptblöcken nicht so scharf markiert sind, die Grenzen längst nicht so säuberlich verlaufen, wie es in der Untersuchung erscheint. Mehr als einen groben Hinweis auf Höhenunterschiede in der Gesellschaft bietet sie nicht. Zunächst kann sie nur als Hypothese verstanden werden, die noch offen läßt, ob diese Bevölkerungsteile tatsächlich auch s o z i a l e Schichten sind, Gruppierungen, in denen über die objektiven Gemeinsamkeiten hinaus auch subjektive Gleichförmigkeiten, solche des Bewußtseins und Verhaltens bestehen. Schumpeter hat die soziale Schicht aus solchen subjektiven Merkmalen definiert. Es sei kennzeichnend für die Schicht, schrieb er in seiner Abhandlung über „Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu“[3]), daß sich ihre Angehörigen „zueinander in charakteristisch anderer Weise verhalten als zu den Angehörigen anderer (Schichten), daß sie miteinander in engerer Verbindung stehen, einander besser verstehen, leichter zusammenhandeln, sich selbst zusammen und nach außen abschließen, mit gleich veranlagten Augen von gleichen Standpunkten in der gleichen Richtung in den gleichen Ausschnitt der Welt blicken“.

Ob die von Janowitz identifizierten Aggregate in diesem Sinn soziale Schichten sind und worin die Besonderheit jeder einzelnen besteht, kann nur anhand empirischer Studien ausgemacht werden. Die gegenwärtig vorliegenden reichen freilich für eine erschöpfende Analyse nicht aus. Nur eine Skizze ist möglich.

II

Auf die heterogene Zusammensetzung der Oberen Mittelschicht wurde schon hingewiesen. Dies Sammelbecken ganz verschiedenartiger Elemente umfaßt sowohl die in eigener Regie arbeitenden Unternehmer und die Personen in freien Berufen als leitende Angestellte und Beamte. Ihnen ist zunächst gemeinsam, daß sie größeres Prestige genießen als irgendeine Gruppe in den unteren Stockwerken der gesellschaftlichen Hierarchie. Namentlich die akademisch Gebildeten, und unter ihnen vor allem die Professoren, erfreuen sich hohen Respekts[4]). Nicht anders die Unternehmer, die sowohl Eigentümer als Leiter größerer Wirtschaftseinheiten sind. Ihnen verschafft der Reichtum, manchmal auch der Nimbus eines alten Firmennamens das Ansehen, das die anderen aus der tatsächlichen oder der vermuteten Bildung beziehen. Besitz, erfolgreich eingesetztes Expertentum, sowie politische oder ökonomische Macht scheinen die Hauptkriterien zu sein, an denen die Einschätzung durch Dritte sich orientiert. Gemeinsam ist den Gruppen der Oberen Mittelschicht auch, daß sie in der Regel erheblich höhere Einkünfte beziehen, einen besseren Lebensstandard erreichen, wirtschaftliche Sicherheit und damit ein Privileg besitzen, nach dem jedermann heute strebt. Ein Kreis also, dessen Angehörige materiell und psychologisch mannigfach begünstigt sind.

Nichts berechtigt, die kleine Spitzenschicht als Einheit zu begreifen, die Marx' Konzeption der herrschenden Klasse entspräche. Aber ob auch in divergierende Untergruppen geteilt, deren jede jederzeit in Gegensatz zu anderen geraten kann, stellt sie doch ein durch fundamentale Interessengemeinsamkeiten ebenso wie durch gleichartige Wertvorstellungen integriertes soziales Ganzes dar. Im Vergleich mit der Oberschicht der Weimarer Republik ist der innere Zusammenhalt noch enger geworden. Durch die Schwächung des militärischen Elements und den Untergang des Adels wuchsen die Gruppen zu einer durchgängig bürgerlich-zivilen Gesamtheit zusammen, die die oberste Schicht geworden ist, ohne im alten Sinn eine Oberschicht zu sein.

Durchweg sind ihre Angehörigen sich bewußt, daß sie in sozialen Höhenlagen wohnen. Wichtiger ist, daß die Besserstellung ihnen auch als legitim erscheint. Die Vorrechte, die sie genießen, nehmen sich in ihrem Selbstverständnis als Lohn für bessere Leistung und überlegene Talente aus. Viele verstehen sich als Elite, die dank ihrer natürlichen Superiorität der Menge vorgesetzt sei. Sie huldigen dem Mythos, daß die Gesellschaft in bedeutende Menschen, die Persönlichkeiten, und in Massen zerfällt, rechnen sich und die sozial Ebenbürtigen unter die Persönlichkeiten und stufen die niedriger Gestellten als Masse ein[5]). Die Funktion dieser Ideologie, die einzig vom Erfolg auf die Qualität der Personen schließt, ist durchsichtig. Sie soll den Anspruch auf politische, wirtschaftliche und geistige Führung untermauern und Kritik an den Privilegien von vornherein unterbinden. Die Persönlichkeiten, so lassen die kraft eigener Ernennung derart Geehrten sich weiterhin vernehmen, tragen die Last der Verantwortung für alle, sie opfern sich in unermüdlicher Tätigkeit zum Wohl des Ganzen für die ewigen Werte, die abendländische Kultur. Der überlastete Arzt, der Manager, der in hehrer Einsamkeit bedeutsame Entscheidungen fällt, der hingebungsvolle Beamte — sie glauben an ihren Idealismus, der gegen die materialistischen Massen zu verteidigen sei. Abermals ein ideologisches Bekenntnis. Denn der vermeintliche Idealismus macht in Geld ebenso wie in Prestige und Einfluß so reichlich sich bezahlt, daß er aufhört, Idealismus zu sein. Auch die Anstrengungen der einflußreichen Einzelnen und ihrer Verbände, die alles tun, um eine Teilung der Verantwortungen zu verhindern, lassen die Mehrarbeit nicht gerade als Aufopferung erscheinen. Schließlich vergessen manche dieser „Persönlichkeiten", daß sie einmal so bereitwillig wie nur je ein „Massenmensch" die Freiheit verrieten.

Grundsätzlich sind die Gruppen der Oberen Mittelschicht konservativ gesinnt. Ihnen liegt an der Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo, weil er die Voraussetzung für die Bewahrung ihres Vorrangs ist. Bei aller Verschiedenheit der parteipolitischen Präferenzen stimmen sie in der prinzipiellen Bejahung des gegenwärtigen ökonomisch-sozialen Systems und der autoritären Demokratie überein. Sie wollen Ordnung und definieren diese als Hierarchie, in der sie die Spitze bilden. Das Gegenprinzip, das der egalitären Demokratie, erfreut sich demgegenüber geringer Beliebtheit. Egalitäre Demokratie bedeutet universale Mitbestimmung, Mitbestimmung durch gewählte Vertreter derer, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Verbänden die Objekte fremder Entscheidungen sind, der Belegschaften in den Unternehmen, der niederen Beamten in den Behörden, der Soldaten in der Armee. Solche universale, auf die ganze Gesellschaft ausgedehnte Mitbestimmung findet in der Oberen Mittelschicht keine Freunde.

Die Bevorzugung einer autoritär-hierarchischen Ordnung für die Gesamtgesellschaft, ebenso wie für ihre einzelnen Verbände ist nicht einfach ein Resultat individueller Einsicht und kritischer Reflexion. Sie ergibt sich aus der gesellschaftlichen Situation der Schicht. Beinahe blindlings drängt sie jedem an der Spitze eines Unternehmens oder der Behörden sich auf. Ist die Position im Arbeits-

prozeß, also die hohe Stellung in der privaten oder der öffentlichen Bürokratie und das Interesse an ihrer Sicherung die eine Wurzel der hier verbreiteten elitären Konzeption, so ist die in diesen Gruppen ebenfalls lebendige, spezifisch deutsche Tradition des Bürgertums die andere. Namentlich bei den akademischen Gruppen gründet sie in der Kontinuität der Herkunft und des klassengebundenen Denkens. Fast ausnahmslos in den Mittelschichten aufgewachsen, haben sie deren Wertbegriffe übernommen. Die aber sind in Deutschland seit den Niederlagen des Liberalismus im 19. Jahrhundert eher autoritär als egalitär gefärbt. Nach wie vor tendieren akademische Beamte zur Verklärung staatlicher Autorität, neigen akademische (wie übrigens auch die nicht-akademischen) leitende Privatangestellte dazu, der Unternehmensobrigkeit vor den Ansprüchen der einzelnen Bürger den Vorrang zu geben. Sie stellen die Ordnung als solche, das bloße Funktionieren, die technisch-organisatorische Effizienz höher als das individuelle Recht[6]), von fragwürdigen Traditionen und dem professionellen Interesse am reibungslosen Funktionieren der bürokratischen Apparaturen motiviert.

III

In einer freien Gesellschaft müßte jeder unabhängig vom sozialen Geburtsort Gelegenheit zur Beteiligung am Wettbewerb um die privilegierten Positionen, die Möglichkeit des Versuchs, die Chance zum Erwerb der erforderlichen Qualifikationen besitzen. Ein Index für das Maß verwirklichter Liberalität ist die soziale Herkunft derer, die die gehobenen Ränge besetzen. Je größer der Prozentsatz der Aufstiegselemente in der obersten Schicht, desto offener die Gesellschaft, je geringer ihr Anteil, desto weiter ist sie von der Norm der liberalen Leistungsordnung entfernt. Aus welchen Schichten sie sich rekrutieren, ist lediglich von einigen akademischen Gruppen der Oberen Mittelschicht bekannt. Das Urteil, das die dazu vorliegenden Ziffern über die Liberalität der westdeutschen Gesellschaft fällen, ist vernichtend.

Eine Untersuchung über die Richter an Oberlandesgerichten der Bundesrepublik, die Walther Richter 1959 in Zusammenarbeit mit Ralf Dahrendorf durchgeführt hat[7]), ergab, daß knapp zwei Drittel aus Familien der Oberen Mittelschicht stammen. Etwas mehr als ein Drittel kommt aus der Unteren Mittelschicht, nicht ganz 3 Prozent aus den beiden Unterschichten. Häufig wurde der Beruf „geerbt": von den Vätern der Richter waren oder sind 25 Prozent selbst Juristen. Kaum anders sieht es bei den Rechtsanwälten aus[8]) und ähnlich bei den Professoren[9]). Von letzteren sind stark zwei Drittel in der Oberen Mittelschicht geboren, weniger als 3 Prozent in der Arbeiterschaft oder den ihr gleichgestellten Gruppen. Aus den Angaben über die soziale Herkunft der gegenwärtig Studierenden geht hervor, daß andere Akademiker — Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Physiker, Ökonomen, Philologen — zur Mehrheit ebenfalls aus den Mittelschichten kommen, und vor allem, daß auch in Zukunft überwiegend solche Personen in die akademischen Positionen einrücken werden, die in einer der Mittelschichten aufgewachsen sind[10]). Von allen Studenten, die im Sommer 1959 an den wissenschaftlichen Hochschulen und Universitäten in Westdeutschland und Berlin immatrikuliert waren, stammten nur 5 Prozent aus Arbeiterfamilien oder anderen Gruppen von niedrigem Status. Am krassesten ist das numerische Mißverhältnis in den medizinischen Fakultäten. Nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes stellt die Obere Mittelschicht 66 Prozent der künftigen Ärzte, die Untere Mittelschicht 31 Prozent, beide Unterschichten zusammen dagegen nur 2,1 Prozent[11]).

Beinahe ausnahmslos rekrutieren sich also die gegenwärtig amtierenden Akademiker aus den gehobenen und mittleren Rängen der Gesellschaft. In der Ein-

seitigkeit dieser Auswahl tritt das bürgerliche Bildungsmonopol hervor, das, so alt wie das Bürgertum selbst, bis in die Nachkriegszeit bestand. Bedenklicher ist, daß die kleine Obere Mittelschicht, obwohl heute des eigentlichen Bildungsmonopols beraubt, nach wie vor beinahe die Hälfte aller Studierenden, und damit einen hohen Prozentsatz des Nachwuchses für die gesellschaftlichen Schlüsselpositionen, stellt. Auch künftig werden fast nur Abkömmlinge mittelständischer Familien in die bevorzugten akademischen Positionen einrücken. Die Ursachen dafür haben wir später noch zu untersuchen. Welcher Art sie auch sein mögen, so ist doch gewiß, daß zum mindesten im Bereich der Bildung und Ausbildung von einer Aufhebung der Klassendifferenzen keine Rede sein kann.

Im Vergleich mit anderen entwickelten Industrieländern feiert die angeblich so nivellierte Gesellschaft der Bundesrepublik hier sogar traurige Triumphe. In Großbritannien zum Beispiel stellt die Arbeiterschaft 35 Prozent aller Universitätsstudenten[12]). In der DDR liegt der Anteil bei 51 Prozent[13]). Dänemark ist uns mit 10 Prozent ebenfalls voraus[14]), desgleichen Schweden, wo 14 Prozent der Studierenden aus Arbeiterfamilien kommen[15]).

Die Obere Mittelschicht insgesamt, also einschließlich der nicht-akademischen Gruppen, erneuert sich jedoch im Gegensatz zu ihrem akademischen Flügel erheblich stärker aus den unter ihr liegenden Rängen[16]). Jeder zweite, der ihr zugehört, wurde in der Unteren Mittelschicht geboren, und etwa ein Sechstel kam aus einer der Unterschichten, meist allerdings von deren gehobeneren Stufen, herauf. Offensichtlich sind also Aufstiegswege vorhanden, die unter Umgehung der Universität aufwärts führen. Wie sie verlaufen, ist nicht genau bekannt. Einige liegen in den bürokratisierten Großunternehmen, wo man auch ohne längere Spezialausbildung und ohne Hochschulstudium bis zum Abteilungsleiter oder zum Prokuristen avancieren kann. Andere steigen auf der Gewerkschaftsleiter, als Funktionär der SPD oder in den Kommunal- und Landesverwaltungen empor. Wieder andere fanden in den Wirren der Nachkriegszeit die Möglichkeit zur Gründung eines eigenen, später ausgeweiteten Geschäfts — Leute etwa vom Schlag des Herrn Schlieker, der als Sohn eines Werftarbeiters begann.

Freilich sollte man diese Gelegenheiten, namentlich die in der Wirtschaft, nicht zu hoch einschätzen. Wohl gibt es die meteorhaften Karrieren, aber sie lehren nicht, daß jeder junge Mann aus den Schattenzonen der Gesellschaft ebene Wege vor sich hat, die zu beschreiten er sich nur entschließen muß, um in die Höhenlagen der Gesellschaft zu gelangen. Im Gegenteil, seine Chance, bis an die Spitze vorzudringen, ist beinahe Null. Im ganzen gelingt nur etwa 1,5 Prozent aus den Unterschichten der Aufstieg in die oberen Ränge[17]). Auch in die Untere Mittelschicht kommt man von unten schwer herein. Das aber heißt, daß die Lebenswege der Menschen auch heute weitgehend durch ihre soziale Herkunft festgelegt sind. Wer „oben" geboren wurde, sinkt kaum jemals ganz herab. Nur in extrem wenigen Ausnahmen wird der Sohn des Konzernmanagers, des hohen Beamten, des Unternehmers oder des Rechtsanwalts als Arbeiter, gar als Hilfsarbeiter oder als Koch, Kellner, Bürobote, also auf den Stufen enden, über die der auf ihnen Geborene normalerweise nicht hinaus steigt.

Für den einen, hat Schumpeter formuliert[18]), wirkt die Schichtzugehörigkeit wie ein Schwimmgürtel sich aus, für den Sohn der Unterschichten dagegen als Barriere. Bei gleicher Begabung oder gleichem Mangel an Talent, bei gleichem Bemühen oder gleicher Passivität landen die Kinder aus den niederen Rängen nicht auf den gleichen Sprossen wie die, die unter günstigeren sozialen Sternen geboren sind. Letztere haben von vornherein und noch ganz unabhängig von eigener Leistung den besseren Start. Die Entscheidung etwa, ob sie eine Höhere Schule besuchen und damit die Berechtigung sowohl für das Hochschul- als für ein Fachschul-

studium erwerben werden, hängt nicht von ihnen, sondern in erster Linie von den Eltern ab. Diese Entscheidung wird in beiden Mittelschichten durchweg zugunsten der besseren Ausbildung, in den Unterschichten indes gegen sie gefällt. In beiden Fällen hat sie weniger mit dem Talent des Betroffenen als mit dem elterlichen Durchsetzungswillen, mit den innerhalb der Schicht gültigen Zielsetzungen und Erwartungen zu tun.

IV

Der Wunsch, den Kindern den gleichen oder einen besseren Platz in der Gesellschaft zu verschaffen, ist auch in der Unteren Mittelschicht lebendig. Abermals eine in sich mannigfach gestufte, aus heterogenen Elementen bestehende Schicht, die gleichwohl eine soziale Einheit bildet, mit fließenden Übergängen nach oben und nach unten. Sie teilt sich in die beiden Hauptflügel der selbständigen Handwerker, Einzelhändler, sonstigen Gewerbetreibenden mit Betrieben bescheidenen Umfangs, sowie die Angestellten und Beamten der mittleren und unteren Grade.

Jahrzehntelang hat die Frage nach dem gesellschaftlichen Standort der Angestellten, dem historisch jüngsten Flügel im Arbeitnehmerlager, die Gemüter von Soziologen und Ideologen erhitzt. Bilden sie, so überlegte man bereits um die Jahrhundertwende, eine Schicht für sich? Kann man mit Recht von der Angestelltenschaft als einer sozialen Einheit sprechen, die von der Arbeiterschaft ebenso klar sich abhebt wie von den Unternehmern? Sind sie, wie die Sprecher der Organisationen meinten, ein neuer Mittelstand, Pufferschicht, die die angeblich vom alten Mittelstand der kleinen Selbständigen einst ausgeübten Vermittlungsfunktionen zwischen Kapital und Arbeit übernahm? Oder muß man diese abhängig Erwerbstätigen mit den sozialistischen Theoretikern lediglich als Appendix der Arbeiterschaft verstehen?

Keine der älteren Theorien hat der empirischen Prüfung standgehalten. Neuere Untersuchungen, vor allem die von Claessens und Neundörfer[19]), haben belegt, was einige Soziologen längst vermuteten, daß nämlich von einer sozial einigermaßen uniformen Angestelltenschaft gar keine Rede sein kann. Nichts außer einigen formalen Merkmalen hat der angestellte Generaldirektor mit dem Buchhalter, der Chemiker im Großkonzern mit der Stenotypistin, der Bürobote mit dem Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung gemein. Formal rechnen sie alle zu dem auf mehr als fünf Millionen gewachsenen Angestelltenheer, sozial aber gehören sie verschiedenen Schichten an.

Nach der Qualifiziertheit des Berufs und der Stellung in der Unternehmensbürokratie lassen sich knapp 40 Prozent aller Angestellten als untere Mittelschicht klassifizieren. Sie üben Tätigkeiten aus, für die mindestens eine abgeschlossene Lehre und lange Erfahrung, oft auch eine zusätzliche Fachausbildung, erforderlich ist. Über ihnen rangieren die akademischen Experten, Angehörige der gehobenen Mittelschicht, unter ihnen die weniger qualifizierten, knapp ein Drittel sämtlicher Angestellter, deren Funktionen lediglich eine einfache Lehre verlangen, bescheideneres Gehalt und weniger Ansehen einbringen, überwiegend Frauen, die objektiv der oberen Unterschicht zuzurechnen sind, mit der sie sich indes meist nicht identifizieren. Bleibt schließlich das letzte Drittel, Angestellte in ganz niederen Positionen, für die man lediglich eine kurze Anlernzeit und keine Erfahrung braucht. Auch auf diesen Stufen dominieren die Frauen. Sie verrichten die einfachsten Büroarbeiten, sind bloße Organe, einzig mit Ausführungsarbeiten betraut. Nach objektiven Maßstäben müßten sie der unteren Unterschicht zugezählt werden.

Die soziale Urerfahrung des Angestellten in mittlerer Position ist das Leben in der Bürokratie. Nach ihrem Muster, dem Muster der großen Unternehmung, stellt er sich die Gesellschaft vor, eine Stufenleiter säuberlich geschiedener Ränge, auf der man aufsteigen, aber auch heruntersinken kann. Diese Angestellten befinden sich in einer zwiespältigen Situation. Lehrt die Alltagserfahrung, daß es über ihnen höhere Chargen gibt, die größeres Ansehen genießen, bessere Einkünfte beziehen und mehr Einfluß ausüben, sind sie zugleich den niedriger gestellten Büroarbeitern nahe genug, um den Abstieg auf ihre Stufe zu fürchten. Seit der Entstehung der Angestelltenschaft war in ihren mittleren und unteren Gruppen der Wunsch lebendig, von den niedriger Gestellten sich zu distanzieren, namentlich von den Arbeitern, mit denen sie das Schicksal der Abhängigkeit teilen. Dies Bestreben motivierte ihre Wortführer schon vor dem Ersten Weltkrieg zur Gründung besonderer Organisationen und zu der Forderung einer eigenen Versicherungsanstalt, die dann 1911 eingerichtet worden ist. Die Furcht vor dem Verlust der Bürgerlichkeit war nicht unbegründet. In den seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, vor allem in der großen Depression von 1929, sanken zahlreiche Angestellte in das leidenschaftlich verachtete Proletariat herab. Nicht zuletzt die Hoffnung auf Wiederherstellung und Sicherung der mittelständischen Position hat dann viele den Nationalsozialisten in die Arme getrieben. Heute scheint die Sorge um den Abstieg ungerechtfertigt. Niemand sinkt in ein Proletariat, das es nicht mehr gibt. Trotzdem kommen diese Gruppen nicht recht zur Ruhe. An die Stelle der alten trat die neue, zwar weniger bedrängende, weil nicht die nackte Existenz betreffende, gleichwohl enervierende Furcht, der Abstand zu den Arbeitern könne durch deren Avancement aufgehoben, das Kleinbürgertum von der Arbeiterschaft geschluckt werden, wenn diese den gleichen materiellen Standard erreicht. Noch ist es nicht so weit. Aber die Differenz zwischen den Durchschnittslöhnen und Durchschnittsgehältern hat sich ständig verringert.

Aus dem Wunsch, den sozialen Vorsprung vor den Arbeitern zu bewahren, und aus der Erfahrung in der nach oben und unten scheinbar offenen Unternehmenshierarchie nährt sich das für diese Angestelltengruppen charakteristische Karrierestreben, der Drang, voran zu kommen, in der Firma und in der weiteren Gesellschaft. Anders als der typische Arbeiter, der sich von der Gewerkschaft, von der kollektiven Aktion eine Verbesserung seiner Lebenssituation erhofft, vertraut der typische mittlere Angestellte auf das eigene Bemühen. Er meint, jeder sei seines Glückes Schmied, und versucht, durch Leistung nach oben zu gelangen. Für den Durchschnitt freilich heißt die Leistung vorab geschickte Anpassung an die Vorgesetzten. Wer wenigstens ein paar Schritte hinauf tun will, darf nicht den Zorn derer riskieren, die über die Beförderung befinden. Also paßt er sich an, verzichtet auf offene Kritik und auf Initiative. Diese Zwangssituation, und nicht individuelles Versagen oder eine Verschlechterung des sogenannten Menschenmaterials, ist der Nährboden der viel beklagten Angestelltenmentalität, über die vor allem die sich beschweren, die für sie verantwortlich sind, die Unternehmensdirigenten, die bei Untergebenen letztlich die Fügsamkeit und nicht die Eigenwilligkeit honorieren.

Das Interesse an der Laufbahn und an der Distanzierung nach unten führt heute zu eher konservativen Grundhaltungen bei den Angestellten der mittleren Grade. Nur eine klar nach Rängen geordnete Gesellschaft bietet ihnen die Chance des Avancements. Infolgedessen muß die gegenwärtige Rangordnung, muß der Status quo erhalten bleiben, Kritik an ihm tunlichst vermieden, auch hier das hierarchische gegen das egalitäre Prinzip verteidigt werden. Dieselben Interessen und Grundhaltungen verleiten auch zu mehr oder minder blinder Anerkennung

derer, die das Unternehmen, und jener, die die Gesellschaft dirigieren. Wenn, wie Angestellte oft glauben, der gehobene Rang letztlich der besseren Leistung, niedrige Stellung dem individuellen Versagen zu verdanken, also jeder tatsächlich selbst seines Glückes oder Unglücks Schmied ist, muß man Vorgesetzte respektieren, weil sie ja angeblich kraft eigener Anstrengung heraufgekommen sind.

Der typische Angestellte will also Karriere machen. Voranzukommen gilt ihm als Tugend, ein Wert an sich. Diese Einstellung weist ihn als Bürger aus. Sie ist eine der neuen Säkularversionen des calvinistischen Glaubens, wirtschaftlich-sozialer Erfolg sei ein Zeichen der Erwähltheit durch Gott. Freilich in einer die Verhältnisse der Arbeitnehmergesellschaft spiegelnden eigentümlichen Umbiegung. Der Calvinist der kapitalistischen Frühzeit mußte, um sichtbaren Erfolg zu erlangen, aktiv die Welt gestalten, als Kleinunternehmer neue Wirtschaftsformen gegen eine mächtige Tradition durchsetzen. Der Angestellte der modernen Gesellschaft, in Bürokratien eingespannt, kann sich nur durch Adaption, nicht durch schöpferische Weltbearbeitung behaupten. Er muß andere, den früher verlangten entgegengesetzte Mittel verwenden, wenn er sich im neubürgerlichen Sinn als tugendhaft bewähren, und das heißt, wenn er Erfolg haben will.

Das verbindet den Angestellten mit den kleinen Selbständigen in Handwerk, Dienstleistungen und Einzelhandel. Längst haben diese, das zweite Hauptelement in der kleinbürgerlichen Mittelschicht, ihre alte Bedeutung für die Gesellschaft eingebüßt. Bis zum Beginn der Industrialisierung die Steuerleute des gewerblichen Produktionsprozesses und gleichsam das Reservoir, aus dem die ersten Industrieunternehmer und Erfinder kamen, sind sie heute ebenfalls mehr zu Anpassung denn zu Initiative gezwungen. Großunternehmen, und nicht die nach wie vor zahlreich sich behauptenden Kleinbetriebe, sind die Träger des technischen und organisatorischen Fortschritts. Neben und unter ihnen fungieren die Kleinen als Ausführer und Reparateure. In ihrem engen Bereich müssen sie den Maßnahmen der Großen folgen — etwa in der Rationalisierung von Produktion und Verkaufswesen, in den Lohnerhöhungen und Sozialleistungen —, sollen sie nicht zugrunde gehen. Wohl leben die kleinen Selbständigen wieder auf vergoldetem Boden, und dank der Tätigkeit ihrer Organisationen und zielstrebiger Mittelstandspolitik einer von Bürgergruppen gebildeten Regierung traf keine der alten Prognosen von ihrem baldigen Untergang ein. Gleichwohl ist ihre Selbständigkeit unterminiert, müssen sie in gesamtwirtschaftliche Entwicklungen sich fügen, auf die sie selbst kaum Einfluß haben.

Indes ist der Angestellte, und nicht der kleine Selbständige, die Schlüsselfigur der modernen Gesellschaft. Er lebt eine zutiefst unfreie Existenz. Gewiß, er besitzt die unveräußerlichen Rechte, die das Grundgesetz garantiert. Aber in der Arbeitssphäre kann er sie nicht verwirklichen, nicht zum Beispiel das Recht auf Meinungsfreiheit, mit dessen Wahrnehmung im Betrieb er seine Karriere aufs Spiel setzt, nicht das allgemeine Recht auf Einhaltung der Person, die in die bürokratische Apparatur eingeschnürt bleibt. Der Wunsch nach der Karriere und nach Distanzierung von „denen da unten" ist der Strick, der seine Freiheit erstickt. Seine eigenen, aus der Arbeitssituation und den Traditionen der unteren Mittelschicht hergeleiteten Ziele, wie die bürokratische Struktur der Unternehmung drängen ihn gleichsam in die Angestelltenmentalität der Anpassung, der Einfügung, des mit Scheinaktivität untermischten passiven Verhaltens hinein. Am Angestellten wird deutlich, wie die Gesellschaft selbst unterhöhlt, was im guten wie im bösen die Besonderheit der abendländischen Kultur ausgemacht hat: Idee und Realität der Persönlichkeit, des mündigen, selbst über sich bestimmenden, freien Subjekts.

V

Die Arbeiterschaft, zu der die Hälfte der Bewohner der Bundesrepublik zählt, ist bekanntlich nicht mehr der vierte Stand, der außerhalb der Gesellschaft steht. Auch nicht ein Proletariat. Proletarier war ja nach der klassischen Bestimmung, wer ohne Eigentum an Produktionsmitteln vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebte, die nur in Höhe ihrer Reproduktionskosten entgolten wurde. Aber obwohl sie sich aus diesem Stadium eines nicht einmal durchgehend garantierten baren Existenzminimums herausgekämpft hat, befindet sie sich, und mit ihr das Gros der unselbständigen Handwerker und der kleinen Angestellten, doch immer noch im Zustand nur scheinbarer Ebenbürtigkeit. Nach wie vor bilden Arbeiter eine Unterschicht, die zwar ihre Position in der Gesamtgesellschaft wesentlich verbessern, indessen nicht die volle Gleichstellung mit den Nachfolgern des alten Bürgertums erreichen konnte. Das Machtmittel der allenfalls mit Gebrauchsbesitz, aber nicht mit Produktionseigentum Versehenen — Zusammenschluß und kollektive Aktion — hat wohl für die Erkämpfung gleicher Formalrechte, für die Herstellung faktischer Gleichheit sich jedoch nicht bewährt.

Auf der Prestigeskala nimmt die Arbeitergesamtheit die niedrigsten Plätze ein. Auch ihre Einkünfte bleiben hinter denen der meisten Mittelschichtsbürger und erst recht hinter denen der obersten Schicht weit zurück. In der Hierarchie der Betriebe stehen Arbeiter und unselbständige Handwerker ebenfalls auf den unteren Sprossen, ein Kreis von Weisungsempfängern, die nicht nur keine Anordnungsbefugnis gegenüber Dritten, sondern auch kein Dispositionsrecht über Art und Einteilung der eigenen Arbeit besitzen.

Auch in der Massengesellschaft bildet die Arbeiterschaft eine Welt für sich, in der die Lebenswege anders verlaufen als in den höheren Rängen. Normalerweise wird der in ihr Geborene auch sein Leben in ihr beschließen, jedenfalls in der Unterschicht verbleiben. Die Chance zur Verbesserung seiner Situation ist lediglich eine des Aufstiegs in den eigenen Reihen, in denen besserer Lohn, ersparter Kleinbesitz, betriebliche Stellung und der Respekt der Umwelt den Nachkommen gelegentlich über den Vater heben. Aus der Geburtsschicht herauszukommen, gelingt nur in seltenen Ausnahmefällen. Für weiteres Avancement fehlen gewöhnlich die Voraussetzungen, die etwa der Besuch einer Oberschule, von Fach- und Hochschulen vermittelt. Es wurde schon erwähnt, daß nur 5 Prozent der westdeutschen Studenten aus der Arbeiterschaft stammen. Insgesamt waren im Wintersemester 1958/59 7795 Arbeiterkinder an den wissenschaftlichen Hochschulen und Universitäten immatrikuliert, darunter die absurd kleine Minderheit von 664 Mädchen. Auch in den höheren Schulen stellen sie lediglich eine extrem geringe Minorität. Die überwiegende Mehrheit der in den Schattenzonen Aufgewachsenen tritt also in den Wettstreit um die qualifizierteren Berufe und die einflußreicheren Positionen gar nicht erst ein. Weiterhin sind Hochschulen und höhere Schulen reine Bürgerinstitute, in denen Bürgerkinder von Abkömmlingen bürgerlicher Gruppen unterrichtet werden. Von vornherein, noch ehe die Konkurrenz überhaupt beginnt, wird die größere Hälfte der jugendlichen Bevölkerung von ihr ebenso ausgeschlossen, wie sie sich selbst ausschließt.

Ist die Arbeiterschaft auch hinsichtlich ihrer Beteiligung an den Institutionen der höheren Bildung eine Unterschicht, so nimmt sie, wie einige Autoren meinen, nach dem Maß der in ihr vorhandenen, für Schul- und Hochschulbesuch erforderlichen Begabung ebenfalls nur einen untergeordneten Platz ein. Karl Valentin Müller, bis zu seinem Tod 1963 Ordinarius einer deutschen Universität, hat diese These formuliert[20]). Danach kumulieren sich die natürlichen Talente in den Ober- und Mittelschichten, deren Kinder deshalb an den anspruchsvolleren Instituten überwiegen würden. Müller versichert, einzig in diesen Schichten hätten sich so-

genannte „Erbbestände guter Begabungen" gebildet, sie stellten eine natürliche Auslese dar, deren Angehörige dank überlegener Erbqualität die gehobeneren Ränge in der Gesellschaft besetzen. Ihr Anspruch auf Privilegierung und seine Einlösung wären also durch die Natur selbst legitimiert, unzulängliche Naturqualitäten die Erklärung, warum die Kinder der Unterschichten so selten den Weg von der Volksschule in die höhere Schule und zu den begünstigteren Rängen finden.

Müllers Theorie aus der Nachbarschaft der Rasselehren mag dem naiven Beobachter ebenso einleuchten, wie sie den an der Erhaltung des bürgerlichen Bildungsprivilegs Interessierten willkommen ist. In der Tat haben ja Lohnaufbesserungen, private Stipendien und staatliche Studienförderung wichtige Barrieren beseitigt, die bis vor wenigen Jahrzehnten die gehobenen Bildungseinrichtungen gegen die Mehrheit des Volkes abschirmten. Wenn trotzdem Arbeitertöchter und -söhne bis auf seltene Ausnahmen die neue Chance nicht nutzen, liegt der Schluß nahe, ihre angeborenen Fähigkeiten reichten nicht aus.

Wie sehr diese Folgerungen in die Irre führen, lassen bereits die zuvor mitgeteilten Ziffern über die soziale Herkunft der Studierenden anderer Länder erkennen. Wenn in Großbritannien 35 Prozent, in der Bundesrepublik aber nur 5 Prozent aus Arbeiterfamilien stammen, kann die Ursache lediglich in ungünstigeren Sozialverhältnissen, nicht im schlechteren Begabungsstand der letzteren liegen. Andere Ergebnisse der Schulstatistik bieten ebenfalls Widerlegungen der biologistischen Theorie. So erreichen nach den fundierten Schätzungen von Carnap und Edding[21]) sowohl in den USA als in der UdSSR etwa 20 Prozent aller Neunzehnjährigen die Hochschulreife nach westdeutschem Maßstab, in der Bundesrepublik hingegen nur knapp 6 Prozent. Diese Differenzen haben mit natürlichen Begabungsunterschieden so wenig zu tun wie die starke Vertretung der gehobenen Mittelschichten, die extrem geringe der unteren Strata in den höheren und hohen Schulen Westdeutschlands. Die Ursachen der Disproportionalität werden also weder durch die Theorie der natürlichen Inferiorität noch durch die Behauptung eines bürgerlichen Bildungsmonopols erklärt. Statt in Naturgegebenheiten oder einfach in den Besitzverhältnissen, muß man sie in der besonderen gesellschaftlichen Situation der gesamten Arbeiterschaft und der ihr sozial verwandten Gruppen suchen.

In der amerikanischen Soziologie hat ein Begriff sich eingebürgert, der treffend die geistig-psychologischen Lebensumstände auch der westdeutschen Unterschichten charakterisiert, der Begriff der Subkultur. Ungeachtet der Angleichungen im Materiellen, der Nivellierung von Konsumgewohnheiten und der auf alle sich erstreckenden uniformisierenden Wirkungen der Massenmedien, lebt die Majorität der Arbeiter in einem besonderen kulturellen Gehäuse, in dem die Verhaltensregeln der Mittelschichten nur begrenzte Geltung besitzen. Wenig haben die Wertvorstellungen, an denen Arbeiter, kleine Beamte und Angestellte sich orientieren, mit denen der sozial über ihnen rangierenden Gruppen gemein. Das spezifisch bürgerliche Aufstiegsideal, der Wunsch, als einzelner voranzukommen und die Kinder auf einen höheren sozialen Platz zu heben, Karrierestreben und gesellschaftlicher Ehrgeiz sind unterhalb der Schattenlinie, die auch heute die Gesellschaft in ein großes bürgerliches und ein ebenso großes nicht-bürgerliches Lager teilt, nahezu unbekannt. Zwar sind Arbeiter auch am Fortkommen interessiert, aber Fortkommen heißt für die Schicht, die den Klassenunterschied bisher wesentlich als Unterschied der Konsummöglichkeiten erfuhr, eher Hebung des materiellen Standards und nicht individuelle Laufbahn, nicht Aufstieg in der Berufspyramide und Lösung von der Herkunftsschicht. Wer herausdrängt und allein den Weg nach oben sucht, wird statt mit neidvollem Lob häufiger mit der Stigma-

tisierung als Abtrünniger bedacht. In dieser zutiefst unbürgerlicher Haltung drücken alte Klassenerfahrungen sich aus[22]). Es ist die Einstellung einer Schicht, die nur durch gemeinsame Aktion, durch Zusammenschluß und Organisation überlieferte Rechte verteidigen, neue erwerben und aus der proletarischen Misere sich zu befreien vermochte.

Auch die gewandelten Verhältnisse der Gegenwart bestätigen die alte Erfahrung, daß ein Arbeiter nicht selbst seines Glückes Schmied sein kann. Viele wissen, daß für sie keine reale Aufstiegschance besteht und nur ausnahmsweise die Möglichkeit zur Überwindung des Abgrunds sich bietet, der die Fabrik vom Büro trennt. Diese Situation wird durch die Verurteilung des individuellen Aufstiegsstrebens, durch das Fehlen des Aufstiegsideals überhaupt vom Bewußtsein ratifiziert. Für die Kinder der Unterschichten haben die das elterliche Verhalten lenkenden Wert- und Zielvorstellungen verhängnisvolle Konsequenzen. Auch wenn den Eltern daran liegt, ihren Sprößlingen ein besseres Leben zu sichern, werden sie zögern, die Kinder auf die Ober- und Hochschulen zu schicken, weil die ihnen geläufige Definition des besseren Lebens, im Gegensatz zu der von den Mittelschichten akzeptierten, den Aufstieg nicht enthält. Daß der Besuch weiterführender Anstalten ihre Startchancen im Wettbewerb verbessern würde, ist manchem gleichgültig und vielen gar nicht bekannt. Noch weniger lassen sie ein Recht auf geistige Entfaltung gelten. Andere unterschätzen den Verkaufswert theoretischer Bildung. Um das Hauptziel, einen höheren als den den Eltern möglichen Standard, zu erreichen, genügt die durch eine Lehre ergänzte Volksschule. Schließlich läßt auch das der ganzen Schicht eigentümliche Mißtrauen gegen individuelle Karrieren in den Nachfahren selbst jenen Ehrgeiz nicht oder nur unzureichend entstehen, der sich durch besondere Schulleistungen hervortun und damit den Weg zu respektierten Rängen bahnen will.

Das aus der Klassengeschichte genährte Desinteresse von Arbeitereltern an einer besseren theoretischen Bildung und die ebenfalls in der Klassentradition begründete Weigerung, auch die vom Lehrer als hinreichend talentiert erachteten Sprößlinge aus der Volksschule herauszunehmen, endlich die nach wie vor vorhandenen finanziellen Schwierigkeiten erklären zu einem Teil, warum die Oberschulen weiterhin als reine Bürgerinstitute fungieren. Allein, es scheint, als sei die Zahl der Arbeiterkinder, die elterliche Ignoranz trotz bescheinigter Eignung auf der Volksschule hält, nicht sonderlich groß. Wohl wäre viel gewonnen, wenn wenigstens sie weiterkämen. Das zu erreichen, die Erwachsenen aufzuklären und in den Unterschichten die höhere Schulbildung wohnstubenfähig zu machen, wäre vornehmlich Sache der Arbeiterorganisationen, aber sie versagen. Ebenfalls befangen in den Vorurteilen der Schicht (und anscheinend kaum reflektierter als die, die sie vertreten), haben die Nachfolger jener Arbeiterführer, die die Arbeiterbewegung auch als eine Bildungsbewegung begriffen, bisher keine Erfolge erzielt, die denen ihrer Vorgänger vergleichbar wären.

Indes liegt das Hauptproblem weder in der Weigerung jener Eltern, deren Kindern die Begabung vom Lehrer bestätigt wurde, noch im Versagen der Arbeiterverbände. Wichtiger ist, warum nicht mehr Adepten aus den Unterschichten schon in der Volksschule als begabt erscheinen. Offenkundig stehen die Lebensumstände dieser Gruppen nicht nur der Schulung, sondern schlechthin der Konstituierung von Begabung im Wege.

VI

In einer sorgfältigen Abhandlung hat der Psychologe Heinrich Roth[24]) vor einiger Zeit betont, Begabung sei nicht einfach ein Satz gegebener Naturanlagen, nicht eine Pflanze, die selbsttätig aus vorhandenem Keim sich entfaltet. Begabung „an

sich", heißt es in seiner Schrift über „Jugend und Schule zwischen Reform und Restauration", könne gar nicht festgestellt, ihre Naturkomponente niemals isoliert nachgewiesen werden. Ein Potential, das als solches nicht in Erscheinung tritt und infolgedessen auch dem erkennenden Zugriff sich entzieht, wird Begabung erst in der Bewährung an Aufgaben sichtbar. Aber nicht allein bleibt sie ohne die Bewährung unerkennbar, sie wird durch diese überhaupt erst konstituiert. Um zu werden, als Potential sich zu aktualisieren, braucht sie die Aufgabe, das zu lösende Problem, die Provokation. Begabung wäre demnach sowohl Anlage und potentielle Energie wie zugleich das Ergebnis von Herausforderungen, an denen sie Gestalt annimmt. Diesen Sachverhalt verdeutlicht Roths Hinweis auf die doppelte Bedeutung des Wortes. Nicht nur meint es „Begabung haben", vielmehr auch „Begabt-worden-sein", Begabung als Tun, Begabung stiften, aufbauen, Gaben verleihen, sie wecken und bilden.

Solches Begaben leisten für das Kind seine Eltern, Freunde und Lehrer. Ohne ihre adäquate Mitwirkung muß das geistige Vermögen unter seinen natürlichen Möglichkeiten, der bildsame Mensch ungebildet, der dem Begabten zugängliche unbegabt bleiben. Je nach der bildenden Kraft, die aus der Umgebung zuströmt, werden daher ähnlich veranlagte Kinder zu verschiedenem Begabungsgrad und verschiedener Begabungsart sich entwickeln. Die Förderung aber, die die Familie zuteil werden läßt, die durch sie zugeführten Motivationen und Provokationen, die Weise also, wie sie den Kindern zur Ausbildung von Begabung verhilft, hängt in erster Linie von den durch die Schichtzugehörigkeit vorgezeichneten materiellen und geistigen Umständen ab, in die die Familie selbst eingebettet ist.

Neuere Studien, in England und den USA durchgeführt, haben den durchschnittlich niedrigeren Begabungsstand von Kindern der unteren Statusgruppen, ihren vergleichsweise geringeren Ehrgeiz in der Schule und eine gewisse Indifferenz gegenüber theoretischer Bildung aus den geistigen Bedingungen erklärt, unter denen ihre Familien leben. Nach den Untersuchungsresultaten etwa von Basil Bernstein[25]) erschweren namentlich die Eigentümlichkeiten der ihnen vertrauten Sprache die Weckung von Talenten, die in der Schule dann mehr registriert als hervorgerufen werden.

Vereinfachend zusammengefaßt, laufen Bernsteins Beobachtungen darauf hinaus, daß Mittel- und Unterschichten verschiedene Sprachen sprechen, erstere eine relativ differenzierte, die von ihm sogenannte formale, die, verhältnismäßig reich an Adjektiven und Adverbien sowie an Präpositionen und Konjunktionen, den grammatikalischen Regeln entspricht und mannigfache Möglichkeiten nuancierteren Ausdrucks, eine dem jeweils Gemeinten angemessene Verbalisierung von Emotionen und Gedanken enthält. Gegenüber der formalen nimmt die in den Unterschichten gebräuchliche Sprache sich erheblich simpler aus: kurze Sätze, wenig Nebensätze, generell dürftige und oft fehlerhafte Syntax, eine geringe Zahl von Adjektiven und Adverben und seltene Verwendung solcher unpersönlichen, abstrakte Figuren bezeichnender Worte wie „es" und „man". Die Einfachheit dieser, von Bernstein „öffentlich" genannten, Sprache ist zugleich Symptom und Beleg dafür, daß Arbeiter und ihresgleichen sich auch heute noch kulturell in der Position von Außenseitern befinden. Wohl haben sie, vor etwa einem halben Jahrhundert, den Schritt vom Analphabetentum zur Schriftkundigkeit getan. Indessen wurde die Schwelle zur Literatur, aus der die Umgangssprache Differenziertheit gewinnen könnte, nicht überschritten. Nach wie vor bleiben sie im Vorhof dessen, was man gemeinhin Kultur heißt, und tragen, ohne sich dessen bewußt zu sein, an der Last eines Jahrhunderte langen Ausschlusses von ihr. Es ist nicht zuletzt diese, in die Sprache eingegangene und durch sie — wenn auch nicht nur durch sie — perpetuierte Tradition des kulturellen Proletariertums, die es den

Unterschichten verwehrt, aus eigener Kraft den circulus vitiosus zu durchbrechen, in dem auch die Armut der Sprache den Zugang zu den Kulturobjektivationen verbaut, aus denen allein sie ihre Dürftigkeit zu heilen vermöchte.

In gewandelter Form setzt diese Tradition mittels des Sprachgebrauchs noch heute sich fort: den Kindern der Unterschichten nämlich, die in der Familie einzig mit der Gemeinsprache vertraut gemacht werden, bleiben jene, das Werden von Begabung fördernden Stimuli vorenthalten, die die formale Sprache den Abkömmlingen anderer Strata übermittelt. Wahrnehmungs- und Denkvermögen werden so strukturiert, daß Schul- und andere mehr theoretische Leistungen schließlich schwerer fallen. Die der Gemeinsprache eigene Armut an Konjunktionen und Präpositionen, solchen Worten also, die zeitliche, räumliche und kausale Beziehungen herstellen, beeinträchtigt das Training des Beziehungsdenkens. Statt auf Verknüpfungen, weist die Sprache auf das Unmittelbare, Starre, Geschlossene hin, leitet sie mehr zum beschreibenden, an Inhalten orientierten, als zum analytischen, Strukturen ergreifenden Denken an. Beziehungs-Denken, Regeln-Finden, Lücken-Entdecken gehören jedoch, wie Roth darlegt, wesentlich zum Wesen und Erscheinungsbild der Intelligenz. Sie kann sich im Medium der Gemeinsprache weniger entfalten als dort, wo die formale Sprache regiert.

Weder im sprachlichen Ausdruck noch im Denken entsprechend geübt, sind viele Kinder der unteren Strata auch psychologisch für die Schule ungenügend präpariert. Sie unterrichtet in der formalen Sprache, und diese ist ihnen nicht vertraut. Der Lehrer, der sich ihrer bedient, muß unpersönlich scheinen, fremd, so fern, daß schwer Zutrauen zu ihm entsteht. Zutrauen, lehren die Pädagogen, gehört jedoch zu den unentbehrlichen Voraussetzungen fruchtbaren Lernens. Statt im Klima solchen Vertrauens lernend sich zu entfalten, wirft der Schock der Fremdheit diese Kinder leicht in Trotzhaltungen zurück, die nicht nur die Entwicklung verzögern, sondern überdies häufig den Anschein mangelnder Begabung erwecken werden.

In der Marx'schen Theorie besaß die Arbeiterschaft einst eine Anleitung nicht nur für die politische Aktion, sondern auch für die Herausbildung einer neuen, Passivität und prinzipielle Fügsamkeit überwindenden Haltung zur Welt. Marx hatte ja die Machbarkeit der gesellschaftlichen Dinge durch die nach seiner Auffassung von der Geschichte zur Umbildung berufene Klasse gelehrt. Die Beschäftigung mit seiner Theorie hat auch die, die sie nicht als Dogma akzeptierten, geistig von den tradierten Denk- und Verhaltensweisen der Schicht emanzipiert, die zu bloßer Hinnahme von je Gegebenem motivierten und die unter ihrem Regiment Lebenden in eine fatalistische Einstellung zum gesellschaftlichen Geschehen hineinmanövrierten. Mit der Diffamierung der Theorie und dem von den Arbeiterorganisationen vollzogenen Verzicht auf die Auseinandersetzung mit ihr ging dieser auf Überwindung der Apathie drängende Impuls verloren. Auf einem höheren Niveau fiel die ganze Schicht in die alte Haltung der Anpassung, der Hinnahme der ihr zugewiesenen gesellschaftlichen Position zurück. Unsere Arbeiterschaft ist keine revolutionäre Klasse. Der durch die Hoffnung auf eine humanere Zukunft gestützte Glaube an die Veränderbarkeit der Welt hat in ihr seine Macht verloren. Überlieferte Denkweisen dominieren: in der Kindererziehung, in der Einstellung zur Bildung, im gesamten Familienleben, in der Sphäre der Arbeit, in der Politik. Sowohl die Institutionen des gegenwärtigen Gesellschaftssystems als auch die Haltung der Arbeiterschaft selbst sorgen dafür, daß sie die Unterschicht bleibt.

Die soziale Schicht, so lassen die Ergebnisse unserer Überlegungen definitorisch sich zusamenfassen, ist eine unorganisierte Großgruppe, bestehend aus Personen, die eine gleichartige Stellung im Arbeitsprozeß einnehmen, ein ähnliches mate-

rielles Lebensniveau erreichen und ungefähr gleiches soziales Prestige genießen. Hinsichtlich der Teilhabe an den von der Gesellschaft gebotenen materiellen und immateriellen Gütern befindet sich jede Schicht im Vergleich mit der oder den anderen in einer mehr oder weniger begünstigten Position. Jede Schicht bildet eine Subkultur, insofern Denken und Verhalten der ihr Zugehörenden in wichtigen sozialen Bereichen sich an besonderen, nur für sie verbindlichen Normen orientieren. Im Sinne dieser Definition sind auch in der Bundesrepublik soziale Schichten vorhanden, ist die westdeutsche Gesellschaft aus Schichten gebaut. Verglichen mit früheren Entwicklungsstadien der kapitalistischen Industriegesellschaft haben sich jedoch die Abstände zwischen den ihrerseits veränderten Schichten verringert, und nicht länger ist die gesamte Existenz des Individuums durch die Zugehörigkeit zur Geburtsschicht determiniert. Die mit der Industrialisierung ausgelösten Nivellierungstendenzen haben sowohl die Chance des einzelnen, sich von der Herkunftsschicht zu emanzipieren, verbessert, als auch Unter- und Oberschichten einander näher gebracht. Gleichwohl sind die Trennungslinien nicht bis zur Aufhebung der Schichtdifferenzen verwischt. Grob gesehen, ist die westdeutsche Gesellschaft auch heute in mindestens drei Schichten, in Ober-, Mittel- und Unterschicht geteilt, deren Angehörige hinsichtlich ihrer Lebenschancen, der typischen Lebenswege, der Denk- und Verhaltensmuster differieren. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß die Schichtzugehörigkeit die individuelle Existenz noch viel weitgehender bestimmt, als die bisher vorliegenden Untersuchungen erkennen lassen. Aber so unvollständig die Untersuchungsresultate auch sind, machen sie doch klar, daß der von der Theorie der nivellierten Mittelstandsgesellschaft behauptete Zustand der Chancengleichheit für alle, der Befreiung der einzelnen von den Fesseln, der Enteignung von den Privilegien der Schicht noch nicht begonnen hat.

Anmerkungen

[1]) Hier zitiert nach: Gesellschaftlicher Wandel. In: Offene Welt, Nr. 41, Januar/Februar 1956, S. 62 ff.

[2]) M. Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 10 (1958), Heft 1. Die oben wiedergegebenen Zahlen sind grobe Zusammenfassungen der von Janowitz ermittelten Daten.

[3]) J. Schumpeter, Die sozialen Klassen im ethnisch-homogenen Milieu. In: Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, S. 152.

[4]) K. M. Bolte, Sozialer Aufstieg und Abstieg. Stuttgart 1958.

[5]) H. Moore und G. Kleining, Das soziale Bild der Wirklichkeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 11 (1959), Heft 3.

Dies., Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten. In: Kölner Zeitschrift, Jg. 12 (1960), Heft 1.

[6]) R. Dahrendorf, Deutsche Richter. In: Gesellschaft und Freiheit, München 1961. D. Rüschemeyer, Rekrutierung, Ausbildung und Berufsstruktur. Zur Soziologie der Anwaltschaft in den Vereinigten Staaten und in Deutschland.

In: Soziale Schichtung und soziale Mobilität; Sonderheft 5 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, hrsg. von R. König und D. V. Glass, 1961.

[7]) Dahrendorf, Deutsche Richter, a.a.O.

[8]) Rüschemeyer, a.a.O.

[9]) C. v. Ferber, The Social Background of German University and College Professors since 1864. In: Transactions of the Third World Congress of Sociology, Bd. III, Amsterdam 1956.

[10]) G. Kath, Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1959. Berlin 1960.

[11]) Statistische Berichte, VIII/4/40, Wiesbaden 1960, S. 24—29. Umrechnung von Rüschemeyer, in a.a.O.

[12]) Angabe von Dahrendorf, Von der Industriegesellschaft zur Bildungsgesellschaft. In: Offene Welt, Nr. 74, Dezember 1961, S. 541.

[13]) Statistisches Jahrbuch für die DDR. Berlin 1959.

[14]) De studerendes okonomiske vilkar. Betaeking I. Agivet af det Undervisningdministeriert. Kopenhagen 1961, S. 151.

[15]) Swedish Student Welfare System. Hrsg. von The Swedish Institute, Stockholm 1959, S. 2.

[16]) Umrechnung von Dahrendorf, in Gesellschaft und Freiheit, a.a.O., S. 185.

[17]) Errechnet nach den Ziffern von Janowitz und Dahrendorf, a.a.O.

[18]) In a.a.O.

[19]) L. Neundörfer, Die Angestellten. Neuer Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart 1961. D. Claessens et al., Angestellte und Arbeiter in der Betriebspyramide. Berlin 1959.

[20]) K. V. Müller, Das ‚Bildungsmonopol'. Seine soziologische Bedeutung als politisches Schlagwort und soziale Realität. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 8 N.F. (1961), Heft 3, S. 218 ff.

Ders., Begabung und soziale Schichtung in der hochindustriellen Gesellschaft, Köln und Opladen, 1956.

[21]) R. v. Carnap und F. Edding, Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik. 1952—1960. Frankfurt/M. März 1962. Mimeographiertes Manuskript der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung.

[22]) H. Popitz et al., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen 1957.

[23]) H. Adam, Soziale Unterschiede in der Schulausbildung begabter Kinder. Soziologische Diplomarbeit, Frankfurt/M. 1960. Unveröffentlicht.

[24]) H. Roth, Jugend und Schule zwischen Reform und Restauration. Berlin—Hannover—Darmstadt, 1961.

[25]) B. Bernstein, Sozialkulturelle Determinanten des Lernens. In: Soziologie der Schule, Sonderheft 4 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, hrsg. von P. Heintz, Opladen 1959. Vgl. zum Thema Begabung und Schichtung auch J. Habermas, Pädagogischer ‚Optimismus' vor Gericht einer pessimistischen Anthropologie. In: Neue Sammlung, 1. Jg. (1961), Heft 4.

Aus der Wirtschaft

Noch keine Einigung über EWG-Getreidepreis

Eine Entscheidung über die Höhe des Getreidepreises in den EWG-Staaten für das am 1. Juli beginnende Wirtschaftsjahr 1964/65 und über die vorgesehene Angleichung der europäischen Getreidepreise (Mansholt-Plan. Vgl. Heft 4/64) ist immer noch nicht gefallen. Die Vertreter der Bundesrepublik in Brüssel blockieren nach wie vor ein Übereinkommen, das eine Senkung des deutschen Getreidepreises in diesem und dem kommenden Jahr zum Inhalt haben würde. Die EWG-Kommission ist nun vom Ministerrat beauftragt worden, bis zum 12. Mai neue Vorschläge auszuarbeiten. Am 2. Juni werden die Außen- und Wirtschaftsminister erneut in Brüssel zusammentreten, um einen endgültigen Beschluß zu fassen.

EWG-Programm zur Konjunkturpolitik

Der Ministerrat der EWG hat am 14. April auf Grund eines Entwurfes der EWG-Kommission einstimmig „Maßnahmen zur Wiederherstellung des inneren und äußeren Gleichgewichts der Wirtschaftsentwicklung der Gemeinschaft" beschlossen. Es

handelt sich um das erste gemeinsame Rahmenprogramm für eine Abstimmung der Konjunkturpolitik der einzelnen Länder der Gemeinschaft. Danach soll bis Ende 1964 in allen EWG-Staaten eine Stabilisierung der Preise und Kosten erreicht werden. Den Mitgliedstaaten wird empfohlen, die Zuwachsrate der öffentlichen Ausgaben pro Jahr auf 5% zu beschränken. Ferner wird u. a. die Notwendigkeit einer liberalen Einfuhrpolitik für die Stabilisierung der Konjunktur betont.

Die Bonner Coupon-Steuer

Die Bundesregierung hat am 29. April den Gesetzentwurf für die am 23. März bekanntgegebene Einführung einer 25%igen Kapitalertragssteuer für Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, die im Besitz von „Gebietsfremden" sind, beschlossen. (Als „gebietsfremd" gelten Gläubiger, die ihren Wohnsitz nicht in der Bundesrepublik haben.) Sie drängt darauf, daß das Gesetz möglichst bald verabschiedet wird und noch vor dem 1. Juli in Kraft tritt. Mit der Einführung dieser sogenannten „Coupon-Steuer" soll der anhaltende Zustrom ausländischen Kapitals in die Bundesrepublik gedrosselt werden. — Die Devisenreserven der Bundesbank haben sich von Anfang Februar bis zum 10. März um 1060 Millionen DM erhöht, gegenüber einer Erhöhung von 2600 Millionen DM im ganzen Jahr 1963.

Amerikanische Handelskammer fordert Erleichterung des Osthandels

Auf der Jahrestagung der Amerikanischen Handelskammer ist am 29. März eine Resolution angenommen worden, in der eine Aufhebung aller „unnötigen" Exportkontrollen gefordert wird, die die amerikanische Wirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit behindern. Es wurde Klage darüber geführt, daß die bisherigen Beschränkungen des Exports zu einer bevorzugten Position anderer westlicher Staaten im Osthandel geführt haben. Der amerikanische Anteil am Gesamtexport des Westens nach der Sowjetunion und Osteuropa in Höhe von über vier Milliarden Dollar betrug im vergangenen Jahr nur 119 Millionen Dollar. Die Volksrepublik China, Nord-Korea, Nord-Vietnam und Kuba sollen in die gewünschte und auch von Regierungsseite befürwortete Erleichterung des Osthandels nicht einbezogen werden.

Deutscher Osthandel rückläufig

Nach einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 28. April ist der Export der Bundesrepublik in die Ostblockstaaten im Jahre 1963 nicht nur relativ, sondern absolut zurückgegangen. „Bei einer über 10% auf 58,3 Milliarden DM gestiegenen Gesamtausfuhr der Bundesrepublik haben sich die westdeutschen Lieferungen in die kommunistische Welt spürbar vermindert, nämlich um rund 16% auf 1,81 Milliarden DM. Daraus läßt sich ein verminderter westdeutscher Osthandelsanteil von 4,1 (Vorjahr 4,3) % bei den Importen und von 3,1 (4) % bei den Exporten errechnen. Der Trend im laufenden Jahr ist nicht derart, daß eine Wende zu erwarten wäre, was bedeutet, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Stellung als größter ‚Osthändler' unter den westlichen Ländern bald verlieren könnte. Großbritannien wäre der nächste Anwärter auf diese ‚Führungsposition', aber auch Frankreich und Italien rücken vor." Der Importüberschuß der Bundesrepublik im gesamten Osthandel ist im Jahre 1963 von elf Millionen auf 347 Millionen DM gestiegen. Insbesondere die westdeutschen Eisen- und Stahllieferungen sind gegenüber 1962 um etwa 60% zurückgegangen, „zum großen Teil eine Folge des Röhrenembargos gegenüber der Sowjetunion".

Britisch-sowjetisches Handelsabkommen

Der britische Handelsminister Heath und der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew haben am 23. April in London ein neues Handelsabkommen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion unterzeichnet, das eine Laufzeit von fünf Jahren haben soll und an die Stelle des Mitte des Jahres auslaufenden Abkommens von 1959 tritt. Es handelt sich um ein Rahmenabkommen für den gegenseitigen Güteraustausch (vor allem Konsumgüter, da der weitaus größte Teil des Warenverkehrs sich schon jetzt außerhalb des laufenden Abkommens vollzieht), von dem man eine erhebliche Steigerung des Handels zwischen beiden Staaten erwartet. Das 1959 abgeschlossene Abkommen hatte bereits zu einer Ausdehnung des gegenseitigen Warenverkehrs von über 50% geführt. — Der sowjetische Außenhandelsminister erklärte in London, die Sowjetunion habe die Absicht, eine Anzahl kompletter Industrieanlagen in Großbritannien zu kaufen.

Die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner —

ruft auf zu einer Petition

Für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung

An den Petitionsausschuß
des Deutschen Bundestages, Bonn

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen, sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Wir bitten um Ihre Mitunterzeichnung!

Bitte wenden!

Anzeige „Blätter für deutsche und internationale Politik" 5/64

Name	Vorname	Leitzahl Ort	Straße	Unterschrift
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				
11.				
12.				
13.				
14.				
15.				
16.				
17.				
18.				
19.				
20.				
21.				
22.				
23.				
24.				
25.				

Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner

Diese Petition darf von jedem nur einmal unterzeichnet werden.

Die abgeschlossenen Listen bitte direkt an die Geschäftsführung der Kampagne für Abrüstung — Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5, bis zum 30. 7. 1964 senden.

Anzeige „Blätter für deutsche und internationale Politik" 5/64

Französischer China-Handel erheblich gestiegen

Nach einer Anfang April veröffentlichten britischen Statistik hat im Jahre 1963 von allen europäischen Ländern Frankreich seinen Handel mit der Volksrepublik China am stärksten ausgedehnt. Die französischen Exporte nach Rot-China sind, vor allem infolge der Zunahme der Getreidelieferungen, um 15 Millionen Dollar auf 58,8 Millionen Dollar gestiegen. Der gesamte Warenverkehr zwischen Frankreich und China betrug im Jahre 1963 80 Millionen Dollar, 19,8 Millionen Dollar mehr als im Jahre 1962. — Die Ausfuhr Großbritanniens nach China ist im vergangenen Jahre auf 37 Millionen Dollar gegenüber 24,1 Millionen Dollar 1962 gestiegen. Auch der Import hat bei den meisten Warengattungen zugenommen. Da jedoch die Silbereinfuhr aus China, die 1962 noch 27,64 Millionen Dollar ausmachte, nahezu völlig aufgehört hat, ist im Gesamtvolumen des britisch-rotchinesischen Handels ein Rückgang von 0,1 Millionen Dollar auf 1963 insgesamt 88,8 Millionen Dollar eingetreten.

Pekings Interesse an Japan

Auf Einladung des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu-en-lai ist Mitte April einer der führenden Politiker der japanischen Liberal-Demokratischen Partei, der Reichstagsabgeordnete Kenzo Matsumura, mit einer Delegation von Vertretern der japanischen Privatwirtschaft zu Gesprächen über eine Ausdehnung des Handels zwischen Japan und der Volksrepublik China in Peking eingetroffen. Der frühere Außenminister und jetzige Vorsitzende des Exekutiv-Ausschusses der Liberal-Demokratischen Partei, Fujiyama, ist ebenfalls nach Peking eingeladen worden. Anläßlich der Tokioter Warenmesse weilte der Gouverneur der chinesischen Staatsbank in der japanischen Hauptstadt. Er erklärte vor der japanischen Presse, China erwarte eine fortschreitende Ausdehnung des Handels mit Japan und sei am Austausch von Handelsmissionen interessiert.

Der Fall Henschel

Die Firma Henschel, Kassel, steht im Verdacht, bei Kontrakten über die Lieferung von Ersatzteilen für Panzer der Bundeswehr weit überhöhte Preise genommen zu haben. Der Generaldirektor der Henschel-Werke, Dr. Fritz Aurel Goergen, ist am 25. April in Hannover verhaftet worden. Anfang Mai wurde bekannt, daß gegen sieben weitere Firmen Ermittlungsverfahren laufen.

Rüstungsskandal in England

Die britische Firma Ferranti, eines der größten Unternehmen zur Herstellung elektronischer Anlagen in Großbritannien, hat nach einer Ermittlung des unabhängigen britischen Rechnungshofes bei einem Regierungsauftrag für das Lenksystem der „Bloodhound I"-Rakete einen Gewinn von 72% bzw. unter Berücksichtigung gewisser Materialverluste 63% erzielt, gegenüber einer Kalkulation des Luftfahrtministeriums von 7%. Der Bruder des Leiters des Unternehmer ist konservativer Abgeordneter des Unterhauses. Durch Rationalisierung der Produktion konnte die Firma die Arbeitskosten weit unter das bei den Kontraktverhandlungen mit der Regierung angegebene Maß senken. „Das Ministerium mußte für den Auftrag 11,77 Millionen Pfund aufwenden, wovon 11 Millionen Pfund die Kosten auf 770 000 Pfund den Gewinn darstellen sollten. Tatsächlich betrugen die Kosten, wie sich hinterher herausstellte, nur 6,85 Millionen Pfund, so daß die Firma einen Gewinn von 4,92 Millionen, also einen Übergewinn gegenüber der Kalkulation des Ministeriums von 4,2 Millionen einbehielt" (FAZ v. 25. 4.). A. v. B.

Fernseh-Spalte

Fragen an die Prominenz

„Bürger fragen Prominente" heißt eine neue Sendereihe, die laut Untertitel „Gespräche über Politik in Deutschland" vermitteln soll. Wie schön. Wieder einen Schritt näher der perfekten Demokratie, sagt sich der vor dem Bildschirm sehend lauschende Titelheld besagter Serie — und läßt den auserwählten Nachbarn seine Fragen stellen, der im ungewohnten Scheinwerferlicht den ganzen Katalog der guten Kinderstube zu beherrschen trachtet. Der Bürger v o r dem Bildschirm scheint gar nicht zu merken, daß die TV-Fragestunde weniger der Festigung seines demokratischen Bewußtseins als vielmehr der Behebung seiner etwaigen Zweifel dient. Wer könnte besser Auskunft über Politik in Deutschland geben als die befragte P r o m i n e n z? Welche Frage: Unsere prominenten Politiker werden also nicht ruhen noch rasten, bis die Bankerottpolitik der Ära Adenauer analysiert ist, bis der letzte Name von Nazis im Regierungs-, Militär-, Polizei- und Schuldienst bekanntgegeben wurde, bis jene Kreise entlarvt sind, die unentwegt eine friedliche Vernunftpolitik sabotieren. Undsoweiter. Sind wir uns einig? Die Prominenz wird genau das tun, was sie seit dem ersten Regierungstag der Bundesrepublik getan hat. Sie wird die Fragesteller in den Dunstkreis zurückstoßen, aus dem sie mit ihren lächerlichen Fragen tastend hervorkamen. Da erklärt zum Beispiel Dr. Eugen Gerstenmaier, sich im vollen Bewußtsein geistiger Überlegenheit lässig zurücklehnend, einem (sehr) jungen Mann: Aber nein, es gibt keinen Fraktionszwang! Und der junge Mann kann seinen Freunden sagen: Aber nein, es gibt keinen Fraktionszwang. Der Gerstenmaier hat es mir persönlich gesagt. Und der muß es ja wissen! Nun habe ich gar nichts gegen Dr. Gerstenmaier. Das Beispiel bot sich an durch die Sendung vom 22. April. Aber dieses Manipulieren mit einem Begriff ist doch zu erbärmlich. Setzen wir statt Fraktionszwang das Wort Fraktionsdisziplin. Schon sieht alles anders aus. Der von den Nationalsozialisten verfolgte Bürger X: wird auch er Gelegenheit haben, meinetwegen Herrn von Hassel zu fragen, wie Schleswig-Holstein eine Nazikolonie werden konnte, als dieser ach so unbescholtene Herr dort Ministerpräsident war? Wird die Jüdin Y Herrn Globke fragen dürfen, wie er seine eigenen moralischen Verbrechen einschätzt? Wird der Kriegsdienstverweigerer Z Herrn Trettner fragen können, warum sich einige hunderttausend Deutsche von tausenden Offizieren befehligen lassen müssen, die unter Hitler so treu gedient haben wie sie jetzt dem sogenannten Vaterland zur Verfügung stehen?

Werde ich schließlich Herrn Bundeskanzler Erhard fragen dürfen, warum man eine deutsche Minorität — ein paar hunderttausend Hitlergegner werden es aber doch immerhin sein — permanent beleidigt, indem man ihnen zumutet, mit einer unkrotrollierbaren Anzahl physischer und moralischer Mörder zusammenzuleben? Der Prokurist, der den Angestellten anschnauzt, hat vielleicht an Judenausrottungen „mitgewirkt". Der Schulleiter, dem die Erziehung von einigen hundert oder tausend unverdorbener Menschen anvertraut ist, hat vielleicht als Ausbilder der Hitlerwehrmacht vielen jungen Menschen, wie es so schön hieß, „moralisch das Kreuz gebrochen". Der Oberregierungsrat, der Minister, der Staatsanwalt, der General, der Unternehmer, — wieviele, die uns heute beherrschen, sind eigentlich potentielle Mörder?

Heinar Kipphardt hat in seinem großartigen Stück „Der Hund des Generals" einen einzigen dieser Mörder entlarvt. Aber dieses packende und beklemmende Fernsehspiel enthüllte gleichzeitig die Tatsache, daß man gegen solche Mörder seitens der Justiz gar nichts unternehmen kann (oder will?). Vor einigen Monaten nannte ich einen Fernsehartikel „Die Dramaturgie der Opposition". Es ist anscheinend die einzige Möglichkeit, Resistance-Denken durch Fernsehen zu vermitteln. Möge uns diese, durch den Filter der Kunst geläuterte, Opposition wenigstens erhalten bleiben.

E. H. Wahl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Dreht Euch nicht um, dreht Euch nicht um, der Plumpsack geht um . . . Harmloses Kinderspiel kommt mir hier als gefährliche Erwachsenenweisheit sehr aktuell vor. Das wenig Gute daran, daß diese „Plumpsäcke" nicht aus Jute sind, sondern aus Fleisch, Blut und Vorurteilen. Sie sind es, welche infantile Staatsbürger so ängstigen, daß sie es wirklich für klüger halten, sich nicht „umzudrehen". Ich Optimist fürchte zum Beispiel, daß die „umgehenden Plumpsäcke" leider das Recht haben zu triumphieren. Da sammeln zum Beispiel (ich auch) Teilnehmer der „Kampagne für Abrüstung" Unterschriften für eine Petition an den Bundestag. Mitbürger, Freunde, hört mich an: Hunderttausende werden nicht etwa deshalb ihre Unterschrift verweigern, weil sie gegen unsere Ziele seien, nein, weil sie den „umgehenden Plumpsack" fürchten.

Angst vor dem stattlichen unstatthaften staatlichen Mißbrauch der Anschriften, Angst vor verfassungmißachtenden Verfassungsschützern, Angst vor Konsequenzen der eigenen Courage.

Der Plumpsack geht um.

Die Plumpsäcke gehen in vieler Art Verkleidung um.

Mehr oder weniger plump.

Ich will so einen Plumpsack einmal öffnen: Die „Frankfurter Allgemeine" brachte am Dienstag nach Ostern in ihrer Deutschland-Ausgabe eine Sieben-Zeilen-Notiz (7!) über die Tatsache, daß sich zu Ostern zwanzig Marschsäulen mit fünfzigtausend Menschen regten, um für die Abrüstung zu demonstrieren.

Dieser auf Liliputumfang getrimmten Meldung wurden achtzehn Zeilen vorgespannt, welche die Meinung des SPD-Strategiezentrums über die Ostermärsche („. . . stark mit kommunistischen Parolen liebäugeln") bekanntgaben.

Überschrift der Zeitungsmeldung, daß fünfzigtausend Menschen in Wind und Wetter für den Frieden agierten: SPD gegen Ostermärsche.

Das ist plumpester Plumpsack. Da ist die Katze schon aus dem Sack gelassen.

Ein Versehen?

Nein, auf meine diesbezügliche Anfrage antwortete Herr Dr. Ernst-Otto Maetzke, Redakteur dieses Renommierblattes vom Baum der Verkenntnis: „Es geschieht in der Absicht Platz zu sparen und das typographische Bild der Seiten nicht durch allzu viele Überschriften zu beeinträchtigen." Und abschließend: „Daß Sie gern Ausführlicheres über dieses Thema gelesen hätten, begreifen wir ohne weiteres. Um Ihnen gefällig zu sein, überlassen wir Ihnen als Anlage drei Ausgaben von zwei Konkurrenz-Zeitungen, die den Ostermärschen breiteren Raum gegeben haben."

Anlagen: Zwei Exemplare „Neues Deutschland" und eine Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung".

„Plumpsäcken" ist es nicht gegeben zu argumentieren, sie „plumpen".

Sie schütten Verdächtigungen, Verunglimpfungen, Diffamierungen, Verleumdungen aus und mit der Trägheit der Behäbigen lassen sie sich vor die Füße der Fortschreitenden plumpsen.

Wie dieses Volk bereits im embryonaldemokratischen Denken an die Kandarre der „Plumpsäcke" genommen wird, ist eine psychologisch-politische Dressurleistung.

Diese „Plumpsäcke" verbarrikadieren mehr und mehr den Sichtbereich. Sie spekulieren auf die miesesten Charaktereigenschaften unseres Volkes.

„Dreht Euch nicht um, dreht Euch nicht um, der Plumpsack geht um?"
Leute, dreht Euch um!

Demaskiert die „Plumpsäcke"! Helft sie leeren und zeigt allen den Inhalt! Damit sich die Ängstlichen endlich ihrer Furcht schämen.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Der Streit um die Zölle

Die aller Voraussicht nach überaus langwierigen Zollsenkungsverhandlungen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), die am 4. Mai in Genf offiziell eröffnet wurden, stehen unter einem recht ungünstigen Stern. Kenner meinen, daß die Aussichten, bald zu Vereinbarungen über die Senkungen von Industrie- und Agrarzöllen zu kommen, im umgekehrten Verhältnis zu den großen Hoffnungen stehen, die der Initiator der nach ihm benannten Verhandlungsrunde, der ermordete Präsident Kennedy, in die Genfer GATT-Konferenz setzte.

Der Hauptgrund dafür, daß in Washington der Plan für diese Zollsenkungsverhandlungen ausgearbeitet wurde, liegt in den tiefgreifenden handelspolitischen Veränderungen innerhalb der westlichen Welt. In den Jahren seit der Gründung der EWG beobachtet man in den USA mit gemischten Gefühlen, wie hier ein Markt heranwächst, der sowohl hinsichtlich seiner riesigen Produktionskapazitäten als auch der hohen Nachfrage und der relativ starken Kaufkraft der Bevölkerung der sechs EWG-Staaten ein Wirtschaftsimperium darstellt, das sich mit den Größenordnungen der USA messen kann. Das vorerst noch vage Unbehagen darüber, daß mit der Bildung des Gemeinsamen Marktes die für die Nachkriegsjahre charakteristische wirtschaftspolitische Vorherrschaft der Amerikaner in Westeuropa abgebaut wurde, erfuhr eine extreme Verschärfung durch zwei im Rahmen der EWG getroffene Maßnahmen: Das Veto der französischen Regierung gegen die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft öffnete den Amerikanern die Augen über die Absicht des kontinentaleuropäischen „inneren Kerns" der EWG, unter sich zu bleiben und angelsächsischen Wirtschaftskreisen den Zutritt zu verwehren — und das gewiß nicht allein aus ökonomischen Erwägungen. Schließlich bestärken die geradezu hektischen Bemühungen der EWG-Staaten, eine Außenzollmauer gegen die Importwaren unerwünschter Dritter zu errichten, Washington in seiner Befürchtung, daß hier eines der wichtigsten Absatzgebiete für amerikanische Industrie- und Agrarprodukte — jedenfalls im bisherigen Umfang — verloren zu gehen droht.

Diese für die Amerikaner in der Tat sehr ernste Situation überzeugte den in Fragen dieser Art an sich recht harthörigen amerikanischen Kongreß von der Notwendigkeit, den amerikanischen Präsidenten mit erweiterten handelspolitischen Vollmachten auszustatten: In dem am 4. Oktober 1962 verabschiedeten Trade Expansion Act wurde Kennedy das Recht zugestanden, in Zollsenkungsverhandlungen eine Reduzierung der amerikanischen Zölle bis zu 50 Prozent vorzunehmen, sie bei solchen Waren, deren Zollbelastung weniger als 5 Prozent beträgt, ganz aufzuheben und die Zölle schließlich auch für jene Waren zu streichen, bei denen der Anteil der USA und der EWG am Welthandel mehr als 80 Prozent beträgt. Man muß hier jedoch hinzufügen, daß diese wohlklingende letzte Ermächtigung nach Lage der Dinge nur dann angewendet werden könnte, wenn auch Großbritannien zur EWG gehörte. Die wichtigste Vollmacht für Kennedy — und sie ist selbstverständlich auf seinen Nachfolger übergegangen — ist also jene, die eine 50-prozentige Zollreduktion zuläßt.

Als der Trade Expansion Act den Kongreß passiert hatte, machte sich in den USA ein von Kennedy geschürter leichtfertiger Optimismus hinsichtlich der Chancen der Kennedy-Runde breit. Man glaubte, daß nun das Instrumentarium komplett sei, um eine Bresche in die bedrohlich anwachsende Außenzollmauer des Gemeinsamen Marktes zu schlagen. Diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Das Echo aus Westeuropa ließ erkennen, wie wenig Neigung hier für Zollsenkungen bestand. Vor allem Frankreich widersetzte sich der bevorzugten Einfuhr amerikanischer Erzeugnisse. Und selbst die Bundesrepublik, durch mannigfache Bindungen politischer und militärischer Art noch immer weitgehend abhängig von den USA, zeigte die kalte Schulter. Dabei waren und sind es zwei Komplexe, auf die sich der Widerstand der Europäer gegen die amerikanischen Zollsenkungspläne konzentriert: die Disparitätenfrage und die Aufhebung der Subventionen und Schutzzölle für agrarische Produkte.

Dem Streit um die Zolldisparitäten liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Vereinigten Staaten verlangen eine beiderseitige grundsätzliche Senkung der Zölle um 50 Prozent des gegenwärtigen Niveaus. Die EWG macht demgegenüber geltend, daß die USA bislang eine äußerst protektionistische Zollpolitik betreiben, auf zahlreiche Importwaren erheblich höhere Zölle als die EWG legen, eine lineare Zollsenkung um 50 Prozent darum noch immer ungerechte Zollunterschiede zugunsten der USA bestehen lasse. Die EWG-Kommission hat bereits im Februar eine Liste von mehr als 1000 Waren aufgestellt, die sie als „Ausnahmen" behandelt, also aus der linearen Zollsenkung herausgenommen wissen will. Die Amerikaner zeigten sich darüber sehr erbost, sprachen von einem „schwach" verhüllten Versuch, die Zollsenkungsverhandlungen zu torpedieren und drohten zum ersten Mal damit, in Genf gar nicht erst zu erscheinen.

Allerdings steht es außer Frage, daß der Vorwurf der EWG zu Recht besteht. Erhebliche Zollunterschiede würden auch nach einer 50prozentigen Senkung die Exporte der EWG in die USA benachteiligen. Das trifft besonders für die im Handel zwischen beiden Märkten sehr wichtigen chemischen Erzeugnisse zu. Während die EWG im Chemie-Bereich ein ausgesprochenes Niedrigzoll-Gebiet ist, erheben die USA hier besonders hohe Abgaben. Der amerikanische Zolltarif liegt bei Sätzen zwischen 40 und 50 Prozent, während der Gemeinsame Markt keinen Chemiezoll über 25 Prozent aufweist. Hinzu kommt, daß die Amerikaner außer dem Wertzoll (ad valorem-Zoll) noch einen Gewichtszoll erheben. Eine besonders einschneidende Zollmaßnahme aber sehen europäische Exporteure in dem amerikanischen Selling-Price-System, welches bestimmt, daß die US-Wertzölle nicht nach dem Normalwert der Ware, sondern nach dem „American selling price", dem Verkaufspreis festgesetzt werden. Nicht der vom europäischen Produzenten ermittelte Rechnungspreis ist also maßgebend für die Zollfestsetzung, sondern der amerikanische Verkaufspreis, der in der Regel das Doppelte des europäischen beträgt. Damit steigen die Zölle praktisch um das Doppelte. Dieses seit 1922 geltende Selling-price-System verstößt gegen Artikel 7 des GATT-Vertrages, und es versteht sich, daß die EWG-Staaten mit großem Nachdruck seine Beseitigung als Voraussetzung für vernünftige Zollsenkungsverhandlungen verlangen. Dabei ist es schwer zu entscheiden, ob sie nun wirklich auf die Beseitigung dieser Disparitäten hinzielen oder ob sie dieses Problem als Vorwand nutzen, um eine triftige Begründung für ihr Nein zu wirksamen Senkungen der Außenzölle parat zu haben.

Nicht minder kompliziert ist der Streit um den Handel mit agrarischen Erzeugnissen. Hier steht die Bundesrepublik eindeutig im Zentrum der Auseinandersetzungen. Der spektakuläre Hähnchenkrieg ist wohl noch weithin in frischer Erinnerung, er droht sich jetzt auf einer „höheren" Ebene, nämlich hinsichtlich der Festsetzung eines Getreidepreisniveaus fortzusetzen. Alle Vorschläge, mögen sie nun von unseren Partnern in der EWG oder von den Amerikanern kommen, liegen beträchtlich unter dem deutschen Getreidepreisniveau. Aus Furcht vor unliebsamen politischen Reaktionen der Bauern glaubt Bonn — wenigstens bis zur nächsten Bundestagswahl — einer Senkung des Getreidepreises nicht zustimmen zu können. Wenn es aber innerhalb der EWG zu keiner Einigung über diese zentrale Frage kommt, so bedeutet das, daß die Verhandlungsdelegationen des Gemeinsamen Marktes auf der GATT-Konferenz gar nicht verhandlungsfähig ist, jedenfalls nicht in Fragen der Agrarpolitik. Es steht noch dahin, ob die Amerikaner bereit sein werden, unter solchen Bedingungen überhaupt über andere Fragen zu beraten. Gewiß aber ist, daß der agrarpolitische Bereich damit blockiert wäre.

Übereifrige Kommentatoren haben die Bedeutung der Genfer Kennedy-Runde in einer Zeit, als positive Lösungen greifbar nahe zu liegen schienen, weit über die Ebene bloßer Zollverhandlungen erhoben, sie zu einem Testfall für die Echtheit des atlantischen Geistes, die Tragfähigkeit der westlichen Partnerschaft erklärt. Derlei Bezüge nehmen sich beim heutigen Stand der Dinge recht trostlos aus. Aber natürlich kann die politische Komponente dieser GATT-Verhandlungen gar nicht übersehen werden. Sie erstreckt sich nicht allein auf das interne Verhältnis zwischen den westlichen Industrienationen, sondern in einem sehr hohen Maße auch auf ihr gemeinsames Verhältnis zu den Entwicklungsländern. 41 der 65 Teilnehmer an der GATT-Konferenz gehören in diese Kategorie. Auf der gleichzeitig in Genf tagenden Weltwirtschaftskonferenz haben sie mit großer Deutlichkeit ihr Mißtrauen gegen das GATT

zum Ausdruck gebracht und den Wunsch nach einer Neuorganisation des Welthandels, der auch ihren Interessen in besserer Weise als die einseitig auf den Vorteil der hochentwickelten Staaten zugeschnittenen GATT-Statuten Rechnung trägt, mit einleuchtenden Argumenten begründet. (Siehe auch „Die Aufgaben der Welthandelskonferenz", BLÄTTER 4/64) Der Westen wird Mühe haben, die Richtigkeit seines Standpunkts, daß GATT die beste aller möglichen Organisationsformen des Welthandels sei, anhand der Zollsenkungsverhandlungen der Kennedy-Runde zu demonstrieren. H. H.

Zur religiösen Schlager- und Jazz-Masche

„Weil Du ja zu mir sagst", säuselt Bendix („Babysitter-Boogie"), und der Botho-Lucas-Chor weiß zu berichten: „Gott meint es gut mit dir." Kenneth Spencer wandelt singend „Im Garten von Gethsemane", und der lustige Ralf beschwört den Teufel. Das alles in sacharinsüßem Schlagerstil. Weitere Kostproben der neuen Masche des Show-Christentums findet der geneigte Hörer auf der Electrolangspielplatte „Weil Du ja zu mir sagst", die im Katalog folgendermaßen angeboten wird: „Evangelischer Kirchentag 1963 — Choräle, Songs und neue Lieder" (Bestell-Nr. E 83512). Diese „Songs" entsprechen genau den Forderungen des Münchener Studentenpfarrers Günter Hegele, der — laut „Zeit" vom 13. 9. 63 — meinte: „Die Kirche steht vor der Frage, ob sie sich antizyklisch verhalten und alles, was sie zu geben hat, drei Etagen höher ansetzen darf, in der Hoffnung, der Gläubige in spe werde schon nachklettern, oder ob sie nicht vielmehr das Niveau ein wenig senken sollte, um überhaupt einen Kontakt herbeizuführen." Auch in die Evangelische Akademie zu Tutzing hat sich — der Zweck heiligt die Mittel — die „Kitsch-gab-ich-für-Schäfchen"-Ideologie schon eingeschlichen. Die Akademie wertete das religiöse Schlagersurrogat „Danke" mit einem Preis auf. Dieses „Danke" — man kann es ebenfalls bereits auf dem Plattenmarkt erstehen — ist die Krönung der Jazz- und Schlagermasche christlicher Provenienz, ein Monstrum vulgärster Schnulzenromantik, versetzt mit einer Überdosis billigsten Missions-Parfüms. Hier ein Textauszug:

„Danke für meine Arbeitsstelle,
Danke für jedes kleine Glück,
Danke für alles Frohe, Helle
Und für die Musik.
.....
Danke, Dein Heil kennt keine Schranken,
Danke, ich halt' mich fest daran,
Danke, ach Herr, ich will Dir danken,
Daß ich danken kann."

Dagegen sind die, auch schon fast ungenießbaren, Texte des Musicals „Halleluja, Billy" direkt noch Offenbarungen künstlerischen Geschmacks: „Gottes Besen sind die besten Besen, Gottes Besen fegen alles rein ..."

Ich habe nicht die Absicht, über Wirkungen, Zweck und Erfolg solcher Versuche Erörterungen anzustellen. Ob die Teenager und Twens freudiger oder williger als bisher zur Kirche pilgern werden, wenn der nette Showman Ralf Bendix den Herrn preist, ist eine zweitrangige Frage. Auch hierzu wären natürlich grundsätzliche Überlegungen vonnöten. Doch will ich mich hier auf das Stichwort Jazz beschränken, das man in jenen Kreisen mit banausischer Leichtfertigkeit auch auf das anzuwenden pflegt, was oben beschrieben wurde.

Anläßlich des 11. Kirchentages in Dortmund wurde auch ein sogenannter Jazzgottesdienst abgehalten. Schauplatz war die Petrikirche. Was im folgenden zu sagen ist, dies sei ausdrücklich betont, geht nicht gegen den Kirchentag. Es geht um die Folgerungen für den Jazz. Die Bemühungen, die bezwingende Ausdruckskraft und die gemeinschaftsfördernden Erlebniswerte des Jazz dem abendländischen Kirchenritual nutzbar zu machen, stehen seit einiger Zeit auf den Aktionsplänen des reformatorischen Flügels der konfessionellen Institutionen. Der Irrtum ist allerdings offenkundig: Mit Jazz hat das alles nichts zu tun. Was als solcher ausgegeben wird, ist musikalisch wie textlich ein kulinarischer Schlagercocktail, auf rhythmischer Sparflamme „jazzig" angeheizt. Die textlichen Früchte plattester Heilsarmee-Philosophie, begleitet von den Klampfen karitativ gesonnener uniformierter Mädchen mag man belächeln. Das ist die unterste Stufe. Die nächste Stufe heißt dann — siehe oben — „Halleluja, Billy". Unmittelbar danach aber kommt die kryptofaschistische „Moralische Aufrüstung", die ähnliche Songs seit geraumer Zeit für ihre demagogischen Erweckungs-Operetten produziert. Hier vergeht einem

das Lächeln. Die Theologen seien gewarnt: derartige Vergleiche liegen nahe.

Aber wir wollen vom Jazz sprechen. Es gilt, ihn vor dem Mißbrauch wie vor dem Mißverständnis in Schutz zu nehmen. Das Mißverständnis gründet sich auf das lückenhafte Wissen von der Herkunft des Jazz: Spirituals waren die religiösen Sklavensongs; das ist die landläufige Definition. Daran ist etwas richtig, aber die pauschale Definition ist falsch. Spiritual, Field Hollers, Worksong, Chaingang-Songs und andere volkstümliche Elemente sind die Quellen des Blues, der schöpferischen Offenbarung farbiger Sklaven. Das Spiritual ist mit religiösen Elementen vermischt. Aber erstens gibt es für den amerikanischen Neger keinen Unterschied zwischen geistlichem und weltlichem Erleben, zweitens ist das Spiritual ebenso wie der Blues ausgesprochen s o z i a l engagiert. Die Spirituals „waren die Geheimsprache der Aufstände und Untergrundbewegungen ... Der Blues war die Musik der Halbsklaverei ... Die Blueslieder ... schufen eine Bildersprache, die realistischeren Erfahrungen entstammte als die biblische Sprache der Spirituals ..." (Der amerikanische Musikwissenschaftler Finkelstein in seinem Buch „Jazz".)

Das christliche Vokabular der Spirituals stammt von den Missionaren, die die Farbigen ideologisch traktierten. Aber es hatte die dem Missionarstum entgegengesetzte Bedeutung: „Himmel in den Spirituals bezeichnet ... eher den Ort des eigentlichen erfüllten diesseitigen Lebens, wo nach der Wiedergeburt des Adepten ihm Kleider, Schuhe und Gürtel gegeben werden und wo er niedersitzen darf — in Afrika (von wo die Sklaven die musikalischen Elemente mitgebracht hatten) alles Rang-Symbole für die erwachsene vollgültige Persönlichkeit ... Todeszeit, Tod, Hölle und Sklaverei werden gleichgesetzt, und dieser Periode der Drangsal steht die Periode erfüllten Lebens gegenüber, die mit Himmel, Zion, Jerusalem, schließlich auch mit Freiheit gleichgesetzt wird. Die christliche Vorstellung des Fegefeuers fehlt in den Spirituals bezeichnenderweise." (Janheinz Jahn.)

Alle Spiritual-Texte sind Abwandlungen des aus der afrikanischen Glücksphilosophie hergeleiteten Anspruchs auf ein freiheitliches und erfülltes Leben. „Kein Aiktuonsblock mehr für mich", heißt es in einem Spiritual, und „Herrin brüllt mich nicht mehr an". Oder: „O Freiheit, o Freiheit, lieber als ein Sklave sein, möchte ich begraben sein, daß ich heimkehr zu Gott und bin frei." Selbst die naivsten Bilder haben soziale Bezüge, etwa jenes von dem Zug, der in den Himmel fährt und in dem es keine verschiedenen Klassen mehr gibt.

Noch vordergründiger ist in dieser Welt des Blues zunächst die Situation der Rassendiskriminierung dargestellt. Man vergleiche Textauszüge wie die nachfolgenden mit einem „Blueslied", wie es in Dortmund gesungen wurde, um die abgeschmackte Travestie in ihrer ganzen Mißbräuchlichkeit zu erkennen.

Ida Cox sang einst:
„Habt ihr gehört, was dieser gemeine alte Richter mir angetan hat?
Er hat den Geschworenen gesagt, sie sollten meinen Mann nicht freilassen.
Da stand ich, das Herz voller Jammer.
Er muß am Galgen sterben, das war das Gerichtsurteil ...
Er wollte nicht reden, Leute, und dann war's zu spät ...
Er gab sein Leben, damit der Staat zufrieden war ..."

Big Bill Broonzyk „Black Brown And White":
„Man wird dir sagen: wenn du weiß bist, ist es in Ordnung.
Wenn du braun bist, bleib in der Nähe.
Aber wenn du schwarz bist,
Oh, Bruder, hau ab, hau ab, hau ab!"

Das ist die Stimmung und die Welt und die soziale Aussage des Blues. In Dortmund sang man: „Ich verdiene und Du dienst, ich bin schuldig und Du sühnst, ich vernichte und Du erlöst, ich hab's so gemacht und Du hast es vollbracht." Man sang dieses Erlöser-Lied rhythmisch, aber niemals im Geiste des Jazz, eines revolutionären Geistes, eines Geistes, der im Ghetto unterdrückt und geknebelt wurde, eines Geistes, der sich den Jazz erschuf, um die verlogene Welt der Weißen mit einer kraftvollen Musik in Verwirrung zu bringen, eines Geistes, der aus den Mitteln des Jazz den unüberhörbaren proletarischen Choral der Farbigen formte, der bis in unsere Tage an Aktualität nichts verloren hat. Wenn Art Blakey mit seinem Soul Jazz das endlich erwachte Selbstbewußtsein des Negers in unsere Herzen trommelt, wenn Max Roach und Abbey Lincoln „Freedom Now" fordern, wenn John Coltrane mit einer

Spielweise verblüfft, die die intellektuelle Emanzipation des farbigen Amerikaners auf geradezu superattraktive Art unter Beweis stellt, wenn amerikanische Jazzmusiker aus Ekel vor dem Pseudo-Christentum zu orientalischen oder asiatischen Religionsgemeinschaften übertreten, — so wissen wir, was die Stunde des Jazz geschlagen hat.

Wenn aber eine Kirchengemeinde im gängigen Slowfox-Rhythmus singt: „Wir leben nicht allein vom Brot. Wir sterben nicht allein am Tod", — wenn ein deutscher Schlager-Trompeter den sogenannten „Mitternachts-Blues" mit unsäglicher Larmoyanz intoniert, — wenn eine konfessionelle Akademie fette Schnulzen aufs Preis-Podest stellt, — so wissen wir, daß der Geist des Jazz, der Geist der menschlichen Würde und der Geist heißen Freiheitsbegehrens auf schmählichste Weise mißbraucht wird.

Egbert Hoehl

Bücher

Die Machtkonzentration in der Wirtschaft

Kurt Pritzkoleit, Gott erhält die Mächtigen, Karl Rauch Verlag, 1963, 465 S.

Pritzkoleit ist ein Bestseller-Autor. Seine Bücher erreichen hohe Auflagen, er ist zu einem Begriff geworden. Nicht jedes Mitglied dieses beneideten Klubs verfaßt Qualitätserzeugnisse, wahrlich nicht. Doch auch seine ärgsten Kritiker vermochten nicht, dem erfolgreichen Verfasser von Wirtschaftsbüchern mangelndes Wissen, unlautere Schlüsse, ungenügendes oder falsches Material nachzuweisen. Pritzkoleit genießt Anerkennung auch beim Fachmann. Doch geht es ihm sicher mehr noch darum, den Laien zu überzeugen, ihn in Geheimnisse einzuweihen, die fleißig aufgerichtet werden, in die jedoch kaum jemand Licht zu werfen wagt. Pritzkoleit hat es sich zum Ziel gesetzt, ins Allerheiligste unserer Gesellschaft zu führen, in ihre Wirtschaftsmechanik, die nicht gerade offen daliegt, die von vielfachen Schleiern und Schlüsseln behütet wird.

Pritzkoleit ist gleichsam der Taucher unter Wasser, der die verborgenen Gebilde abtastet. Er macht deutlich, was in geheimnisvoller Sprache im Wirtschaftsteil der Zeitungen vermerkt ist, — oder was auch nicht vermerkt ist. Er bedient sich keiner Geheimsprache, eher der des volkstümlichen Romans. Daher sein Erfolg. Denn er wendet sich nicht an Initiierte, sondern an den Nichteingeweihten, der ahnt, daß Wichtiges ihm vorenthalten bleibt, jedoch nicht vermag, es zu entschlüsseln. Eher als der Methode eines wissenschaftlichen Werks ähnelt sein Vorgehen dem Kriminalroman: es ist spannend, farbig und dient dazu, Geheimnisse zu lüften. Doch heißt hier die Frage nicht: Wer ist der Mörder? Sondern: Wer regiert die Wirtschaft, wer steht hinter den Kulissen, wer regiert letzthin auch die Regierung?

„Gott erhält die Mächtigen" entwirft ein Bild der Wirtschaftsentwicklung in drei Jahrzehnten, von 1933 bis 1963, wobei sich erweist, daß in dieser langen Zeitspanne, die drei Regime (des 3. Reichs, der Alliierten und der Bundesrepublik) kannte, bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Phänomene die gleichen geblieben sind. Die Mächtigen von Industrie und Finanz erhielten und vergrößerten ihre Macht, ob die Regierung Deutschlands von Hitler, Eisenhower oder Adenauer repräsentiert wurde. Gleich im Vorwort heißt es: „Symbolfigur in dem verwirrenden Netz des Geschehens ist Dr. Friedrich Flick: größter Konzernherr und prominentester Wehrwirtschaftsführer des Dritten Reichs, fünf Jahre Gefangener der Siegermächte, wieder größter Konzernherr der Bundesrepublik und Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Schulterband und Stern, hatte er die Genugtuung, dem Bundesverfassungsgericht ein Urteil abzuzwingen, in dem das Konzerninteresse über das Grundgesetz gestellt wurde. In dieser wahrhaft hervorragenden

Figur faßt sich alles zusammen, was für das Wirtschaftswunder charakteristisch ist." Das Buch gibt die Erklärung ab für den schier unaufhaltsamen Aufstieg dieses Symbols, das für viele zeugt, eine gesamt-gesellschaftliche Entwicklung ausdrückt.

Pritzkoleit führt den Nachweis (entgegen der sehr im Umlauf befindlichen Legende), daß es eine intime Zusammenarbeit zwischen kapitalistischer Macht und der NS-Diktatur gab. Die Zerstörung der Weimarer Republik, die von der Schwerindustrie schlicht als „Gewerkschaftsstaat" abgetan wurde, wurde vom Großkapital dankbar honoriert, da es mit keinen freien Arbeiterorganisationen mehr zu rechnen brauchte. „In einem Wort: der Industrie ging es gut. Der Unternehmer war wieder Herr im eigenen Haus. Zwischen den Betriebsleiter und die Gefolgschaft konnten weder Gewerkschaft noch Betriebsrat treten ... Die Belegschaft war ihrem Betrieb zur Treue verpflichtet, das heißt: sie war an ihren Betrieb gebunden und mußte mit dem grundsätzlich stabilen Lohn vorliebnehmen, der ihr geboten wurde" (S. 30). Im Detail wird gezeigt, wie eng die Verbindung zwischen Kapital und Diktatur verlief. Die gesamte vom Staate befohlene Organisation der Wirtschaft wurde ... von den Herren der Wirtschaft selbst geleitet. So unterstand die Reichsgruppe Industrie zunächst Gustav Krupp und endete dann schließlich in den Händen des Mannesmann-Generaldirektors Zangen, die Leitung der Gruppe Privates Bankgewerbe übernahm 1943 Bankier von Schröder, der eine maßgebliche Rolle bei der Zerschlagung der Weimarer Republik gespielt hatte. Pritzkoleit erhellt, „daß an den Knotenpunkten eines riesigen, feinmaschigen, schier unübersehbaren Netzes der Wirtschaftslenkung immer ein Mann der Wirtschaft amtierte, auf den Staat und Partei sich blindlings verlassen konnten" (S. 84). Er ist sogar der Ansicht, daß die pronazistische Einstellung der Vertreter des Großkapitals sich immer stärker akzentuierte und ihren Höhepunkt mit den militärischen Siegen erreichte. Das liest sich doch ganz anders als die immer wieder auftauchende Mär von dem Hitler, der „dämonisch" alles vergewaltigt habe. Pritzkoleit glaubt dagegen nicht, daß die Haltung des Großkapitals bei der Einrichtung der Diktatur eine entscheidende war, und nennt das sogar einen „hanebüchenen Unsinn". Nun, wir halten seine Auffassung in diesem Falle für revisionsbedürftig, doch wollen wir mit ihm jetzt nicht darüber rechten. Wichtig ist seine Feststellung, daß die Zusammenarbeit zwischen Großkapital und NS-Diktatur im Laufe der Jahre immer enger wurde und daß ansonsten die Diktatur überhaupt nicht hätte bestehen können: „Der innige consensus zwischen Wirtschaft und Staat stellte sich her, ohne den das grausamste Regime seit Dschingis-Khan nicht zu behaupten gewesen wäre ..." (S. 83—84). Am Beispiel der Großbanken wird gezeigt, wie durch die Kooptierung besonders strammer Nazis die Beziehungen zur Diktatur gepflegt und geglättet wurden. Die „Wehrwirtschaftsführer", deren eindrucksvolle Liste wiedergegeben wird (man möchte nur wissen, wieviele dieser Herren, wie ihr Kollege Flick, heute mit dem Großen Bundesverdienstkreuz geschmückt sind!), illustriert den gleichen Sachverhalt. In großer Fülle zeigt der Verfasser Interessantes auf: das prompte Vordringen von Industrie und Banken mit den stürmenden Armeen, das Wuchern von Filialen und Beteiligungen im eroberten Raum. Wahrlich, die kapitalschweren Herren durften sich nicht beklagen, der „deutsche Sozialismus" hatte sich fett in den Bilanzen niedergeschlagen, sie konnten über die Eroberungen genauso frohlocken wie die braunen Diktatoren. „Das Reich durfte nicht fallen", war nach Pritzkoleit ihre Devise: „Die Industrie stellte sich in den Dienst der Verteidigung, solange es möglich war; dann freilich, als die Fronten näherrückten, trennte sie sich vom Staat ..." (S. 125). Das war der ernüchternde Augenblick, wo man sich auf die Niederlage umstellen mußte: die Zeit nahte, wo die „Wehrwirtschaftsführer" sich christlich-demokratisch gaben.

Pritzkoleit belegt sehr detailliert drei Thesen: „Zum ersten, daß man den Beginn des Wirtschaftswunders in die Jahre des Dritten Reichs zurückverlegen muß; zum zweiten, daß die Basis des Nachkriegsaufschwungs — die Erneuerung der deutschen Währung — ausschließlich den alliierten Besatzungsmächten zu verdanken ist; drittens und vor allem aber, daß das Triebwerk des Wirtschaftswundermechanismus nicht das Wirtschafts-, sondern das Finanzministerium, richtiger: die Bonner Finanzbürokratie war, die die Impulse, die ihr die Interessenten, Verbände, Großunternehmen vermittelten, in Form von Steuer- und Abschreibungsprivilegien weitergab". Der Gesetzgeber war mit einer geradezu ungestümen Lust den Wirtschaftsmächten zu

Diensten. Mit sprudelnder Phantasie ersann er immer neue Mittel, um ihr Wachstum zu fördern. Da war das 1952 wieder eingeführte Gesetz der degressiven Abschreibung, das steuerfrei stille Reserven und Investitionen ermöglicht; die steuerliche Begünstigung privater Bauherren, die bisweilen mit den Konzernen identisch sind; es gab und gibt das, was der Autor „das Wunder der Selbstfinanzierung" nennt; in den fünfziger Jahren begünstigten passende Umwandlungs- und Organschaftsgesetze die Konzentration; den Konzernen kam auch ein anderer legaler Wink entgegen: die Werbekosten von der Steuer absetzen zu können. Auf diese Weise wurde ein Wettbewerb ermuntert, bei dem die Großen, mit den größten Mitteln versehen, das Rennen gewinnen müssen: „Der Fiskus zahlt die Werbekosten, oder er wird doch hoch an ihnen beteiligt; die starken Firmen erweitern ihre Marktherrschaft, und zwar um so weiter, je mehr die Schwachen, die über kein Werbebudget verfügen, zur Steuerleistung herangezogen werden" (S. 375—376). So ist die „freie Marktwirtschaft" keineswegs die gleiche Chance für alle, was doch propagandistisch verkündet wird, sondern vor allem die Sicherheit für die Großen, größer zu werden und eventuell die Kleinen aufzufressen.

Treffend deutlich wird das am Beispiel Flicks, der die vielfachen gesetzgeberischen Möglichkeiten zur Erweiterung einer gewaltigen Wirtschaftsposition ausnutzte, wobei er rücksichtslos Widerstände zerbrach: immer im besten Einvernehmen mit den Gesetzen, die es wahrlich gut mit ihm meinten. Dazu Pritzkoleit bitter-melancholisch: „Das Recht stand immer auf seiner Seite: dem Mächtigen hilft Gott". So geschehen in der Bundesrepublik, die sich in ihrem Grundgesetz als „sozialen Rechtsstaat" proklamiert. Die gesamte Entwicklung sieht denn auch so aus: Das Prozent von Großunternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern, das 1952 34 % der industriellen Produktion aufbrachte, erreichte 1961 40 %. Während kleinere Betriebe verschwanden, drangen die mächtigeren vor. So erweist sich denn in dem Lande, in dem nach 1945 die Macht der Konzerne gebrochen werden sollte, der Satz als richtig: „Der Hoesch-, Mannesmann- und Klöckner-Konzern sind weit über die Bedeutung hinausgewachsen, die sie je vor dem Krieg besessen haben" (S. 406). Am Ende dieses Wegs stehen „42 Steuerpflichtige mit einem Vermögen von 200 Millionen D-Mark und mehr weit an der Spitze, da sie mit 17,8 Milliarden DM über fast ein Drittel (30,1 %) des überhaupt von den nichtnatürlichen Personen nachgewiesenen steuerpflichtigen Vermögens" verfügen. Das ist die vielbesungene „freie Marktwirtschaft", nachdem ihr fachkundig auf die Finger gesehen wurde.

Das Buch enthält selbstverständlich noch viel mehr an Bemerkenswertem. Wichtig und plastisch beschrieben ist der Motorboom, dem wir jetzt beiwohnen, und der richtig als gesellschaftlicher Mythus gedeutet wird. Noch wichtiger vielleicht ist die Erinnerung daran, daß hier eigentlich nur das fortgesetzt wird, was die braunen Herren begannen: „Die Deutschen, war der Wille des ‚Führers', sollten ans Kraftwagensteuer gesetzt werden — je mehr, desto besser. Nicht aus irgendwelchen verkehrstechnischen oder -wirtschaftlichen Gründen, sondern um ihr Selbst- und Machtbewußtsein zu stärken: wir sind die Söhne eines motorisierten, technisch aufs höchste entwickelten Volks ..." Auch hier gibt es keinen Bruch zwischen gestern und heute: Wie die wirtschaftliche Machtkonzentration ungestört zunahm, so dient auch weiter das Motorgefährt als Mittel gesellschaftlicher Regulierung, zur Ablenkung demokratischen Aufbegehrens. Auch heute soll der Deutsche durch den Motor das Selbstbewußtsein erhalten, das ihm die politische und wirtschaftliche Sphäre versagen.

Bedauern darf man, daß eine Analyse der Arbeitnehmereinkommen fehlt (denn wo es Mächtige gibt, gibt es auch Machtlose) und daß auf die Frage: „Geht es immer so weiter?" die Antwort ausbleibt.

Heinz Abosch

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

C. Wright Mills, Kritik der soziologischen Denkweise. Übersetzung der Originalausgabe „The Sociological Imagination" von Albrecht Kruse. Mit einem Vorwort von Norman Birnbaum. Luchterhand Verlag, Neuwied, 196 S., Ln. 28,— DM, kart. Studienausgabe 14,— DM (Soziologische Texte Bd. 8).

Alec Mellor, Unsere getrennten Brüder — Die Freimaurer. Aus dem Französischen

von G. Coudenhove. Styria Verlag, Graz/Wien/Köln, 371 S. mit 16 Tafeln, Ln. 22,— DM.

Hermann Glaser, Spießer-Ideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert. Verlag Rombach, Freiburg, 276 S., 16 Bildtafeln, Paperback 14,80 DM (Sammlung Rombach).

Der politische Witz. Herausgegeben von Milo Dor und Reinhard Federmann. Mit einer Einführung von Werner Fink. Desch Verlag, München/Wien/Basel. 352 S. mit 137 Zeichnungen, Ln. 19,80 DM.

Ludwig Marcuse, Aus den Papieren eines bejahrten Philosophie-Studenten. Paul List Verlag, München, 347 S. mit Register, Ln. 20,80 DM. Erschien zum 70. Geburtstag des Autors am 8. Februar 1964.

Geschichte und Zeitgeschichte

G. P. Gooch, Geschichte und Geschichtsschreiber im 19. Jahrhundert. Deutsch von Herta Lazarus. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 664 S., Ln. 34,— DM.

Harry Pross. An deutschen Lagerfeuern. Die Geschichte der deutschen Jugendverbände. Scherz Verlag, Stuttgart, ca. 400 S. mit zahlr. Illustrationen, Ln. 28,— DM, kart. Studienausgabe 19,80 DM.

Friedrich Engel-Janosi, Geschichte auf dem Ballhausplatz. Essays zur österreichischen Außenpolitik 1830 bis 1945. Styria Verlag, Graz/Wien/Köln, 346 S., 9 Abb., Ln. 25,— DM.

Katalin Vidor, Unterm Zeichen des Sterns. Ein Bericht. Aus dem Ungarischen von Bruno Heilig. List Verlag, München, 276 S., Ln. 17,80 DM.

Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938—1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Herausgegeben von Harold C. Deutsch und Helmut Krausnick unter Mitarbeit von Hildegard v. Kotze. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 400 S., Ln. 25,— DM (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 12).

Erwin Wilkens, NS-Verbrechen, Strafjustiz, deutsche Selbstbesinnung. Lutherisches Verlagshaus, Berlin/Hamburg, 48 S., kart. 3,60 DM.

Aktuelle Themen

Eugen Kogon, Die unvollendete Erneuerung. Deutschland im Kräftefeld 1945—1963. Aufsätze aus zwei Jahrzehnten. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 200 S., Paperback 8,80 DM (Sammlung „res novae" Bd. 23).

Wolf Christian v. Harling, Die deutsche Alternative. Grundlagen einer gesamtdeutschen Politik. Holsten Verlag, Hamburg, 96 S., kart. 5,80 DM.

Hermann Volle / Claus Jürgen Duisberg, Probleme der internationalen Abrüstung. Die Bemühungen der Vereinten Nationen um internationale Abrüstung und Sicherheit 1945 bis 1961. Mit einer Einführung von Prof. U. Scheuner. Alfred Metzner Verlag, 2 Teilbände, XLVII u. 984 S., Ln. 96,— DM (Schriftenreihe „Rüstungsbeschränkung und Sicherheit" Bd. 1). — Der zweite Teilband enthält eine mehrsprachige Dokumentation mit wichtigen Textentwürfen, Memoranden und Entschließungen der UN-Vollversammlung.

Philipp Noel-Baker, Der Weg zur Weltabrüstung. Aus dem Englischen. Mit einem Vorwort von Harold Wilson und einem Vorwort für die deutsche Ausgabe von Max Born. Stimme-Verlag, Frankfurt, 64 S.

Robert Jungk, Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher. Rowohlt Verlag, Reinbek, 348 S., kart. 3,80 DM (Rororo Doppelbd. 600/601). — Die Originalausgabe dieser „Geschichte der Atombombe" erschien erstmalig im Jahre 1956.

Johann Christoph Hampe, Ende der Gegenreformation? Das Konzil, Dokumente und Deutung. Kreuz-Verlag, Stuttgart, Matthias Grünewald Verlag, Mainz, 447 S., Paperback 4,80 DM.

Michael Brecher, Nehru. Eine politische Biographie. Aus dem Englischen von Eva Schönfeld. Wilhelm Goldmann Verlag, München, 297 S., Ln. 20,— DM.

Hans Habe, Der Tod in Texas. Eine amerikanische Tragödie. Desch Verlag, München/Wien/Basel, 240 S., Paperback 9,80 DM. — Eine Reportage aus den Vereinigten Staaten, geschrieben nach dem Mord an Präsident Kennedy.

Bemerkungen

Prof. D. Dr. Ladislaus Martin P á k o z d y , geb. 1910, prominenter reformierter Theologe Ungarns (Vertreter der historisch-kritischen Methode einer offenbarungsgeschichtlichen Theologie). Nach Studien in Debrecen, Halle/Wittenberg und Utrecht in seine Heimat Ungarn zurückgekehrt, gehörte er während des Zweiten Weltkrieges zu der kirchlichen Opposition gegen den Nazismus und beschäftigte sich vor allem mit der Rettung verfolgter Juden und Antifaschisten. 1945 wurde er zum Prof. für Religionsgeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Debrecen ernannt, seit 1952 ist er Mitglied der Synode der Reformierten Kirche in Ungarn, seit 1963 Mitglied des Ungarischen Friedensrates. Ehrendoktor der Berliner Humboldt-Universität und einer der Mitbegründer der Prager Christlichen Friedensbewegung. Unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen befindet sich die 1963 von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin auch in deutscher Sprache herausgegebene Arbeit „Der wirtschaftliche Hintergrund der Gemeinschaft von Qumrân."

Helge P r o s s , Privatdozentin für Soziologie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/M., geb. 1927, Studium der Soziologie, Geschichte und Staatslehre 1946–1950 in Heidelberg, Promotion zum Dr. phil. Heidelberg 1950. Studium der Politischen Wissenschaft an mehreren amerikanischen Universitäten 1952–1954, danach Mitarbeiterin des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt/M., und Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Habilitation 1963.
Veröffentlichungen: „Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933–1941" (Berlin 1955); Aufsätze über Antisemitismus, Probleme der sozialen Schichtung, Stellung der Frau in der gegenwärtigen Gesellschaft, Die Situation der Soziologie in der Bundesrepublik . . . Demnächst wird erscheinen (in der Reihe „Frankfurter Beiträge zur Soziologie"): „Manager und Aktionäre in Deutschland. Studien zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsgewalt."

Vorgesehen sind u. a.:

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz B a u e r :
Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist

Dr. jur. Hermann E t z e l :
Una sancta ecclesia?

Dr. Hermann R a u s c h n i n g :
Über Ziele und Mittel einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. jur. Werner M a i h o f e r :
Staatsschutz im Rechtsstaat (1 u. 2/64)

Hans W i r t z :
Zum Vatikanischen Konzil (3/64)

Prof. Dr. jur. Harold R a s c h :
Für ein neues Europa (4/64)